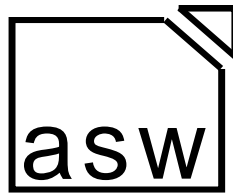


**AG sozialwissenschaftliche Forschung und Weiterbildung e.V.
an der Universität Trier**



**Prof. Dr. Roland Eckert
Dr. Thomas Wetzstein
Dr. Patricia Erbedinger**

**unter Mitarbeit von
Susanne Mayer**

**„Folgen des demographischen Wandels aus der
Sicht kommunaler und regionaler
Entscheidungsträger“**

Ergebnisbericht der Regionalstudie Trier

Auftraggeber: Staatskanzlei Rheinland-Pfalz

Trier, 2004

Gliederung¹

I. Untersuchungsauftrag und Fragestellung	3
II. Methodische Vorgehensweise.....	6
1. Qualitative Leitfadeninterviews.....	6
2. Zusammensetzung der Stichprobe	9
III. Ergebnisse der Befragung	11
3. Bewertung der kommunalen Handlungsfelder im Hinblick auf Wichtigkeit	11
4. Bisherige Beschäftigung der Befragten mit dem Thema.....	13
5. Wahrgenommene Bevölkerungsentwicklung im eigenen Verantwortungsbereich.....	17
6. Situation älterer Menschen und erwartete Veränderungen im Zusammenleben der Generationen, Familie.....	22
6.1 Die Situation älterer Menschen.....	22
6.2 Erwartete Veränderung im Verhältnis der Generationen unter Berücksichtigung der Situation von Familien.....	26
7. Kinderbetreuung, Schulen, Kultur und Weiterbildung	30
7.1 Kindheit und Jugend.....	30
7.2 Bildung: Schulen und Hochschulen	36
7.3 Kultur und Weiterbildung	42
8. Zuwanderung und Integration	44
9. Erwartete Entwicklung von Siedlungs- und Infrastruktur, Verkehr, Mobilität.....	50
9.1 Veränderungen von Siedlungs- und Infrastruktur	50
9.2 Verkehr und Mobilität.....	59
10. Wirtschaft und Arbeit.....	62
11. Justiz, Innere Sicherheit.....	72
12. Gesundheit.....	75
13. Religion und Kirche	78
14. Sport und Freizeit.....	80

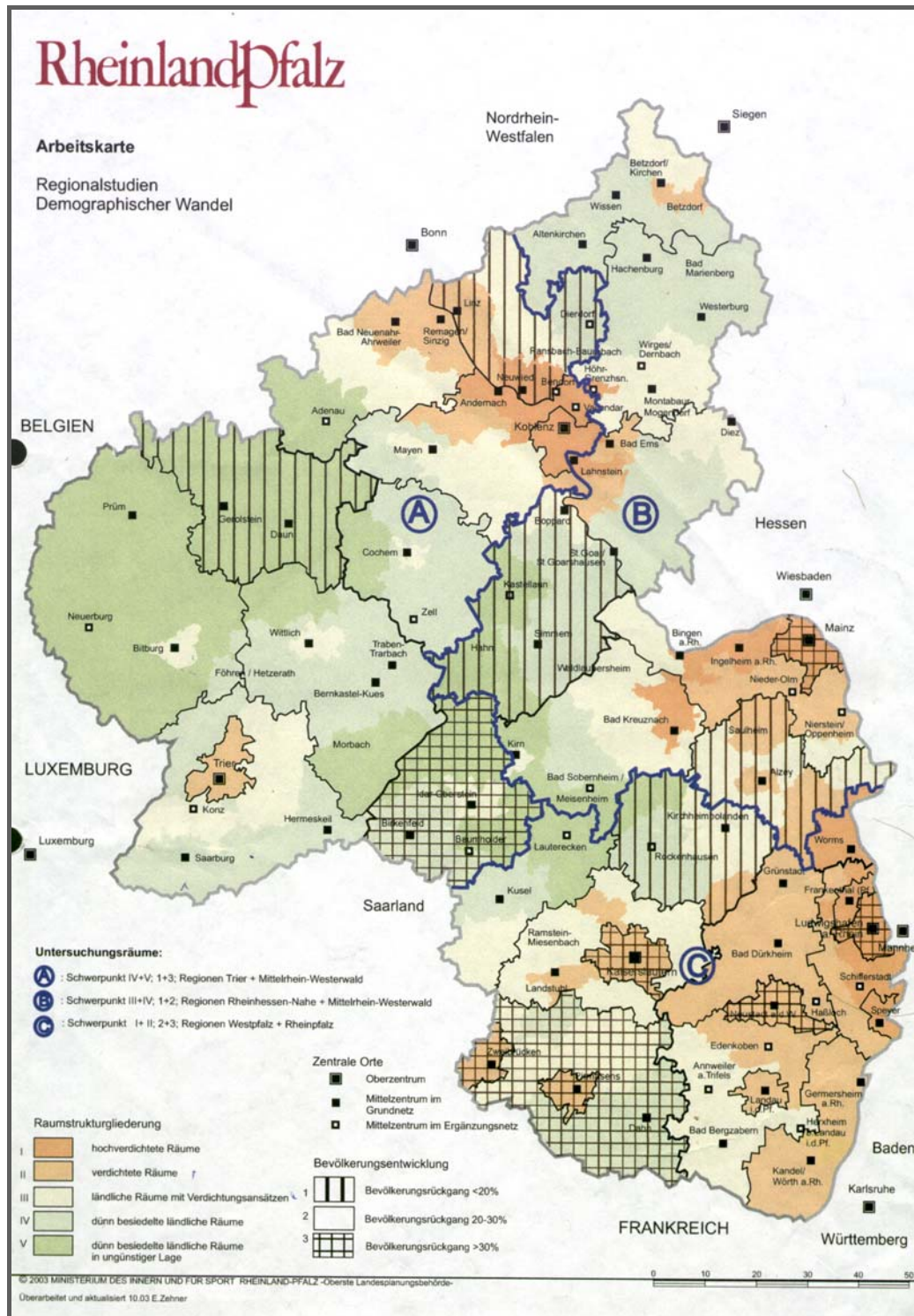
¹ Kap. I und II sind in den drei Regionalstudien identisch.

15.	Öffentliche Haushalte und Verwaltung, Interkommunale Kooperation.....	83
15.1	Kommunale Finanzen.....	83
15.2	Interkommunale Kooperation.....	88
15.3	Öffentliche Verwaltung.....	92
16.	Ehrenamtliches Engagement als Potenzial?.....	98
17.	Erwartete Chancen des demographischen Wandels	102
	Abkürzungsverzeichnis	105
	Forschungsteam.....	105

I. Untersuchungsauftrag und Fragestellung

Untersuchungsauftrag A, B, C war die Erstellung je einer Regionalstudie für die Untersuchungsbereiche (vgl. Abb. 1) zu den „Folgen des demographischen Wandels aus der Sicht kommunaler und regionaler Entscheidungsträger“. Die Auswahl der zu untersuchenden Kommunen und Landkreise, die Erarbeitung eines thematischen Leitfadens für die qualitativen Interviews mit den kommunalen und regionalen Entscheidungsträgern erfolgte in Absprache mit dem Auftraggeber.

Abb.1: Die Untersuchungsregionen im Überblick



Wichtig für die Konzeption der Untersuchung war die Orientierung an den Raumstrukturtypen, wie sie von der Obersten Landesplanungsbehörde (Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz) erstellt wurden (vgl. Tab. 1):

Tab. 1: Raumstrukturtypen

Raumstrukturtyp 1 RST 1	Hoch verdichtete Räume
Raumstrukturtyp 2 RST 2	Verdichtete Räume
Raumstrukturtyp 3 RST 3	Ländliche Räume mit Verdichtungsansätzen
Raumstrukturtyp 4 RST 4	Dünn besiedelte ländliche Räume
Raumstrukturtyp 5 RST 5	Dünn besiedelte ländliche Räume in ungünstiger Lage

Für die Regionalstudie Trier und damit das Untersuchungsgebiet A liegt der Schwerpunkt auf den Raumstrukturtypen 4 und 5, für die Regionalstudie Mainz und das Untersuchungsgebiet B die Raumstrukturtypen 3 und 4 und für die Regionalstudie Landau im Untersuchungsgebiet C die Raumstrukturtypen 1 und 2.

Durch die Konzeption als qualitative Untersuchung wurde das Hauptaugenmerk auf die explorative Ausrichtung der Befragung gelegt. Es sollen die subjektiven Sichten, Erwartungen und Bewertungen von ausgewählten Entscheidungsträgern ermittelt werden. Dazu zählen Oberbürgermeister, Landräte, Verbandsgemeindegemeinderäte, Ortsgemeindegemeinderäte, Stadtratsmitglieder und Beigeordnete. Durch diese Schwerpunktsetzung ist es weniger das Ziel der Untersuchung, Zahlen, Daten und Fakten über die jeweilige Region durch die Entscheidungsträger (bzw. deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter) zusammentragen zu lassen. Vielmehr soll untersucht werden:

- Haben sich die Entscheidungsträger bislang schon mit dem Thema beschäftigt?
- Welche kommunalen Handlungsfelder bewerten die Entscheidungsträger angesichts des demographischen Wandels als wichtig?
- Welche Veränderungen erwarten sie in welchen kommunalen Handlungsfeldern?
- Wo werden besondere Chancen und Risiken gesehen?
- Wurden bereits Lösungsansätze umgesetzt?
- Welche Lösungsideen können die Entscheidungsträger für die zukünftige Entwicklung beisteuern?
- Welchen Unterstützungsbedarf haben sie?

Entsprechend des Untersuchungsauftrags und der Fragestellung spiegeln die im folgenden vorgestellten Befunde also die subjektive Sicht der befragten kommunalen und regionalen Entscheidungsträger wider. Die von ihnen vorgeschlagenen Handlungs- und Lösungsideen beziehen sich ebenso wie die übrigen Einschätzungen vor allem auf den eigenen Verantwortungsbereich. Insofern sind sich widersprechende Bewertungen und Lösungsvorschläge denkbar. Auch kann nicht erwartet werden, dass alle Themen systematisch und vollständig in den Antworten der Befragten „abgearbeitet“ wurden.

Um die Sicht der Entscheidungsträger möglichst nicht zu verzerren, wurde seitens der Untersuchungsteams in Mainz, Landau und Trier bewusst auf jegliche Interpretation der Daten verzichtet. Es handelt sich bei der vorliegenden Untersuchung um eine rein deskriptive Aufbereitung der erhobenen Daten. Aber auch bei einer solchen Vorgehensweise ist das Problem der Reaktivität (gerade bei Interviews in Vis-a-vis-Situationen) nicht

auszuschließen. Gleichwohl gehen wir davon aus, dass die ermittelten Einschätzungen und Bewertungen die Sicht der Entscheidungsträger wiedergeben, weil:

- Die Datenerhebungen der drei Regionalstudien weitgehend unabhängig voneinander abliefen und sich trotzdem eine hohe Deckungsgleichheit in den Antworten abbildete.
- Auch innerhalb der Regionalstudien zeigten sich Bewertungsmuster und wiederkehrende Einschätzungen über die einzelnen Interviews hinweg.

Auf diese Weise geben die drei Regionalstudien eine „dichte Beschreibung“ der vielfältigen Einschätzungen und Bewertungen der befragten Entscheidungsträger im Hinblick auf die erwarteten Folgen des demographischen Wandels. Die quantitativen Aussagen in den Studien bilden bestimmte Zahlenverhältnisse für die „Stichprobe“ (N= 154) ab. Sie sind aber nicht im repräsentativen Sinne verallgemeinerbar.

II. Methodische Vorgehensweise

1. Qualitative Leitfadeninterviews

Die Befragung ist als qualitative Untersuchung konzipiert. Als Erhebungsinstrument wurde das qualitative Leitfadeninterview gewählt. Dieses wird durch einen inhaltlichen Gesprächsleitfaden strukturiert. Der Leitfaden wurde in mehreren Schritten entwickelt:

Abb. 2: Schritte zur Erstellung des Leitfadens

(1) Auf der Grundlage einer Literaturanalyse (z.B. Schlussbericht der Enquete-Kommission „Demographischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik“. Deutscher Bundestag 14/8800; 28.03.2002; „Rheinland-Pfalz 2050, Statistisches Landesamt Bad Ems) und der Befragung unterschiedlicher Experten wurde eine erste Leitfadenversion erarbeitet.

(2) Die erste Leitfadenversion wurde bei einem Treffen in der Staatskanzlei (02.10.2003) diskutiert. Die dort vorgeschlagenen Veränderungen wurden eingearbeitet. Gleichzeitig hatten die einzelnen Ministerien weitere Vorschläge für ihren Zuständigkeitsbereich erarbeitet.

(3) Die Vorschläge aus den Ministerien wurden in den Leitfaden integriert. Die so entstandene Fassung wurde vom interministeriellen Arbeitskreis „Demographischer Wandel“ anlässlich des Treffens am 16.01.2004 besprochen. Dort wurden weitere Änderungen erarbeitet und in den Leitfaden aufgenommen.

(4) Ende Januar 2004 stand ein 20-seitiger Leitfaden zur Verfügung. Er umfasste die folgenden inhaltlichen Bereiche:

- Bevölkerungsentwicklung;
- Siedlungsstruktur, Infrastruktur, Verkehr, Mobilität;
- Bildung, Kindheit und Jugend, Kultur und Weiterbildung;
- Wirtschaft, Arbeit;
- Zuwanderung, Integration;
- Zusammenleben der Generationen, Familie, Alter, Gesundheit;
- Öffentliche Verwaltung und Haushalte, Interkommunale Kooperation;
- Justiz, Innere Sicherheit;
- Religion und Kirche;
- Sport und Freizeit;
- In der offenen Kategorie „Sonstiges“ konnten die Befragten eigene Themen ergänzen.

Die Frage, inwieweit Männer und Frauen in unterschiedlicher Weise von dem demographischen Wandel betroffen sein werden, ist nicht als eigenständiges Thema ausgewiesen, sondern in den verschiedenen Handlungsfeldern angesprochen (z.B. Frauenerwerbstätigkeit bei dem Thema „Wirtschaft und Arbeit“).

Im Leitfaden wurden unterschiedliche Fragetypen verwendet: „Allgemeine Fragen“, „Spezifizierungsfragen“ und „Abschließende Fragen“. Um weitgehend offene und explorative Interviews zu ermöglichen, standen die eher abstrakten „Allgemeinen Fragen“ und „Abschließenden Fragen“ im Mittelpunkt. Die befragten Personen hatten so die Möglichkeit, ihre genuine Sicht und ihre Bewertungen unabhängig von den Themensetzungen der Interviewenden einzubringen. Die „Abschließenden Fragen“ dienten dazu, den Befragten die Möglichkeit zu geben, die eigenen Bewertungen in Bezug zum gesamten Rheinland-Pfalz zu setzen bzw. die angesprochenen Entwicklungen nochmals auf Chancen und Risiken hin zu reflektieren. Die „Spezifizierungsfragen“ dienten als Hilfestellung, falls das Gespräch stocken oder abschweifen würde. In vielen Fällen konnte auf sie verzichtet werden, weil die Interviewten ohnedies schon die relevanten Aspekte genannt hatten.

Weil zu erwarten war, dass nicht alle Befragten sich zu allen Themen äußern, wurde ein standardisierter, einseitiger Fragebogen mit einer Liste der verschiedenen kommunalen Handlungsfelder entwickelt. Die interviewten Personen wurden gebeten, durch Ankreuzen zu jedem Thema eine Einschätzung bezüglich der Wichtigkeit zu geben. Mit Wichtigkeit war gemeint, wie stark das jeweilige Thema nach Ansicht der befragten Person in ihrem Verantwortungsbereich von den Folgen des demographischen Wandels betroffen sein wird. Die mit Hilfe des Fragebogens erhaltenen Antworten bilden die Grundlage für die quantitativen Daten in den Regionalstudien.

Nachdem die Befragten die einzelnen Themen hinsichtlich der Wichtigkeit bewertet hatten, konnten sie diejenigen Themen auswählen, die sie im Interview vertiefen wollten. Durch diese Vorgehensweise wurde gewährleistet, dass die befragten Personen sich zu den Themen äußern können, die für ihren Verantwortungsbereich am wichtigsten waren. Die Anzahl der gewählten Themen pro Interview variiert zwischen 5 und allen 19 Themen.

Alle Befragungspersonen wurden vor dem Interview angeschrieben und über das Vorhaben informiert. Anschließend wurde telefonisch ein Interviewtermin vereinbart. Die Interviews fanden in der Zeit von Februar 2004 bis Mai 2004 statt. Es wurden wie oben erwähnt insgesamt 154 Interviews durchgeführt. Alle Interviews wurden aufgezeichnet und verschriftlicht. Dabei wurden die Interviews anonymisiert – was den Befragten ausdrücklich zugesichert worden war. Die Gespräche verliefen in einer angenehmen Atmosphäre. Die Gesprächsbereitschaft war ausgesprochen groß. Viele Interviews dauerten länger als die angesetzten 90 Minuten.

Die Auswertung und Aufbereitung der Daten erfolgte arbeitsteilig in den Teams der drei Regionalstudien. In mehreren Koordinationstreffen wurden die notwendigen Strategien und Vorgehensweisen besprochen und abgestimmt. Dadurch ist die Vergleichbarkeit der vorliegenden Berichte gewährleistet. Die drei Regionalstudien sind nach der gleichen Gliederung aufgebaut. Auch die Struktur der einzelnen Kapitel ist identisch, wie die nachstehende Tabelle 2 zeigt:

Tab. 2: Kapitelstruktur

A) Die Ergebnisse in Kürze
B) Wichtigkeit des Themas aus der Sicht der Befragten
C) Aussagen zur Ausgangssituation und zukünftigen Entwicklung
D) Handlungs- und Lösungsmöglichkeiten
E) Zusammenfassung

2. Zusammensetzung der Stichprobe

Für die Auswahl der Befragungspersonen waren verschiedene Kriterien wichtig: Raumstrukturtyp, Verwaltungsebene und politische Partei. Die Verteilung der Befragten nach diesen Merkmalen ist in den folgenden Tabellen dargestellt. Zusätzlich ist die Verteilung nach Männern und Frauen aufgelistet.

Tab. 3: Repräsentanz der Raumstrukturtypen

Raumstrukturtyp	Interviews RS Mainz	Interviews RS Landau	Interviews RS Trier
Hochverdichter Raum	7	10	8
Verdichter Raum	11	19	7
Ländlicher Raum mit Verdichtungsansätzen	11	12	7
Dünn besiedelter ländlicher Raum	17	7	13
Dünn besiedelter ländlicher Raum in ungünstiger Lage	7	3	15
Gesamt	53	51	50

Tab. 4: Verteilung der verschiedenen Verwaltungsebenen

Verwaltungstyp	Interviews RS Mainz	Interviews RS Landau	Interviews RS Trier
Landkreise	5	7	11 ²
Kreisfreie Städte	1	9	3 ³
Verbandsfreie Städte und Gemeinden	9	7	5
Verbandsgemeinden	27	15	18
Ortsgemeinden	11	13	13
Gesamt	53	51	50

² Hierunter fallen Landrätinnen und -räte sowie Kreistagsmitglieder

³ Hierunter fallen Oberbürgermeister und Stadtratsmitglieder

Tab. 5: Verteilung der politischen Parteien

Politische Parteien	Interviews RS Mainz	Interviews RS Landau	Interviews RS Trier
SPD	18	15	11
CDU	19	25	27
FDP	1	2	3
Bündnis 90 / Die Grünen	1	1	2
FWG	4	3	4
Parteilos	10	5	3
Sonstige	--	--	--
Gesamt	53	51	50

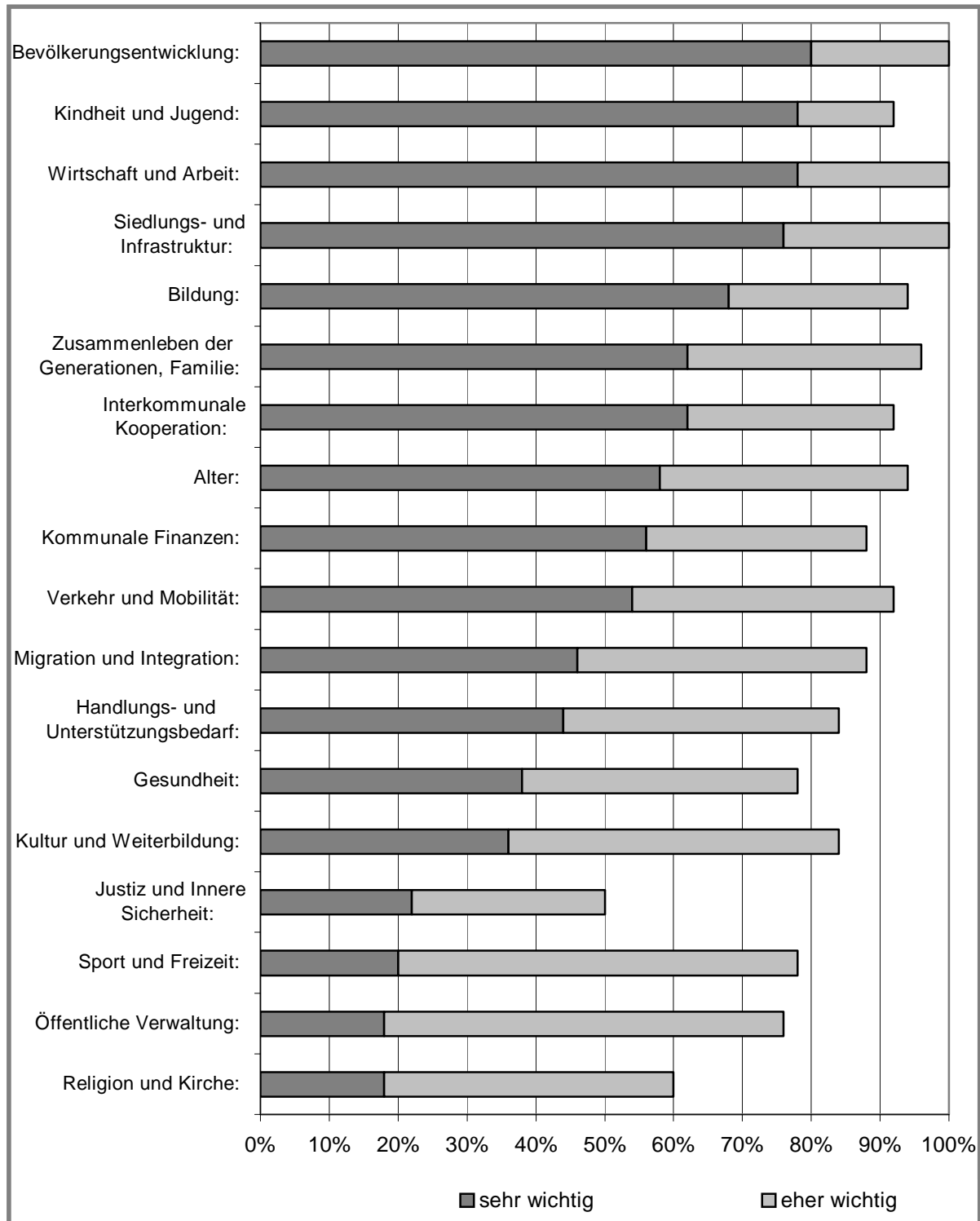
Tab. 6: Frauen- und Männeranteil in der Stichprobe

Geschlechtszugehörigkeit	Interviews RS Mainz	Interviews RS Landau	Interviews RS Trier
Frauen	5	5	6
Männer	48	46	44
Gesamt	53	51	50

III. Ergebnisse der Befragung

3. Bewertung der kommunalen Handlungsfelder im Hinblick auf Wichtigkeit

Abb. 3: Wo sehen Sie Ihren Verantwortungsbereich vom erwarteten demographischen Wandel besonders betroffen?⁴



⁴ In dieser Abbildung werden nur die Ausprägungen „sehr wichtig“ und „eher wichtig“ angegeben. Die Ausprägungen „eher unwichtig“ und „völlig unwichtig“ werden nicht gesondert angegeben, da sie nur sehr selten gewählt wurden. Sie ergeben sich zusammen aus der Differenz zu 100 Prozent.

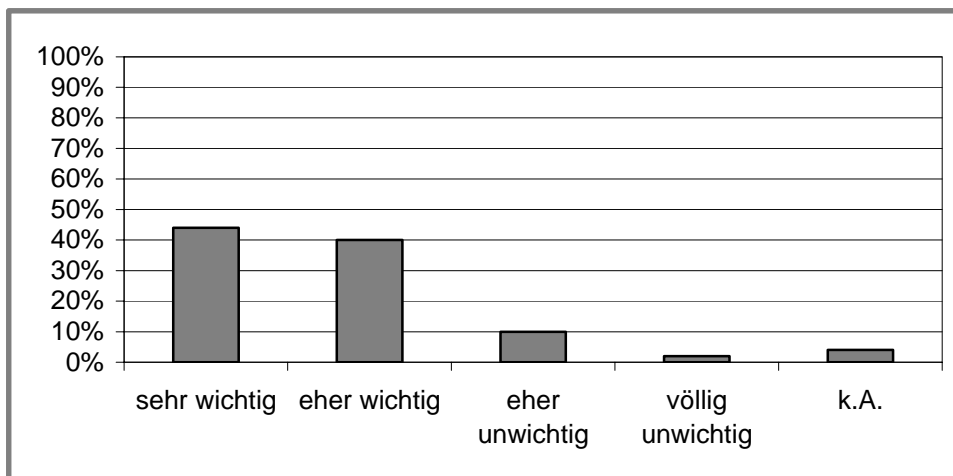
Kommunale Handlungsfelder werden unterschiedlich wichtig bewertet

Die quantitativen Daten in der vorstehenden Abb. 3 zeigen, dass die verschiedenen Themenbereiche von den Befragten als unterschiedlich wichtig für ihren Verantwortungsbereich eingeschätzt werden.

Weitergehende Auswertungen (z.B. Zusammenhänge zwischen Themenbewertung und Raumstrukturtyp oder Verwaltungsebene) sind aus verschiedenen Gründen nicht aussagekräftig: Erstens lassen die kleinen Fallzahlen keine diesbezüglich verwertbaren Aussagen zu und zweitens kann die Einschätzung der Wichtigkeit inhaltlich je nach Raumstrukturtyp oder Verwaltungsebene in ganz unterschiedliche Richtungen gehen.

Die Befragten sehen Handlungs- und Unterstützungsbedarf durch die Landesregierung

Abb. 4: „Handlungs- und Unterstützungsbedarf“



Ein großer Teil der Befragten wünscht sich konkrete Unterstützung und Handeln durch das Land, wenn es um die Gestaltung des demographischen Wandels in den verschiedenen kommunalen Handlungsfeldern geht. Es werden diesbezüglich zahlreiche Vorschläge gemacht. Sie sind in den folgenden Kapiteln unter dem Abschnitt „Lösungs- und Handlungsvorschläge“ aufgeführt.

4. Bisherige Beschäftigung der Befragten mit dem Thema und benutzte Informationsquellen

A) Die Ergebnisse in Kürze

- Das Thema „Demographischer Wandel“ hat die kommunalen und regionalen Entscheidungsträger erreicht. Nach wie vor besteht ein hoher Informationsbedarf.
- Auch für die Bevölkerung wird Aufklärungsbedarf gesehen. Deswegen werden Information und Beratung als vordringliche Aufgaben eingestuft. Vorgeschlagen werden u.a. eine Good-Practice-Datenbank für Kommunen sowie Moderation und Beratung.

B) Wichtigkeit des Themas aus der Sicht der Befragten

Das Thema wird übereinstimmend von fast allen Befragten als sehr wichtig eingestuft. Es berühre zukünftig nahezu alle kommunalen Handlungsfelder.

C) Aussagen zur Ausgangssituation und zukünftigen Entwicklung

Thema ist in der Kommunalpolitik angekommen

Alle Befragten haben sich schon mit dem Thema „Demographischer Wandel“ beschäftigt. Dies in unterschiedlicher Intensität. In manchen Kommunen wurden Informationsschriften, Zukunftsleitbilder und regionale Entwicklungspläne in Bezug auf den demographischen Wandel erstellt, in anderen beschränkt sich die Beschäftigung mit dem Thema auf die Feststellung, dass die Bevölkerung zukünftig zurückgehen wird.

Das Thema wird von den befragten Entscheidungsträgern bei unterschiedlichen Veranstaltungen bearbeitet, auf Landkreisebene z.B. bei Dienstbesprechungen der Verbandsbürgermeister, auf der Verbandsgemeindeebene bei den Besprechungen der Ortsbürgermeister. Hinzu kommen verschiedene Einzelveranstaltungen auf den jeweiligen Entscheidungsebenen.

Nach wie vor besteht ein hoher Informationsbedarf, Wissen unterschiedlich stark diffundiert

Nach wie vor besteht auf den verschiedenen Ebenen ein hoher Informationsbedarf. Das Wissen über die möglichen Auswirkungen des demographischen Wandels ist in die verschiedenen Entscheidungsebenen unterschiedlich stark diffundiert. Es besteht ein Informationsgefälle zwischen den haupt- und ehrenamtlichen Entscheidungsträgern.

Verschiedene Informationsquellen werden genutzt

Wichtige Informationsquellen für die Befragten sind vor allem die vorliegenden Vorausberechnungen:

- Als sehr hilfreich werden die Vorausberechnungen des Statistischen Landesamts „Rheinland-Pfalz 2050“ bewertet. Allerdings wünschen sich sowohl die Landräte wie auch die Verbandsbürgermeister, dass sie Zahlen für ihren konkreten Verantwortungsbereich erhalten.

- Vielfach bekannt ist die Studie der Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz: Demographischer Wandel für die Kommunen in Rheinland-Pfalz (ZIRP).
- Gegen Ende der Datenerhebung kommt die Untersuchung „Deutschland 2020“ (Geo 5/2004) hinzu, die ebenfalls teilweise aufgenommen wird.
- Desweiteren werden Einzelveröffentlichungen (z.B. Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Mayen: Mayener Forum) genutzt.
- Seit Anfang 2004 drängt das Thema verstärkt auf die Agenda der Tagespresse.

Fortbildungsveranstaltungen und Tagungen spielen für die Entscheidungsträger ebenfalls eine Rolle:

- So berichtet ein Teil der Landräte über eine Fortbildung zum Thema, die im März 2004 stattfand.
- Andere Entscheidungsträger haben an der Regionaltagung: „Geisterdörfer im Hunsrück?“ (26.03. und 27.03.2004) teilgenommen oder davon gehört.

In den Einschätzungen der Befragten zum demographischen Wandel spiegeln sich neben den Ergebnissen aus den Analysen aber auch konkrete Erfahrungen vor Ort:

„Wenn ich durch die Hauptstrasse in X gehe und weiß, dass in jedem Haus wo früher mehrere Familiengenerationen unter einem Dach lebten, jetzt noch eine ältere Person lebt, dann wird der Bevölkerungsrückgang sehr deutlich.“ (VG, RST 5)

Vorausberechnungen werden als realistisch für den Zeitraum der nächsten 20 Jahre eingeschätzt; Konkrete Planungen orientieren sich bei den meisten Befragten an einem Zeithorizont von ca. 5 bis 10 Jahren

Wie werden die Informationsquellen eingeschätzt? Die Vorausberechnungen zum demographischen Wandel werden für den Zeitraum von ca. 20 Jahren als mehr oder weniger realistisch eingestuft. Der konkrete Planungshorizont der meisten Befragten erstreckt sich etwa auf den Zeitraum zwischen fünf und maximal zehn Jahren. Planungen darüber hinaus werden eher als nicht sinnvoll angesehen, weil unvorhergesehene Entwicklungen diese durchkreuzen können. Als Beispiel wird oft die Wiedervereinigung genannt, die in den achtziger Jahren so nicht voraussehbar gewesen sei. Anzumerken ist auch, dass die Herausforderungen und Probleme der Gegenwart nicht selten die Zukunftseinschätzungen bestimmen. Insofern mischen sich in den Einschätzungen der Befragten Gegenwartsherausforderungen und Zukunftsstrategien.

D) Handlungs- und Lösungsmöglichkeiten

Information und Beratung für Entscheidungsträger

Bezüglich der Auswirkungen des demographischen Wandels und möglicher Handlungsvorschläge wird von einigen Befragten eine stärkere Information, Beratung und Moderation gewünscht. Über alle Entscheidungsebenen und Politikbereiche hinweg sollte das Land für diese zukünftige Problematik sensibilisieren. Besonders die Ortsbürgermeister benötigen gezielte Informationen und Fortbildungen, die ihnen bei zukunftsrelevanten Entscheidungen helfen können.

Aufklärung der Bevölkerung als dringliche Aufgabe

Die Bevölkerung sollte durch gezielte Aufklärungskampagnen vor Ort auf dieses Thema und die damit verbundenen Auswirkungen auf die kommunale Politik aufmerksam gemacht werden. Wichtig sei vor allem, dass man ehrlich sei und die Fakten nicht beschönige. Nur so könnte bei der Bevölkerung Verständnis für Konsequenzen erreicht werden.

„Zunächst würde ich mir wünschen, dass die Landesregierung zusammen mit den kommunalen Gebietskörperschaften alles unternimmt, um dieses Thema der Zukunft in die Köpfe reinzubekommen. Denn wenn das ein bewusstes Thema bei den Leuten ist, dann sind sie eher bereit und haben eher dafür Verständnis für die Konsequenzen. Dann tut sich auch eine Landesregierung leichter, (...) warum wir eine Gebietsreform brauchen. Warum die Strukturen in diesen und vielen anderen Bereichen nicht so bleiben können.“ (LKR, RST 4)

„Es muss der breiten Bevölkerung klar gemacht werden, was der demographische Wandel für sie bedeutet. Bunte Broschüren helfen wenig. [Wir müssen] die direkten Auswirkungen vor Augen führen, z.B. die Schule muss dann zugemacht werden, das Schwimmbad kommt weg.“ (VG, RST 5)

Good-Practice-Datenbank mit guten Lösungsansätzen für die Kommunen aufbauen

Es wird vorgeschlagen, dass Good-Practice-Beispiele aus Deutschland und anderen Staaten (Finnland, Norwegen) gesammelt und den Gemeinden zugänglich gemacht werden sollten (z.B. Beratungskatalog).

Moderation und Beratung für die Kommunen

Moderation und Beratung der Kommunen könnte nach Meinung der Befragten sowohl durch das Land selbst, als auch durch Beratungsagenturen durchgeführt werden. Beratungsagenturen wären insofern sinnvoll, als dass sie neue Ideen und Impulse in die Thematik mit einbringen könnten. Sie könnten Prognosen für die Bevölkerungsentwicklung der Gemeinden erstellen und zusammen mit den Gemeinden konkrete Konzepte entwickeln:

„Um den eigenen Blick zu erweitern und ganz konkrete Hilfestellungen zu haben.“ (OG, RST 5)

Ein Befragter äußert sich allerdings negativ über Beratungsagenturen. Folge einer kommunalen Beratung sei eine steigende Konkurrenz der Gemeinden:

„Was soll dieser Beratungsdienst den Leuten sagen? [...] Ich glaube es gibt keine Patentrezepte, die nicht auf Kosten anderer Dörfer gehen.“ (OG, RST 5)

Ein anderer Befragter betont explizit die Wichtigkeit von Studien zu bestimmten Themenkomplexen im Auftrag des Landes. So könne das Land seine Rolle als Moderator zukünftiger Prozesse funktionaler wahrnehmen. Gleichzeitig könnten die Kommunen mit Daten versorgt werden, die als Grundlage für Entscheidungsprozesse dienen.

E) Zusammenfassung

Ausgangssituation und zukünftige Entwicklung

- Thema ist in der Kommunalpolitik angekommen
- Nach wie vor besteht ein hoher Informationsbedarf, Wissen unterschiedlich stark diffundiert
- Verschiedene Informationsquellen werden genutzt
- Vorausberechnungen werden als realistisch für den Zeitraum der nächsten 20 Jahre eingeschätzt; Konkrete Planungen orientieren sich bei den meisten Befragten an einem Zeithorizont von ca. 5 bis 10 Jahren

Handlungs- und Lösungsmöglichkeiten

- Information und Beratung für Entscheidungsträger
- Aufklärung der Bevölkerung als dringliche Aufgabe
- Good-Practice-Datenbank mit guten Lösungsansätzen für die Kommunen aufbauen
- Moderation und Beratung für die Kommunen

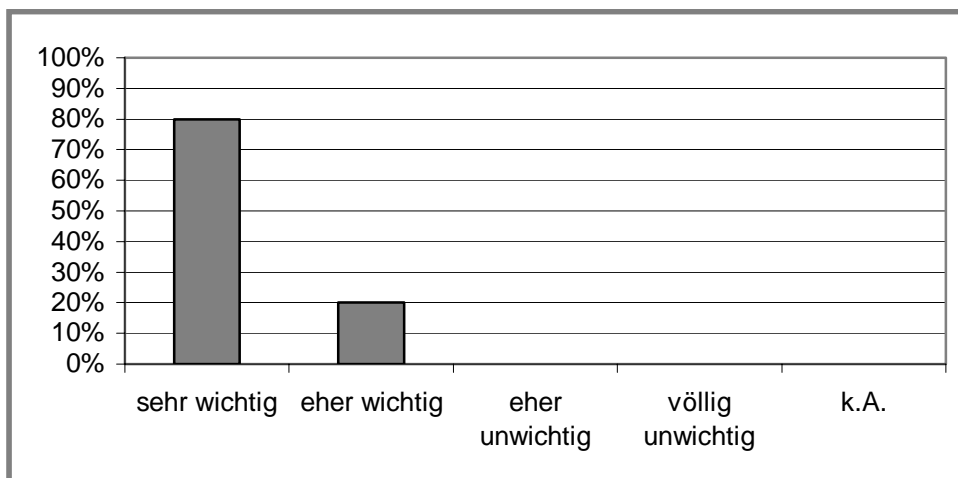
5. Wahrgenommene Bevölkerungsentwicklung im eigenen Verantwortungsbereich

A) Die Ergebnisse in Kürze

- Der demographische Wandel wird als unaufhaltsam eingestuft. Es komme auf die angemessene und rechtzeitige politische Gestaltung an.
- Die Regionen sehen sich unterschiedlich stark betroffen und machen dafür verschiedene strukturelle Faktoren, wie Nähe und Verkehrsanbindung zu den Verdichtungsräumen, verantwortlich. Ein Teil der Befragten erwartet eine zunehmende Standortkonkurrenz zwischen den Kommunen mit positiven (Schulen) und negativen (Baugebiete) Folgen.
- Als Ansatzpunkte für die Gestaltung im eigenen Verantwortungsbereich sehen die Befragten die „weichen“ Standortfaktoren (z.B. Kinderbetreuung und Bildung). Allgemein sehen die Befragten ohne die konstruktive Zusammenarbeit über die Parteigrenzen hinaus kaum Chancen für eine erfolgreiche Gestaltung der Folgen des demographischen Wandels.

B) Wichtigkeit des Themas aus der Sicht der Befragten

Abb. 5: „Bevölkerungsentwicklung“



C) Aussagen zur Ausgangssituation und zukünftigen Entwicklung

Demographischer Wandel aus der Sicht der Befragten nicht aufzuhalten, aber gestaltbar

Insgesamt sind die Befragten der Meinung, dass der Bevölkerungsrückgang und die Überalterung nicht aufgehalten werden können.

Es käme jetzt darauf an, die zu erwartenden Veränderungen in nahezu allen Bereichen der Gesellschaft angemessen und rechtzeitig zu gestalten. Als verhängnisvoll wird gesehen, wenn so lange abgewartet werden würde, dass bloß noch ein Reagieren möglich wäre.

Städtische und ländliche Regionen sehen sich unterschiedlich stark betroffen

Die überwiegende Zahl der Befragten aus den Raumstrukturtypen 1 und 2 erwarten auch mittelfristig noch einen Bevölkerungszuwachs und im ungünstigsten Falle eine Stagnation. Die Befragten aus den Raumstrukturtypen 4 und 5 sehen sich dagegen schon jetzt vom Bevölkerungsrückgang und der Überalterung ihrer Kommunen betroffen.

Die Situation der Städte wird deswegen als schwierig eingestuft, weil sie oftmals Wohnbevölkerung an die umliegenden Verbandsgemeinden abgeben („Speckgürtel“). Den Städten bleiben die hohen Kosten für die Infrastruktur.

In den Regionen mit Bevölkerungsrückgang sehen die Befragten ein ganzes Bündel von „Schrumpfungsfaktoren“

Folgende Faktoren werden genannt:

- Abwanderung der jungen, insbesondere qualifizierten Bevölkerung:

„Wir haben keine Universität hier, wir haben keine qualifizierten Ausbildungsplätze. Das heißt die jungen Leute, die wir gerne halten möchten, die wir für die Region brauchen, weil wir brauchen immer Häuptlinge, wenn sie genügend Indianer beschäftigen wollen. Die Häuptlinge sind uns stiftend gegangen.“ (LKR, RST 5)

„Also, es ist jetzt nicht so hart gemeint wie ich es jetzt sage, ich weiß aber nicht, wie ich es diplomatischer formulieren soll: Die Leute, die man im Grunde genommen braucht, die kommen ja nicht nach hier.“ (VG, RST 5)

- Steigende Lebenserwartung und damit zunehmende Alterung der Bevölkerung:

„Als ich vor 15 Jahren hier hin kam, gab es vielleicht drei bis vier Jubiläen bei über 90-Jährigen; heute habe ich an die zehn pro Jahr. Die Leute werden deutlich älter.“ (VG, RST 4)

- Verstärkter Zuzug älterer Menschen:

„Was die über 60jährigen angeht, haben wir einen guten Zuwachs. Unter 30 laufen sie uns weg.“ (LKR, RST 5)

- Schlechte Verkehrsanbindung (hier ist die Entfernung zur nächsten Bundesautobahn ein Indikator) und damit schwindende Wirtschaftskraft (abwandernde Betriebe);

- Auflösung militärischer Einrichtungen bzw. schleppende Konversionsprojekte;

- Wahrgenommene Ungleichbehandlung der ländlichen Regionen (RST 4 und 5) seitens der Landespolitik: Hier besteht bei vielen Befragten der Eindruck, dass sie gegenüber den Städten benachteiligt werden. Grund sei die zahlenmäßig geringe Wählerschaft in den ländlichen Gebieten:

„Die Politik des ländlichen Raums muss verstärkt werden. Aber: Da wohnen wenig Leute und Wähler, also geht die Politik lieber dahin, wo es mehr Leute gibt.“ (VG, RST 4)

Insgesamt gebe es sich wechselseitig verstärkende negative Prozesse in den ländlichen Regionen: Wenn Arbeitsplätze für junge Menschen fehlten käme es zu verstärkter Abwanderung, die Fertilitätsraten sänken, die Region überaltere und ganze Dörfer verödeten.

Befragte aus Regionen mit Bevölkerungszuwachs nennen verschiedene positive regionale Entwicklungsfaktoren

Folgende Faktoren werden genannt:

- Ansiedlung von Wirtschaftsbetrieben und die Schaffung von Arbeitsplätzen:

[Bsp.: Verbandsgemeinde im Köln-Bonner Raum: Nachdem Bonn die Hauptstadtfunktion verloren hatte, wurden vor allem Hightech-Unternehmen dort angesiedelt. Folge für die Region: Es sind sehr viele junge Familien zugezogen und davon profitiert auch die Verbandsgemeinde:] „Deswegen kann

man hier mit Fug und Recht sagen, dass wir Zukunft haben. Die Bevölkerung ist jung und qualifiziert und die Anzahl wächst.“ (VG, RST 2)

- Gute Verkehrsanbindung;
- Gute Kinderbetreuungs- und Bildungseinrichtungen, Hochschulen;
- Nähe zum europäischen Ausland;
- Zuwanderung (Binnenwanderung und aus dem Ausland).

Soziale Sicherungssysteme erzeugen zu hohe Kosten

Als ein großes Problem, das die zukünftige Bevölkerungsentwicklung mit sich bringt, sehen die Befragten die Finanzierung der Renten und sozialen Sicherungssysteme an. In diesem Bereich bestehe dringend Handlungsbedarf:

„Sie müssen mal überlegen, wie viele Menschen zukünftig die teure Jugend und die teuren Rentner bezahlen müssen. Dann kommt bei der erwerbstätigen Generation noch die Arbeitslosigkeit hinzu – das kann nicht funktionieren.“ (VG, RST 1)

Verschärfte Konkurrenz zwischen den Kommunen

Als Folge der Bevölkerungsentwicklung prognostizieren einige Befragte eine verstärkte Konkurrenz zwischen den Gemeinden. Diese „Kämpfe“ würden zwar Chancen für die Regionen bedeuten, die sich positionieren könnten, aber gleichzeitig negative Entzugseffekte in den Gemeinden hervorrufen, die dem Konkurrenzdruck nicht standhalten könnten.

D) Handlungs- und Lösungsmöglichkeiten

Unterstützung für den ländlichen Raum; Neugestaltung des Stadt-Umland-Verhältnisses

Die Befragten des ländlichen Raumes fordern eine stärkere Unterstützung ihrer Zuständigkeitsbereiche. Es werden mehr und regional differenziert geeignete Fördergelder gefordert:

„Etwas mehr Beachtung des ländlichen Raumes mit den eigenen Problemstellungen, das wäre mal eine grundsätzliche Aussage.“ (OG, RST 4)

Die Vertreter der Städte fordern eine Neugestaltung des Stadt-Umland-Verhältnisses. Dies betrifft die Abwanderung von Wohnbevölkerung und vermehrt auch Wirtschaftsbetriebe in das Umland und die Infrastrukturkosten der Städte.

Weiche Standortfaktoren als „Hebel“ für die Kommunen

Um den Bevölkerungsstand zu halten, werden von den Befragten hauptsächlich Handlungsmöglichkeiten bezüglich der weichen Standortfaktoren (z.B. Schulen, Freizeit, Wohnqualität) gesehen. Die Lebensqualität solle verbessert werden. Insbesondere die Jüngeren müssten an die Region gebunden werden. Wenn diese einmal weg seien, dann kämen sie kaum mehr zurück:

„[Es ist] für uns wichtig, weiche Standortfaktoren zu schaffen, das die Leute [...] bereit sind, hier zu arbeiten. Die Lebensqualität ist eigentlich phantastisch für die Leute die hier leben und hier gerne leben möchten. [...] Deshalb müssen wir versuchen, insgesamt unsere Standortfaktoren [...] attraktiv [zu] machen.“ (LKR, RST 5)

Folgende Möglichkeiten werden genannt:

- Die Unterstützung der Familien bzw. Hilfen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf werden zwar als sehr wichtig herausgestellt (Kindergartenplätze, Ganztagsbetreuung u.ä.), aber nur wenig als Lösung des Bevölkerungsrückgangs angesehen. Diese Angebote entlasteten Familien mit Kindern, trügen aber nicht zu mehr Geburten bei:

„Die Verbandsgemeinde kann also etwas für die Kinderfreundlichkeit tun und das macht sie auch. Das ist aber mehr für die Kinder, die schon da sind. Deswegen kommt aber noch nicht ein Kind mehr zur Welt.“ (VG, RST 4)

„Man kann mit guter Infrastruktur zwar die Entscheidung von Familien für die Region als Wohnstandort beeinflussen, aber nicht die Geburtenzahlen.“ (VG, RST 4)

Diesbezüglich wird die Aufgabe der höheren politischen Ebenen betont, z.B. was Fördermaßnahmen der Familien angeht.

- Die Ausweisung von Neubaugebieten bzw. günstiges Bauland für Familien könne mittelfristig die Bevölkerungsentwicklung entschärfen. Junge Familien könnten so angezogen werden.
- Durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze, insbesondere für Hochqualifizierte und die Verbesserung der Verkehrsanbindung sollen insbesondere junge Menschen in die Regionen gezogen werden.

Konstruktive Zusammenarbeit über die Parteigrenzen hinaus als unerlässliche Grundlage für die Gestaltung des demographischen Wandels

Die konstruktive und sachthemenbezogene Zusammenarbeit über die Parteigrenzen hinweg sehen die meisten Befragten als unerlässliche Grundlage für die Gestaltung der Zukunft. Dies sei sowohl auf der Landesebene als auch auf der kommunalen Ebene wichtig:

„Wir müssen politische Schienen aufbrechen.“ (LKR, RST 5)

Abkehr von der „Wachstumsideologie“ erforderlich

Eine fundamentalere Einschätzung sieht die Abkehr von der „Wachstumsideologie“ als Voraussetzung für Lösungsansätze:

„Wir haben ja nur an Zuwachs gedacht, auch heute noch, die Ökonomen, die denken ja nur an Zuwachs. Obwohl auch der eines Tages limitiert werden muss – wenn die Bevölkerung zurückgeht.“ (KS, RST 1)

E) Zusammenfassung

Ausgangssituation und zukünftige Entwicklung

- Demographischer Wandel aus der Sicht der Befragten nicht aufzuhalten, aber gestaltbar
- Städtische und ländliche Regionen sehen sich unterschiedlich stark betroffen
- In den Regionen mit Bevölkerungsrückgang sehen die Befragten ein ganzes Bündel von „Schrumpfungsfaktoren“:
 - Abwanderung der jungen, insbesondere qualifizierten Bevölkerung
 - Steigende Lebenserwartung und damit zunehmende Alterung der Bevölkerung
 - Verstärkter Zuzug älterer Menschen
 - Schlechte Verkehrsanbindung und damit schwindende Wirtschaftskraft
 - Auflösung militärischer Einrichtungen bzw. schleppende Konversionsprojekte
 - Benachteiligung der ländlichen Regionen
- Befragte aus Regionen mit Bevölkerungszuwachs nennen verschiedene positive regionale Entwicklungsfaktoren:
 - Ansiedlung von Wirtschaftsbetrieben und die Schaffung von Arbeitsplätzen
 - Gute Verkehrsanbindung
 - Gute Kinderbetreuungs- und Bildungseinrichtungen
 - Hochschulen (relevant für Städte mit Hochschulstandort)
 - Nähe zu europäischem Ausland
 - Zuwanderung
- Soziale Sicherungssysteme erzeugen zu hohe Kosten
- Verschärfte Konkurrenz zwischen den Kommunen

Handlungs- und Lösungsmöglichkeiten

- Unterstützung für den ländlichen Raum; Neugestaltung des Stadt-Umland-Verhältnisses
- Weiche Standortfaktoren als „Hebel“ für die Kommunen
- Konstruktive Zusammenarbeit über die Parteigrenzen hinaus als unerlässliche Grundlage für die Gestaltung des demographischen Wandels
- Abkehr von der „Wachstumsideologie“ erforderlich

6. Situation älterer Menschen und erwartete Veränderungen im Zusammenleben der Generationen, Familie

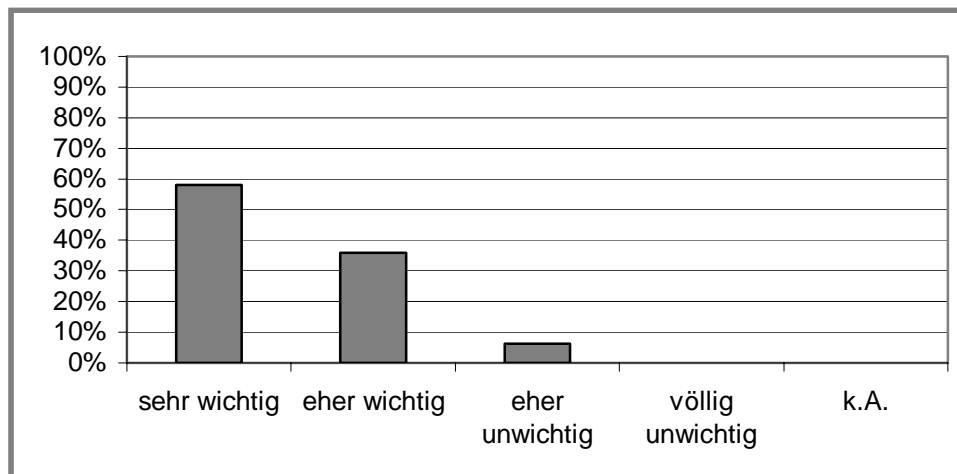
6.1 Die Situation älterer Menschen

A) Die Ergebnisse in Kürze

- Die Versorgung der älteren Wohnbevölkerung wird gegenwärtig überall als gesichert bewertet. Besonders in den ländlichen Regionen werden zukünftig Versorgungslücken befürchtet.
- Sowohl in städtischen als auch in ländlichen Regionen wird eine höhere Nachfrage nach professionellen Versorgungsleistungen erwartet. Allerdings sollte die ambulante Versorgung aus der Sicht der Befragten Vorrang vor der stationären Versorgung haben.
- Die Versorgung der älteren Wohnbevölkerung in der Zukunft wird als wichtige Aufgabe gesehen.
- Den „jungen Alten“ wird auch ein großes Potenzial im Bereich des Ehrenamts zugesprochen.

B) Wichtigkeit des Themas aus der Sicht der Befragten

Abb. 6: „Alter“



C) Aussagen zur Ausgangssituation und zukünftigen Entwicklung

Die Situation älterer Menschen ist ein wichtiges Thema für die Kommunalpolitik

Die Seniorenpolitik wird von den Befragten als ein wichtiges kommunales Handlungsfeld angesehen. Dieser Bereich werde zukünftig an Bedeutung gewinnen. Hier sei nicht nur eine ausreichende Bereitstellung von Betreuungs- und Pflegeeinrichtungen notwendig, sondern insbesondere auch eine enge Zusammenarbeit verschiedener Instanzen, um den Bedürfnissen der älteren Wohnbevölkerung gerecht zu werden.

Insbesondere die Befragten der ländlichen, dünn besiedelten Regionen (RST 4 und 5) sehen eine wichtige Aufgabe darin, zielgruppenspezifische Angebote für Seniorinnen und Senioren zu entwickeln und umzusetzen. Ältere Menschen müssten in die Dorfgemeinschaft weiter integriert bleiben und dürften nicht isoliert werden. Beispiele hierfür seien Kulturangebote, die Veranstaltung von Seniorentagen, Seniorentreffs, Unterhaltungsveranstaltungen, Wanderungen, Ausflüge etc. Diese Angebote kämen gut an:

„Die Menschen freuen sich schon viele Wochen darauf.“ (VG, RST 4)

Eine tragende Rolle bei der Organisation solcher Veranstaltungen nahmen dabei die Vereine ein (z. B. Sportgruppen für die „jungen Alten“) (vgl. Kap. 14).

Aussagen darüber, inwieweit es spezifische Angebote für alleinstehende, ältere Frauen gibt (die aufgrund der höheren Lebenserwartung tendenziell die Mehrzahl der älteren Bevölkerung stellen), wurden nicht getroffen.

Gegenwärtige Versorgungslage für ältere Menschen wird positiv bewertet

Das Angebot an Pflege- und Altenheimen ist nach Ansicht der Befragten in den städtischen Gebieten sehr gut (RST 1, 2 und 3). Ein Befragter betont, dass das Angebot an Altenpflegeheimen ein wichtiges Kriterium für den Zuzug von Familien sei, die betreuungsbedürftige Eltern haben. Einkaufen und Mobilität für ältere Menschen wird in den städtischen Gebieten als unproblematisch eingestuft.

In den ländlichen Regionen ist nach Ansicht der Befragten die Versorgung der älteren Wohnbevölkerung mit den Dingen des täglichen Lebens gegenwärtig ebenfalls gesichert. Die Senioren nutzen entweder das eigene Auto oder öffentliche Verkehrsmittel (RST 1 und 2). In den ländlichen Gebieten gebe es häufig mobile Verkaufswagen. Auch die Versorgung mit Medikamenten würde teilweise mobil geregelt. Es sei zu erwarten, dass sich dieser Trend zukünftig fortsetze (RST 4 und 5):

„Da gibt es überhaupt keine Probleme, das klappt ausgesprochen gut.“ (VG, RST 4)

Allerdings werden bezüglich dieser Versorgung von einigen Befragten auch Probleme erwartet. Wenn sich die Bewohnerzahl in einigen Orten/Gehöften drastisch reduziere, sei es fraglich, ob diese Orte noch von den Verkaufswagen angefahren würden.

Auch die ärztliche Versorgung ist in der Sicht der Befragten derzeit noch gewährleistet. Insbesondere in den ländlichen Gebieten gebe es engagierte Landärzte, die viele Hausbesuche machten. Allerdings werden hier zukünftig Probleme erwartet. Wenn Räume ausdünnten, würde es immer schwieriger Landärzte anzusiedeln (RST 4 und 5) (vgl. Kap. 12).

Mobile Pflegedienste werden von den Befragten sehr positiv beurteilt. Hier würde häufig nicht nur Pflege, sondern auch eine allgemeine Hilfestellung im Alltag geleistet.

Leben in den Dorfgemeinschaften funktioniert in Teilen noch gut, Nachfrage nach Heim- und Pflegeplätzen steigt den Befragten zufolge aber überall

Nach Ansicht einiger Befragter ist die Lebenssituation von Seniorinnen und Senioren in den ländlichen Gebieten gut:

„In den kleinen Gemeinden sind die Alten noch gut integriert. Da haben die Alten ihren Treffpunkt, da kommen die zusammen.“ (VG, RST 4)

Sie seien gut in die Dorfgemeinschaften eingebunden und ausreichend versorgt. Auch Nachbarschaftshilfe sei hier häufig noch in ausreichendem Maße vorhanden.

Die Nachfrage nach Heim- und Pflegeplätzen nimmt den Befragten zufolge in allen – auch den ländlich geprägten - Regionen stark zu. Dieser Trend werde sich zukünftig fortsetzen.

Insbesondere im Bereich der Tagespflegeplätze und dem betreuten Wohnen würde der Bedarf steigen. Die Altenpflege wird als „krisensicherer Zukunftsmarkt“ gesehen.

Ambulante Versorgung sollte den Befragten zufolge immer Vorrang vor stationärer Unterbringung haben

Insgesamt bewerten die Befragten die Heimunterbringung negativ. Heime seien keine Alternative zum Leben in der eigenen Wohnung oder bei der Familie. Die Menschen seien in den Heimen nicht genügend gefordert, der „geistige Verfall“ scheine hier schneller zu gehen. Deshalb sei es die Aufgabe der Gemeinden, durch mobile soziale Dienste das selbstständige Leben in den eigenen vier Wänden oder Leben in Familien zu unterstützen. Nur wenn eine intensive tägliche Pflege notwendig ist, wird das Heim von den Befragten als bessere Alternative angesehen:

„Das ist sehr ernst. [...] Das ist grausam. Hier in den Dörfern müssen wir es schaffen, dass die Leute so lange es geht daheim bleiben. Da brauchen wir ambulante Dienste usw. Das müssen wir ausbauen. [...] Wir haben hier die Sozialstation und mehrere Firmen.“ (VG, RST 4)

Hoher Kostendruck in den Altenheimen

Es wird allerdings die Problematik gesehen, dass Pflegeheime inzwischen überwiegend besonders pflegebedürftige Personen betreuen. Dies sei sehr kostenintensiv, so dass Altenheime zusehends unwirtschaftlich werden.

D) Handlungs- und Lösungsmöglichkeiten

Versorgung der älteren Menschen auf dem Land ist eine wichtige, zukünftige Herausforderung

Um die Versorgung der Senioren auf dem Lande (RST 4 und 5) zu sichern, müssten Alternativen zum „Einkaufen auf der grünen Wiese“ entwickelt werden. Landeszuschüsse seien diesbezüglich sehr wichtig. Neben dem Ausbau der „rollenden Läden“ werden als Beispiele Internetangebote und Zustelldienste genannt. Ebenso müsse über Konzepte für die Gesundheitsversorgung und die Betreuung älterer Menschen auf dem Land verstärkt nachgedacht werden.

Flächendeckende Einführung von Seniorenbeauftragten und Seniorenbeiräten

Ehrenamtliche Seniorenbeauftragte und Seniorenbeiräte werden von einigen Befragten als wichtige Einrichtungen bewertet. Der Seniorenbeirat beispielsweise leistete Lobbyarbeit für die Senioren. Er berate die Entscheidungsträger bei speziellen Fragen und gebe Anregungen für die Verbesserung der Situation alter Menschen. Diese Einrichtungen sollten überall im Land üblich werden.

Große ehrenamtliche Potenziale bei älteren Menschen

Potenziale der „jungen Alten“ werden von fast allen Befragten im ehrenamtlichen Bereich gesehen (vgl. Kap. 16). Die älteren Menschen seien immer noch leistungsfähig und –bereit. Dies zeige sich u.a. darin, dass die Arbeit in Vereinen hauptsächlich von den Älteren geleistet würde. Es müssten aber zusätzlich Konzepte entwickelt werden, um diese „jungen“ Alten in Handlungsfelder einzubeziehen, wo Kräfte fehlen:

„Wir müssen Wege finden, wie wir diese Leistungsfähigkeit und –bereitschaft der älteren Menschen nutzen. Da geschieht viel zu wenig.“ (LKR, RST 1)

Ein Befragter weist allerdings darauf hin, dass Potenziale bezüglich ehrenamtlicher Tätigkeiten bei älteren Personen nur in dem „Zeitfenster“ 60 bis 75 Jahre nutzbar gemacht werden könnten. Folgende Potenziale werden genannt:

- Potenziale bezüglich der ehrenamtlichen Mitarbeit werden z.B. im Bereich der zielgruppenspezifischen Freizeit- und Kulturangebote für Senioren gesehen. Hier könnten ältere Menschen Organisationsarbeit leisten.
- Ältere Menschen könnten aber auch Aufgaben im Bereich der Pflege und Betreuung anderer Senioren übernehmen. So könnten sie z.B. in Altenheimen oder Betreuungsdiensten eingesetzt werden. Ähnliche Überlegungen gehen in die Richtung der Kinderbetreuung sowie Unterstützungsarbeit in Schulen und der Jugendarbeit.
- Ein Befragter berichtet von Überlegungen zum Ausbau eines Seniorennetzwerks in seiner Gemeinde. Hier sollen Senioren zu Ehrenamtlichen ausgebildet werden. Auf diese Weise könnte das Potenzial gebündelt und vorhandenes Wissen bzw. Erfahrung nutzbar gemacht werden.

Wohngemeinschaften von Senioren als Zukunftsmodell

Als Wohnmodell der Zukunft können sich einige Befragte Pensionen für alte Menschen vorstellen, in der sie als Wohngemeinschaft zusammenleben.

E) Zusammenfassung

Ausgangssituation und zukünftige Entwicklung

- Die Situation der älteren Menschen ist ein wichtiges Thema für die Kommunalpolitik.
- Gegenwärtige Versorgungslage für ältere Menschen wird positiv bewertet
- Leben in den Dorfgemeinschaften funktioniert in Teilen noch gut; Nachfrage nach Heim- und Pflegeplätzen steigt den Befragten zufolge aber überall
- Ambulante Versorgung sollte den Befragten zufolge immer Vorrang vor stationärer Unterbringung haben
- Hoher Kostendruck in den Altenheimen

Handlungs- und Lösungsmöglichkeiten

- Versorgung der älteren Menschen auf dem Land ist eine wichtige, zukünftige Herausforderung
- Flächendeckende Einführung von Seniorenbeauftragten und Seniorenbeiräten
- Große ehrenamtliche Potenziale bei älteren Menschen
- Wohngemeinschaften von Senioren als Zukunftsmodell

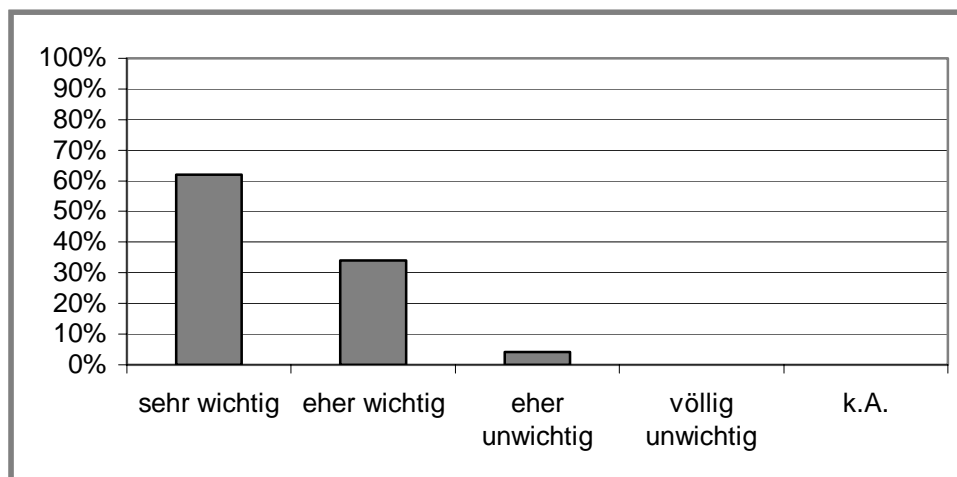
6.2 Erwartete Veränderungen im Verhältnis der Generationen unter Berücksichtigung der Situation von Familien

A) Die Ergebnisse in Kürze

- Der Familie wird eine Schlüsselrolle bei der Gestaltung des demographischen Wandels zugewiesen.
- Es seien allerdings grundlegende Veränderungen der Familienformen zu erwarten; mehrgenerative Haushalte verschwinden nach Ansicht der Befragten völlig. Ebenso wird ein deutlicher Rückgang der innerfamiliären Transferleistungen erwartet.
- In der zunehmenden Alterssegregation wird ein ernstes Problem gesehen. Deswegen müssten die Möglichkeiten zur Begegnung der Generationen ausgebaut werden. Ebenso seien informelle Unterstützungsnetzwerke in den Kommunen zu stärken.

B) Wichtigkeit des Themas aus der Sicht der Befragten

Abb. 7: „Zusammenleben der Generationen, Familie“



C) Aussagen zur Ausgangssituation und zukünftigen Entwicklung

Familie verändern sich weiter und brauchen gezielte Unterstützung

Hohe Bedeutung der Familie auch in der Zukunft: Die Bedeutung der Familie wird von der Mehrheit der Befragten herausgehoben. Sie habe für die Gestaltung des demographischen Wandels eine Schlüsselrolle inne.

Vielfalt der Familienformen: Es wird ein weiterer Rückgang der Normalfamilie und eine Zunahme von „Patchwork-Familien“ und allein erziehenden Eltern gesehen.

Versagen der Familienpolitik trägt den Befragten zufolge Mitverantwortung für Bevölkerungsentwicklung: Mehrere Befragte betonen die Wichtigkeit der Familienpolitik. Zwar hätte hier eine Sensibilisierung der Politiker stattgefunden, doch würde in diesem Bereich immer noch zu wenig bewegt. Familien würden von der Politik nicht genügend unterstützt. Auch dies beeinflusse die Geburtenrate negativ.

Befragte sehen kaum Gestaltungsspielräume für die Kommunalpolitik im Hinblick auf Familienförderung: Generell sehen die Befragten für ihre jeweiligen Verantwortungsbereiche kaum Möglichkeiten, die Einstellungen zur Familie und die finanziellen Bedingungen zu verändern. Ihre Lösungsideen verweisen auf die Verantwortung des „Staates“.

Professionelle Beratung und Unterstützung für Familien: Teilweise sind die Befragten der Meinung, dass Eltern heute zudem zunehmend schlechtere Erziehungsleistungen erbringen. Sie sind der Ansicht, dass:

„viele Eltern vollkommen unfähig sind, die eigenen Kinder zu erziehen. Bei vielen ist die Bereitschaft dazu noch nicht einmal da.“ (VG, RST 5)

Sie schlagen vor, dass es ebenso wie es Schulpsychologen in den Schulen für die Unterstützung von Kindern und Jugendlichen gibt, auch professionelle Unterstützung für die Eltern geben sollte. Dies müsste aber sensibel umgesetzt werden, damit bei den Eltern nicht der Eindruck entsteht, dass sie versagten.

Mehrgenerative Haushalte verschwinden nach Einschätzung der Befragten völlig

Mehrgenerative Haushalte sind nach Meinung der Befragten kaum noch vorhanden. Dies gilt insbesondere für die städtischen Gebiete (RST 1 und 2). Ein Befragter:

„Es ist oft, dass hier die Eltern leben oder ein Elternteil und Kinder sind irgendwo zerstreut und man sieht sich dann mal Ostern oder Weihnachten.“ (VG, RST 5)

In den ländlichen Gebieten lebten dagegen noch häufiger mehrere Generationen unter einem Dach. Allerdings sei auch hier ein deutlich rückläufiger Trend beobachtbar (RST 4 und 5):

„Das ist massiv zurückgegangen.“ (VG, RST 4)

Als Gründe werden der allgemeine Bevölkerungsrückgang, die zusätzliche Abwanderung der jungen Bevölkerung aufgrund der Arbeitsplatzsituation und die in der Arbeitswelt geforderte Flexibilität bzw. Mobilitätsbereitschaft genannt.

Eine Ausnahme sehen die Befragten bei den Zuwandererfamilien. Hier lebten noch häufig mehrere Generationen in einem Haushalt zusammen. Dies erfordere weniger außerfamiliäre Unterstützungsleistungen. Es sei jedoch davon auszugehen, dass dies mit jeder weiteren nachkommenden Generation rückläufig sei, so dass mittelfristig auch hier ähnliche Formen des Zusammenlebens wie derzeit bei den Einheimischen zu erwarten seien.

Befragte erwarten einen deutlichen Rückgang innerfamiliärer Transferleistungen

Aus dieser Entwicklung resultieren nach Meinung der Befragten dramatische Probleme bei der Kinder- und Altenversorgung. Die Unterstützung der Großeltern bei der Kinderbetreuung, der positive, wertevermittelnde Einfluss bei der Erziehung durch die ältere Generation und die Pflege von älteren Familienangehörigen sei heute keine „normale“ familiäre Transferleistung mehr. Institutionelle Einrichtungen müssten diese Aufgaben zukünftig zunehmend übernehmen. Auch das Problem der Finanzierung wird in diesem Zusammenhang angesprochen:

„Es entstehen uns Kosten, die wir nicht geschultert kriegen.“ (VG, RST 2)

Insbesondere in den ländlichen Regionen (RST 4 und 5) würde sich die Situation diesbezüglich verschärfen (u.a. weil die Eltern alleine zurückbleiben und die Kinder zu den Arbeitsplätzen ziehen). Hier sei der weitere Aufbau professionell gestützter Ergänzungssysteme dringend erforderlich.

Alterssegregation wird von den Befragten als Problem gesehen

Viele Befragte sehen eine deutliche Segregation zwischen den Generationen. Schon in der Siedlungsstruktur sei zu beobachten, wie ganze Viertel gemeinsam „alterten“, wenn die Kinder weggezogen sind. Diese setze sich in allen Lebensbereichen fort, weil es kaum noch das Zusammenleben der Generationen gebe. Für die ältere Wohnbevölkerung resultiere hieraus nicht selten das Problem der Vereinsamung.

Die Abgrenzung zwischen den Generationen, zwischen Jung und Alt sei zu stark und müsse verhindert bzw. abgemildert werden:

„Ab fünfzig ist man heute ja – so lange man einen Arbeitsplatz hat, ist noch gut, und sonst ist man nichts mehr wert. [...] Die Jugend, die geht bis fünfzig und drüber ist man abgestempelt. Da muss wieder ein Konsens gefunden werden.“ (OG, RST 5)

D) Handlungs- und Lösungsmöglichkeiten

Verstärkt Möglichkeiten zur Begegnung der Generationen schaffen

Einige Befragte betonen, dass zwar die Entwicklung hin zu institutioneller Betreuung nicht aufzuhalten sei, es aber trotzdem ein Umdenken in der Gesellschaft geben müsse. Es wird mehr gegenseitige Akzeptanz der unterschiedlichen Generation eingefordert:

„Wo die Alten nicht als lästig und die Jungen nicht als renitent abgestempelt werden.“ (VG, RST 2)

Die kulturellen Angebote und insbesondere die von Vereinen seien für das Zusammenführen der Generationen sehr wichtig.

Entscheidend für die Qualität des Zusammenlebens der Generationen ist, dass junge und alte Menschen nicht in voneinander getrennten Sphären leben, sondern es verschiedenste Möglichkeiten der Begegnung und der gemeinsamen Aktivitäten gebe.

Die Altenheime sollten nicht als Exklaven am Rand der Kommunen geplant werden, sondern „mitten im Leben.“ Einige Befragte sind der Ansicht, die Durchmischung der Generationen sei unter Umständen auch mit Zwang durch die Kommunalpolitik durchzusetzen (Bauplanung, Ansiedlung und Einrichtungen von Altenheimen und Kindergärten).

„Die alten Menschen müssen im Leben bleiben.“ (VfG, RST 2)

Informelle Unterstützungsnetzwerke in den Kommunen fördern

Durch die Etablierung von Unterstützungsnetzwerken in den Kommunen könnten die Familien entlastet werden. Bürgerinnen und Bürger helfen sich gegenseitig, indem sie in einer Art Tauschnetz Leistungen handeln (z.B. Kinder beaufsichtigen, Einkaufen). Dies sei auch eine besondere Möglichkeit, das Zusammenleben der Generationen zu stärken.

E) Zusammenfassung

Ausgangssituation und zukünftige Entwicklung

- Familie verändern sich weiter und brauchen gezielte Unterstützung
- Mehrgenerative Haushalte verschwinden nach Einschätzung der Befragten völlig
- Befragte erwarten einen deutlichen Rückgang innerfamiliärer Transferleistungen
- Alterssegregation wird von den Befragten als Problem gesehen

Handlungs- und Lösungsmöglichkeiten

- Verstärkt Möglichkeiten zur Begegnung der Generationen schaffen
- Informelle Unterstützungsnetzwerke in den Kommunen fördern

7. Kinderbetreuung, Schulen, Kultur und Weiterbildung

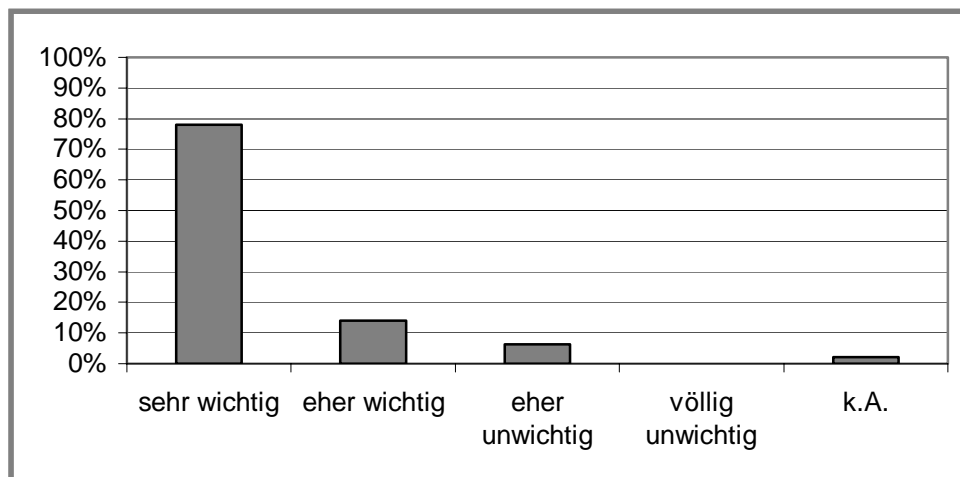
7.1 Kindheit und Jugend

A) Die Ergebnisse in Kürze

- Kinderbetreuung und Jugendarbeit werden als wichtige Standortfaktoren gesehen, um als Wohnort für Familien mit Kindern attraktiv zu sein.
- Der demographische Wandel macht sich schon jetzt in den ländlichen Regionen bemerkbar. Es wird ein deutlicher Rückgang der Kinderzahlen festgestellt. Mittelfristig wird dies auch in verdichteten Regionen erwartet. Schließungen von Kindergärten werden deshalb als unvermeidlich gesehen. Die zurückgehenden Kinderzahlen erhöhen die Konkurrenz zwischen den Einrichtungen, worauf diese teilweise mit einer Ausweitung der Angebotspalette reagieren. Die Nachfrage nach professioneller Ganztagsbetreuung steige.
- Jugendarbeit hat für die meisten Befragten einen hohen Stellenwert. Dabei fokussiert ihre Aufmerksamkeit vor allem auf Jugendfreizeiteinrichtungen und die Beschäftigung von Jugendarbeitern. Die Kommunen sehen sich als Anbieter vielfältiger Maßnahmen. Ein besonderes Problem sehen die Befragten in den prekären Beschäftigungsverhältnissen in diesem Bereich.

B) Wichtigkeit des Themas aus der Sicht der Befragten

Abb. 8: „Kindheit und Jugend“



Das Thema „Kindheit und Jugend“ ist in folgende Teile untergliedert:

- Kindheit und Kinderbetreuung
- Jugend und Jugendfreizeit

Kindheit und Kinderbetreuung

C1) Aussagen zur Ausgangssituation und zukünftigen Entwicklung

Ausreichende und gute Angebote der Kinderbetreuung sehen die Befragten als sehr wichtigen Standortfaktor

Ausreichende und gute Kindergärtenangebote werden von den Befragten als zentraler Standortfaktor für einen Ort bzw. eine Region angesehen. Die Attraktivität des Ortes / der Region hinge u.a. von diesen Angeboten ab. Besonders für die Wohnortwahl junger Familien sei dies ein wichtiges Kriterium.

In einigen ländlichen Regionen ist ein deutlicher Rückgang der Kinderzahlen schon spürbar

Aus Sicht eines Teils der Befragten in den eher ländlichen Regionen (RST 4 und 5) geht die Zahl der Kindergartenkinder vielerorts bereits zurück. Es müsse schon jetzt über Schließungen einiger Einrichtungen nachgedacht werden. Diese Entwicklung werde in den kommenden Jahren rapide zunehmen. Wenn in den Regionen der Befragten schon jetzt verstärkt Abwanderung zu beobachten ist, macht sich nicht selten auch Resignation breit:

„Die Folge für die kleineren Orte ist katastrophal. Die Eltern werden dahin ziehen, wo es Kindergärten und Schulen gibt. Die kleinen Orte veröden.“ (VG, RST 5)

In den verdichteten Räume werden gegenwärtig kaum Kindergartenschließungen befürchtet, teilweise sogar noch steigende Kinderzahlen

Die verdichteten Räume und Regionen mit Verdichtungsansatz (RST 1, 2, und 3) sind aus der Sicht der dortigen Befragten zurzeit wenig von Schließungen betroffen. Sie profitierten von ihrer günstigeren Lage (Verkehrsanbindung, Arbeitsplätze). Dort würden nach wie vor offensiv Neubaugebiete ausgewiesen und junge Familien zögen zu.

„Während andernorts Kindergärten geschlossen werden müssen, müssen wir neue bauen.“ (VG, RST 2)

Schließungen von Kinderbetreuungseinrichtungen in der Zukunft werden in allen Regionen als unvermeidlich gesehen

Prinzipiell werden aber in allen Regionen kaum Möglichkeiten gesehen, die Schließung von Kindergärten mittelfristig zu verhindern. Sie seien die zwangsläufige Folge niedriger Kinderzahlen und schwacher öffentlicher Finanzen.

Rückgang der Kinderzahlen erhöht Konkurrenz zwischen den Einrichtungen

Als Folge der rückläufigen Kinderzahlen verstärkte sich die Konkurrenz zwischen den Kinderbetreuungseinrichtungen in den verschiedenen Gemeinden. Auch Spannungen und Konflikte werden aus Sicht der Befragten nicht ausgeschlossen bzw. sind schon da. Durch erweiterte Angebote würde versucht, die Einrichtung zu erhalten (s.u.: Lösungsvorschläge).

Ein weiteres Problem sei die aus den Schließungen resultierende Arbeitslosigkeit der Erzieherinnen und Erzieher. Als Handlungsmöglichkeit werden hier Umschulungen genannt.

Ganztagsbetreuung wird den Befragten zufolge zusehend wichtiger

In vielen Regionen wird nach Auskunft der Befragten bereits eine Ganztagsbetreuung im Kindergartenbereich angeboten. Dies gelte insbesondere für die Kindergärten der größeren Gemeinden. In den kleineren Gemeinden sei häufig nicht genügend Bedarf vorhanden.

Die Ganztagsbetreuung wird einerseits eingefordert als Folge des verstärkten Konkurrenzkampfes zwischen den Kindergärten: Man will sich von anderen abheben und konkurrenzfähig sein. Andererseits reagieren die Einrichtungen so auf die veränderten Bedürfnisse der Bewohnerschaft. Der Trend zu professioneller Betreuung der Kinder verstärkte sich, weil heute viele Frauen erwerbstätig seien und es mehr Alleinerziehende gebe. Zudem wohnten die Großeltern seltener in der Nähe und könnten die Eltern deshalb weniger bei der Kinderbetreuung unterstützen. Dies gelte auch für ländliche Regionen:

„Die jungen Frauen, die bereit sind, Kinder zu kriegen, müssen finanziell unterstützt werden. Wichtiger ist aber, dass sie weiter arbeiten gehen können. Wir können noch so viele Hortplätze anbieten, wenn die Frauen nicht mehr arbeiten gehen können, dann gibt es keine Kinder. Die Frauen sind ja heute nicht mehr automatisch abgesichert. Die müssen sich selbst um ihre Zukunft und die Altersversorgung kümmern.“ (VG, RST 1)

D1) Handlungs- und Lösungsmöglichkeiten

Erweiterte Leistungen der verbleibenden Einrichtungen

Eine Lösung für die Zukunft wird in der Erweiterung der Leistungen von Kindergärten gesehen. Beispiele hierfür sind die Ausweitung in Richtung Ganztagsangebot, die Einbeziehung der unter 3-jährigen und die Öffnung für Nachmittagsbetreuung für Grundschülerinnen und -schüler. Hier sei auch eine Zusammenarbeit mit Schulen denkbar.

Bessere Abstimmung auf die Berufstätigkeit der Eltern

Die Verpflichtung, die Kinder am eigenen Wohnort in die Kindergärten schicken zu müssen, wird von einigen Befragten kritisiert. Hier seien bedarfsgerechte Angebote erforderlich, die sich an den Bedürfnissen der Eltern und nicht an Verwaltungsgrenzen orientierten. Kinder sollten auch am Arbeitsort des Vaters oder der Mutter in den Kindergarten gehen können. Betriebe könnten Arrangements mit den Kindergärten vor Ort treffen, die es den Eltern erlauben voll berufstätig zu sein. Dies wäre vor allem auch für Personen wichtig, die im benachbarten Ausland arbeiten würden:

„Warum sollen die Kinder dann nicht in Luxemburg den Kindergarten besuchen, wenn die Eltern dort arbeiten.“ (KS, RST 2).

Befragte fordern flexible Standards

Als unerlässlich sehen die Befragten veränderte Standards in den Kinderbetreuungseinrichtungen. Gefordert wird:

- ein flexiblerer Umgang mit den Gruppengrößen in der Kinderbetreuung und stärkere Entscheidungskompetenzen vor Ort;
- eine Lockerung der von vielen als überzogen bewerteten Standards, wie z.B. Hygiene- und Sicherheitsstandards:

„Wir haben hier einen französischen Kindergarten vor Ort. Den durften wir nicht nutzen, weil die Toiletten nicht so waren, wie die Standards es erfordern [...] Da frage ich mich doch, ob unsere Kinder anders sind als die französischen.“ (LKR; RST 2)

- „Einzugsgebiete“ freigeben;
- Bei Neubauten mögliche Umnutzungen miteinplanen.

Jugend und Jugendfreizeit

C2) Aussagen zur Ausgangssituation und zukünftigen Entwicklung

Fokus der Aufmerksamkeit der Befragten liegt vor allem auf Jugendfreizeiteinrichtungen

Nach den Angeboten für Jugendliche befragt, wurden von den Entscheidungsträgern hauptsächlich die Einrichtung von Jugendfreizeiteinrichtungen und die Einstellung von Jugendarbeitern thematisiert. Die Jugendhilfe als Handlungsfeld wurde nicht angesprochen.

Befragte weisen der Jugendarbeit eine hohe Priorität zu

Jugendarbeit sei als Standortfaktor sehr wichtig. Sie mache sich für die Kommunen auch bezahlt, weil sie präventiv wirke und damit Kriminalität und höhere Folgekosten zu vermeiden helfe.

Kommunen sehen sich als Anbieter einer vielfältigen Jugendarbeit

Die Befragten sehen unterschiedliche Angebote für Kinder und Jugendliche. Es würde versucht, die Region für Kinder und Jugendliche attraktiv zu gestalten. Damit werde eine größere Bleibeorientierung angestrebt:

„Für immer weniger Kinder und Jugendliche muss man sich attraktivere Einrichtungen einfallen lassen.“ (OG, RST 5)

Angebotspalette zwischen Bewährtem und Innovation

Die Angebotspalette der Kommunen für die Jugendlichen umfasst einerseits bewährte Angebote, andererseits wird versucht, neue Angebots- und Beteiligungsformen (z.B. Jugendparlamente) aufzubauen:

- In einigen Gemeinden gebe es einen Jugendpfleger oder Jugendring.
- Als Freizeitangebote werden z.B. über ein Kino, über Groß-/ Erlebnisspielplätzen, Bolz-, Boule- oder Basketballplätze genannt.
- Ein Befragter berichtet von der Einrichtung eines Jugendparlaments. Die Jugendlichen sollten so stärker an der Gemeindearbeit beteiligt und ihr Engagement gefördert werden.
- In einer anderen Gemeinde würde verstärkt die Zusammenarbeit zwischen Gemeinde, Schule und Kirche gefördert. Die Kirche solle als Treffpunkt für die Jugendlichen dienen.
- Ein Verbandsbürgermeister betont, dass es in seiner Gemeinde in fast jedem Ort einen Jugendtreff gebe. Dies sei allerdings nicht immer unproblematisch. Zum Teil müssten diese Treffpunkte aufgrund von Vermüllung, Zerstörungswut, Alkohol- oder auch Drogenkonsum wieder geschlossen werden.
- In den ländlichen Gebieten seien Vereine immer noch ein großer Anziehungspunkt für Kinder und Jugendliche. Hier sei ein großes Engagement zu verzeichnen. (vgl. Kap. 14)
- Ein anderer Befragter berichtet von einer Ideenwerkstatt für Kinder und Jugendliche, in der sie Aktivitäten selbst bestimmen könnten (z. B. Kinderferiencamp). Eine Mitarbeit der Eltern sei dabei unerlässlich.
- In einer Region wird dem Befragten zufolge derzeit eine Jugendbefragung durchgeführt. So könnten die Bedürfnisse besser identifiziert und die Jugendlichen in Planungen und in

die Verantwortung für den Aufbau und Erhalt jugendorientierter Angebote besser eingebunden werden.

- In ländlichen Regionen werden verstärkt Anstrengungen unternommen, um die Gefahr von „Disco-Unfällen“ zu reduzieren. So werden z.B. Jugendtaxis angeboten, andere versuchen, die Jugendlichen durch verlängerte Öffnungszeiten der heimischen Lokale im Ort zu behalten.

Prekäre Beschäftigungsverhältnisse der Jugendarbeiter als Problem

Als Problem wird häufig genannt, dass die Beschäftigung von Jugendhelfern bzw. -betreuern nicht kontinuierlich erfolge. Teilzeitverträge und befristete Beschäftigungsverhältnisse erschweren eine nachhaltig erfolgreiche Arbeit.

Für diese Entwicklung werden aber die finanziellen Engpässe und nicht der demographische Wandel verantwortlich gemacht.

D2) Handlungs- und Lösungsmöglichkeiten

Handlungs- und Lösungsmöglichkeiten werden von den Befragten nicht genannt.

E) Zusammenfassung

Kindheit und Kinderbetreuung

Ausgangssituation und zukünftige Entwicklung

- Ausreichende und gute Angebote der Kinderbetreuung sehen die Befragten als sehr wichtigen Standortfaktor
- In einigen ländlichen Regionen ist ein deutlicher Rückgang der Kinderzahlen schon spürbar
- In den verdichteten Räume werden gegenwärtig kaum Kindertagesstättenschließungen befürchtet, teilweise sogar noch steigende Kinderzahlen
- Schließungen von Kinderbetreuungseinrichtungen in der Zukunft werden in allen Regionen als unvermeidlich gesehen
- Rückgang der Kinderzahlen erhöht Konkurrenz zwischen den Einrichtungen
- Ganztagsbetreuung wird den Befragten zufolge zusehend wichtiger

Handlungs- und Lösungsmöglichkeiten

- Erweiterte Leistungen der verbleibenden Einrichtungen
- Bessere Abstimmung auf die Berufstätigkeit der Eltern
- Befragte fordern flexible Standards

Jugend und Jugendfreizeit

Ausgangssituation und zukünftige Entwicklung

- Fokus der Aufmerksamkeit der Befragten liegt vor allem auf Jugendfreizeiteinrichtungen
- Befragte weisen der Jugendarbeit eine hohe Priorität zu
- Kommunen sehen sich als Anbieter einer vielfältigen Jugendarbeit
- Angebotspalette zwischen Bewährtem und Innovation
- Prekäre Beschäftigungsverhältnisse der Jugendarbeiter als Problem

Handlungs- und Lösungsmöglichkeiten

- Handlungs- und Lösungsmöglichkeiten werden von den Befragten nicht genannt

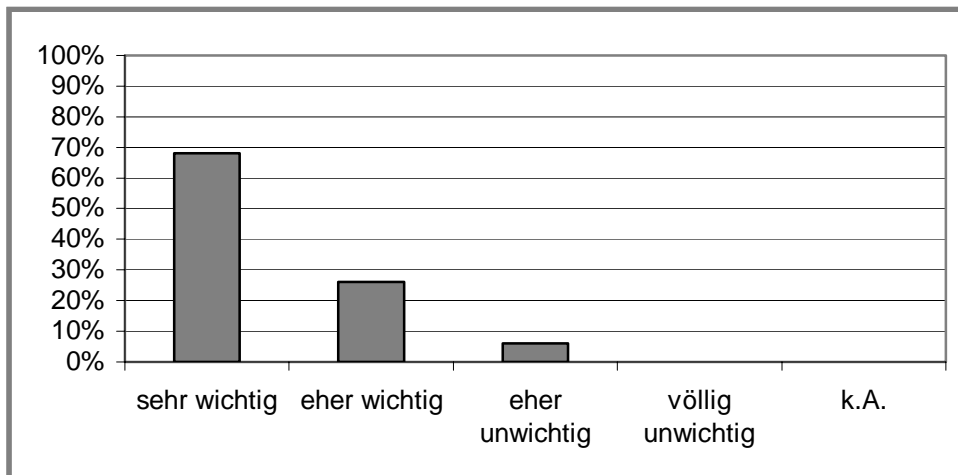
7.2 Bildung: Schulen und Hochschulen

A) Die Ergebnisse in Kürze

- Das Angebot an Schulen wird fast überall als ausreichend eingestuft. Schließungen stehen vor allem im Bereich der Grundschulen unmittelbar bevor. Bei den anderen Schulformen wird zeitversetzt die gleiche Entwicklung erwartet. Schulschließungen werden negativ beurteilt, weil sie die Attraktivität der Orte minderten.
- Die Ganztagschule wird begrüßt, in ihrer jetzigen Form aber überwiegend abgelehnt. Fast alle Befragten wollen eine verpflichtende Ganztagschule.
- Zurückgehende Schülerzahlen erhöhen die Konkurrenz zwischen den Schulen. Positiv kann dies als Motor der Qualitätsentwicklung gesehen werden, negativ wird das teilweise absurde Abwerben der Schülerinnen und Schüler zwischen den Schulen sowie das Vertuschen von Problemen in den Schulen aus Angst vor Rufschädigung genannt.
- Ein Teil der Befragten sieht Lehrkräfte eher kritisch und befürchtet, dass diese sich überhaupt nicht oder allenfalls halbherzig für die Zukunft der Schulen und der Orte engagieren.
- Hochschulen werden als sehr wichtige Standortfaktoren angesehen. Die Befragten erwarten eine höhere Qualität in der Lehre.

B) Wichtigkeit des Themas aus der Sicht der Befragten

Abb. 9: „Bildung“



C) Aussagen zur Ausgangssituation und zukünftigen Entwicklung

Schulangebote den Befragten zufolge derzeit ausreichend

In den meisten Regionen geben die Befragten an, es sei ein ausreichendes Schulangebot verfügbar. Dies gelte für alle Schulformen.

Erste Schulen von Schließungen bedroht

Einige Schulen in Gemeinden der ländlichen, dünn besiedelten Regionen (RST 4 und 5) können laut Auskunft der Befragten ihre Kapazitäten bereits jetzt nicht mehr voll auslasten. Im Bereich der Grundschulen werden schon kurzfristig Schließungen erwartet. Dies gelte insbesondere für „Zwergschulen“ in kleinen Gemeinden. Deren Arbeit wird aber als sehr positiv beurteilt. Hier gäbe es noch weniger Probleme und eine „gute Förderung“ der Kinder.

In den ländlichen Regionen werden aus der Sicht der Befragten auch die weiterführenden Schulen zukünftig nicht erhalten bleiben können.

Schulschließungen werden negativ beurteilt

Schließungen von Schulen werden von den Befragten grundsätzlich negativ beurteilt. Schulen seien ein wichtiger kultureller und wirtschaftlicher Konkurrenzfaktor für einen Ort. Deshalb sollten die Schulen solange aufrechterhalten bleiben, wie es aus finanzieller Sicht möglich sei:

„Wie die Kirche im Dorf bleiben soll, so soll auch die Schule im Dorf bleiben. Die Schule gehört zum Dorf, für die Familien, die Kinder und das Dorf.“ (VG, RST 4)

Die Attraktivität und die Zukunftschancen eines Ortes hängen in der Sicht der Befragten maßgeblich vom Schulangebot ab:

„Schule ist noch ein Standortfaktor, wo eine gewisse Bedeutung des Ortes signalisiert wird.“ (LKR, RST 3)

Wenn die Schulen erst einmal geschlossen seien, kämen sie nicht mehr zurück. Damit sei das „Ausbluten“ der Orte vorgezeichnet. Weder die Einwohnerschaft noch die Wirtschaftsbetriebe seien dann auf Dauer zu halten – so die Befragten vor allem aus den Raumstrukturtypen 4 und 5. Der Erhalt und der Ausbau von Bildungsangeboten werden somit in der Konkurrenz um Bevölkerung als Schlüsselaufgabe begriffen, die aber zugleich auch eine besondere Herausforderung ist:

„Bildung ist für mich das Thema, das am schwierigsten zu lösen ist.“ (VfG, RST 3)

Es wird für die Zukunft gefordert, dass gerade die Grundschulen wohnortnah bleiben sollen. Insbesondere in den Flächen-Verbandsgemeinden wird es als wichtig erachtet, auch zukünftig ein breites Netz an Schulen aufrecht zu erhalten, weil die Schulwege sonst unzumutbar seien. Zudem entstünden hohe Transportkosten.

Ganztagsschule wird von den Befragten als sinnvolles Angebot begrüßt, hoher Stellenwert der familialen Netzwerke bei der Akzeptanz von Ganztagsangeboten

Die Ganztagsschule wird vom überwiegenden Teil der Befragten befürwortet. Diese Schulform wird als wichtig erachtet, um beiden Eltern die Möglichkeit zu geben, voll berufstätig zu sein. Die Meinungen der Bevölkerung / Eltern hinsichtlich der Ganztagsschule werden von den Befragten aber unterschiedlich eingeschätzt. Als Schlüsselfaktor sehen die Befragten die Verwandtschaftsnetzwerke:

- Ganztagsschulen werden dort eher abgelehnt, wo eine enge familiäre Vernetzung besteht. Hier übernehmen häufig noch die Großeltern die Nachmittagsbetreuung der Kinder:

„Hier gibt es noch genug Omas. Die kümmern sich um die Kinder. Die Frau geht schaffen, der Mann geht schaffen. In den Städten ist das anders. Wer nachgefragt hat, das sind die, die hier zugezogen sind.“ (VG, RST 4).

„Wenn man in der Stadt sein Kind in Betreuung gibt, dann ist das vollkommen normal. Aber hier ist man dann schon tendenziell eher so ein bisschen so eine asoziale Mutter. Das wird lieber dann den Omas oder Opas aufgedrückt oder so verteilt, bevor man das dann öffentlich macht.“ (VG, RST 5)

- Insbesondere in Gebieten mit vielen Zugezogenen und in Städten werden Ganztagsangebote verstärkt nachgefragt. Ein ungelöstes und drängendes Problem sei die Betreuung in den Ferienzeiten.

Derzeitige Form der Ganztagschule wird fast durchgängig abgelehnt

Fast durchgängig kritisiert und abgelehnt wird die momentane Ausgestaltung der Ganztagschule. Die freiwillige Ganztagschule sei eine bloße Nachmittagsbetreuung und keine Schule. Teilweise würden die Schulen nach einem Jahr Ganztagschule erheblich an Schülerinnen und Schülern verlieren. Dies erschwere es den Schulträgern, realistisch zu planen. Schwierige Schülerinnen und Schüler würden mit dieser (freiwilligen) Konzeption ohnedies nicht erreicht. Es wird die verpflichtende Ganztagschule gefordert:

„Wir brauchen ‚echte‘ Ganztagschulen.“ (LKR, RST 1)

„Wir brauchen eine verpflichtende Ganztagschule. Dann können wir auch die schwierigen Schüler erreichen. So kommen die nicht.“ (VG, RST 5)

„Viele Eltern kamen und sagten: Bitte setzen sie sich dafür ein, dass es eine verpflichtende Schule wird.“ (VG, RST 5)

Einige der Kommunen, die zugleich Schulträger sind, befürchten, dass die jetzige Ganztagschule nur eine Übergangslösung sei. Sie müssten jetzt Geld investieren und es sei abzusehen, dass z.B. die derzeitigen baulichen Maßnahmen nicht reichten, um eine verpflichtende Ganztagschule zu ermöglichen.

Es gibt aber auch positive Einschätzungen. So sieht eine Befragungsperson in der gegenwärtigen Version der Ganztagschule Chancen, weil dadurch insbesondere Lehrkräfte die Möglichkeit hätten, sich an diese neue Schulform zu „gewöhnen“. Allerdings ist auch diese Befragungsperson der Auffassung, dass die jetzige Ganztagschule nur eine Episode sein wird.

Konkurrenz zwischen den Schulen durch zurückgehende Schülerzahlen

Nahezu alle Befragten betonen den steigenden Konkurrenzkampf zwischen den Schulen. Dieser wird ambivalent beurteilt:

- Positiv bewerten viele Befragte die Konkurrenz zwischen Schulen, weil hierin ein Motor bei der Qualitätsentwicklung der Schulen gesehen wird.

„Nur die guten Schulen werden überleben.“ (VG, RST 2)

„Die Schule in Y hat keinen guten Ruf. Der Leiter ist unmotiviert und das Kollegium glänzt auch nicht unbedingt. Da beobachten wir jetzt seit einiger Zeit, dass die Eltern ihre Kinder verstärkt an der Schule in X anmelden. Die sind jetzt schon dreizügig, die Schule in Y hat dagegen jetzt gerade die Zweizügigkeit hinbekommen. [...] Da ist die Konkurrenz gut.“ (VG, RST 5)

- Negativ wird bewertet:

a) Die Schulen „jagten“ sich gegenseitig die Schüler ab, zum Teil über die Grenzen der Verbandsgemeinden hinaus. Konflikte und Spannungen zwischen den Gemeinden und den Schulträgern seien vorprogrammiert. Ein Befragter betont, dass das Abwerben von Schülern ein Nullsummenspiel sei. Dadurch komme es nicht zu einer Lösung des Problems rückläufiger Schülerzahlen, sondern nur zu einer Verlagerung.

b) Schulen seien mehr als zuvor bestrebt, ihren Ruf zu wahren. Probleme und Schwierigkeiten würden häufig vertuscht. So berichtet z.B. ein Befragter von einer Schule, an der es sehr große Kriminalität – Erpressung und Drogen - gibt:

„Nur die sind natürlich bedacht, dass das nach draußen keiner erfährt. [...] Die kommen mit ihrer Ehrlichkeit nicht weiter, außer dass sie dann Schüler in riesigen Schülerzahlen verlieren. Und deshalb gibt es keine Drogenkriminalität. Und deshalb haben auch viele Bürgermeister Angst, das überhaupt anzusprechen.“ (VG, RST 1)

In den ländlichen Gebieten wird die „Regionale Schule“ als Schulform positiv bewertet

Regionale Schulen werden von den Befragten der ländlichen Räume positiv bewertet, weil damit auch für diese Regionen ein erweitertes Schulangebot über den reinen Hauptschulabschluss hinaus bestehe. Es wird zum Teil ein gezielter Zuzug von Familien wegen des Vorhandenseins dieser Schulform beobachtet.

Kosten für Schülertransporte sind ein umstrittenes Thema

Umstritten sind die Kosten für die Schülertransporte. Besonders in den Städten wird eine grundlegende Veränderung gefordert. Statt wie bisher das „Schulortprinzip“ (= die Träger der Schulen bezahlen den Transport) solle das „Wohnortprinzip“ (= die Wohnorte der Eltern bezahlen die Kosten für den Transport) gelten. Hiermit ist ein Stadt-Umland-Konflikt verbunden, der aus Sicht der Befragten durch den demographischen Wandel noch verschärft würde:

„Wir haben jetzt das so genannte Schulstandortprinzip. Dort, wo die Schule besucht wird, ist der Schulträger verpflichtet, die Fahrtkosten, die Fahrkarte zu zahlen. Und nicht das Wohnortprinzip. Nur: im Landtag sitzen 80 Prozent der Abgeordneten, die kommen vom Land. Die folgen dem schönen Satz: Aufwertung des ländlichen Raums.“ (KS, RST 1)

Lehrkräfte werden von einem Teil der Befragten kritisch beurteilt

Es fällt auf, dass die politischen Entscheidungsträger in mehreren Kommunen die dortigen Lehrkräfte wegen unzureichender Professionalität negativ bewerten. So berichten einige Befragte von Lehrkräften, die die Einrichtung der Ganztagschule verweigerten, obwohl dies von den Eltern und der Gemeinde gewünscht würde. Andere Einschätzungen zeigen die folgenden Zitate:

„Da sagt die Grundschulrektorin doch glatt zu mir, dass es nicht ihre Aufgabe sei, die Kinder auf die weiterführenden Schulen vorzubereiten. Da hat es bei mir ausgesetzt.“ (LKR, RST 4)

„Da haben die Jugendlichen den Umkleideraum, den wir gerade komplett für viel Geld renoviert haben, total ruiniert. [...] Der Rektor hat nichts gemacht, die Lehrer auch nicht. [...] Da musste ich die Polizei und die Eltern einschalten.“ (VG, RST 5)

„Das schlimme ist auch, dass die Lehrer ganz bestimmte Berufsgruppen ganz einfach stigmatisieren, das heißt also ‚wer sich dreckige Fingernägel holt, das ist ein schlechter Beruf.“ (VG, RST 3)

Mit solchen Einschätzungen sind nicht selten Spannungen zwischen Kommune und Schule verbunden. Ein Teil der Entscheidungsträger befürchtet, dass die Schulen in ihrem Verantwortungsbereich die „Zeichen der Zeit“ noch nicht erkannt hätten und nur halbherzig oder überhaupt nicht auf die Herausforderungen der Zukunft für die Schule und die Kommune reagierten:

„Für die Lehrer sind die zurückgehenden Schülerzahlen solange kein Problem, wie die Schule nicht gefährdet ist. Die sind froh, wenn sie weniger Schüler in der Klasse haben.“ (OG, RST 4)

Von Hochschulen wird mehr Qualität gefordert

Die Vertreter der verdichteten, städtischen Gebiete betonen die besondere Bedeutung der Hochschulen. Die Hochschulen seien ein wichtiger Standortfaktor für die gesamte Region. Leider gäbe es zu wenige Arbeitsplätze für die hochqualifizierten Absolventen, so dass diese nach ihrem Studienabschluss abwanderten.

Kritisiert wird der Zustand der Hochschulen und die Qualität der Lehre. Auch an den Hochschulen müssten Leistungskontrollen für Professoren und Dozenten eingeführt werden. Es dürfte nicht angehen, die Qualitätsprobleme bei den Studierenden abzuladen. Studiengebühren werden befürwortet. Der demographische Wandel verstärke den Zwang zu Leistungskontrolle und die Notwendigkeit, Leistung zu bezahlen.

D) Handlungs- und Lösungsmöglichkeiten

Verpflichtende Ganztagschule wird als „Muss“ angesehen

Die verpflichtende Ganztagschule wird als „Muss“ gesehen. Erst dadurch sei eine spürbare Entlastung der Familien gewährleistet und verbesserte Leistungen der Schulen bei der Erziehungsarbeit und der Unterrichtsqualität zu erwarten.

Kontinuierliche Betreuungsangebote werden gefordert

Gefordert wird auch eine kontinuierliche Kinderbetreuung vom 1. bis 18. Lebensjahr. Nur so sei eine durchgängige Beschäftigungsmöglichkeit der Mütter zu sichern. Dazu zählen vor allem die Ferienzeiten, die berufstätige Mütter oft in eine Betreuungsnotlage brächten. Gerade hier brauche man weniger Dauereinrichtungen, sondern flexible Modelle. Gewarnt wird aber vor einer „Privatisierung“ der Betreuung, weil diese zu Lasten der sozial schwächeren Familien ginge.

Konkurrenz zwischen Schulen als Motor für Qualitätsentwicklung nutzen

Die Konkurrenz zwischen den Schulen soll als Motor der Qualitätsentwicklung genutzt werden.

Ganztagsklassen als Gestaltungsmöglichkeit für die jetzige Form der Ganztagschule

Ein Befragter verweist auf die positiven Erfahrungen an den Ganztagschulen, wenn Ganztagsklassen gebildet werden. Die Schule in seinem Verantwortungsbereich habe das Angebot so organisiert, dass alle diejenigen, die sich zur Ganztagschule anmelden, gemeinsam eine Klasse besuchten. Die Folge seien deutlich weniger Abmeldungen nach einem Schuljahr.

Ältere Menschen in das schulische Leben integrieren

Einige Befragte halten es für wichtig, dass gerade in den Grundschulen auch verstärkt ältere Menschen das Schulleben mitgestalten. Dies käme der Werteerziehung positiv zu gute.

E) Zusammenfassung

Ausgangssituation und zukünftige Entwicklung

- Schulangebote den Befragten zufolge derzeit ausreichend
- Erste Schulen von Schließungen bedroht
- Schulschließungen werden negativ beurteilt
- Ganztagschule wird von den Befragten als sinnvolles Angebot begrüßt, hoher Stellenwert der familialen Netzwerke bei der Akzeptanz von Ganztagsangeboten
- Derzeitige Form der Ganztagschule wird fast durchgängig abgelehnt
- Konkurrenz zwischen den Schulen durch zurückgehende Schülerzahlen
- In den ländlichen Gebieten wird die „Regionale Schule“ als Schulform positiv bewertet
- Kosten für Schülertransporte sind ein umstrittenes Thema
- Lehrkräfte werden von einem Teil der Befragten kritisch beurteilt
- Von Hochschulen wird mehr Qualität gefordert

Handlungs- und Lösungsmöglichkeiten

- Verpflichtende Ganztagschule wird als „Muss“ angesehen
- Kontinuierliche Betreuungsangebote werden gefordert
- Konkurrenz zwischen Schulen als Motor für Qualitätsentwicklung nutzen
- Ganztagsklassen als Gestaltungsmöglichkeit für die jetzige Form der Ganztagschule
- Ältere Menschen in das schulische Leben integrieren

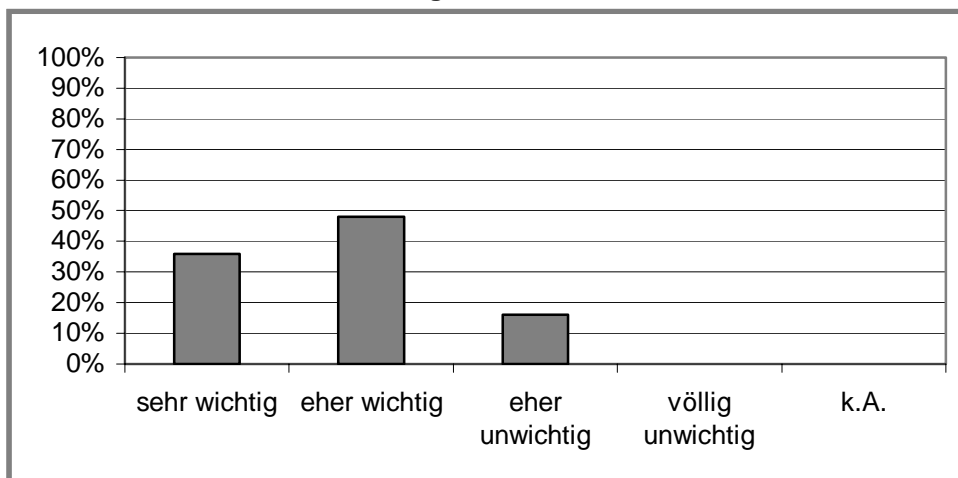
7.3 Kultur und Weiterbildung

A) Die Ergebnisse in Kürze

- Kultur und Weiterbildung bewerten die Befragten als wichtig, um die Attraktivität der Orte zu steigern und Lebensqualität zu gewährleisten.
- Vereinen weisen sie hierbei einen hohen Stellenwert zu.

B) Wichtigkeit des Thema aus der Sicht der Befragten

Abb. 10: „Kultur und Weiterbildung“



C) Aussagen zur Ausgangssituation und zukünftigen Entwicklung

Kulturelle Attraktivität als Standortfaktor

Das kulturelle Angebot als weicher Standortfaktor sei wichtig für die Lebensqualität der einheimischen Bevölkerung und für den Tourismus. Deshalb solle es ausgebaut werden. Allerdings betonen die Befragten, dass die geringen Mittel der Gemeinden viele Ideen behindere und verhindere.

Die Identifikation mit der Region müsse gefördert werden. Auf diese Weise könne man die Menschen eher in der Region halten, oder sie evtl. zum Zurückkommen bewegen.

Zielgruppenspezifische Angebote

Es würde versucht, durch zielgruppenspezifische kulturelle Angebote die Attraktivität der Region zu erhöhen.

Wichtige Rolle der Vereine

Eine besondere Rolle in diesem Bereich spielen die Vereine. Gerade von den Vertretern der ländlichen Gebiete wird deren Bedeutung betont. (vgl. Kap. 14)

D) Handlungs- und Lösungsmöglichkeiten

Handlungs- und Lösungsmöglichkeiten werden von den Befragten nicht genannt.

E) Zusammenfassung

Ausgangssituation und zukünftige Entwicklung

- Kulturelle Attraktivität als Standortfaktor
- Zielgruppenspezifische Angebote
- Wichtige Rolle der Vereine

Handlungs- und Lösungsmöglichkeiten

- Handlungs- und Lösungsmöglichkeiten werden von den Befragten nicht genannt.

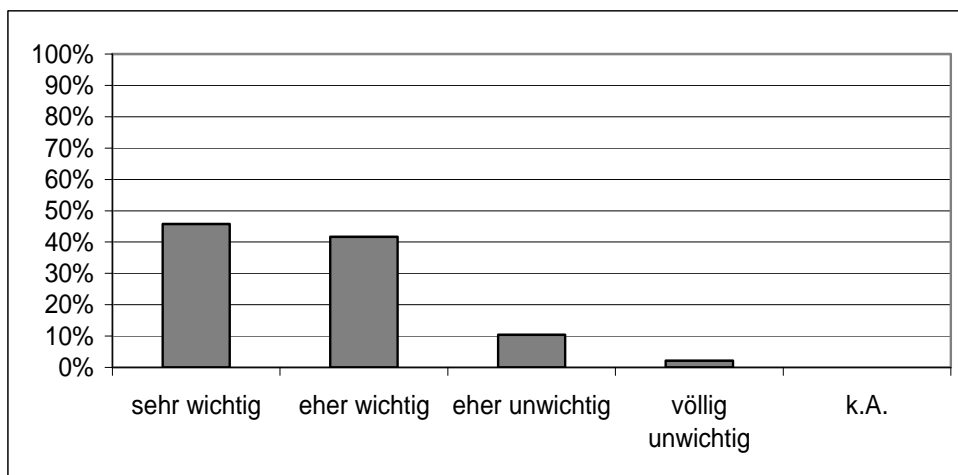
8. Zuwanderung und Integration

A) Die Ergebnisse in Kürze

- Die Regionen sehen sich in unterschiedlichem Ausmaß mit Zuwanderung konfrontiert. Zuwanderung wird eher nicht als Lösung für die Herausforderungen des demographischen Wandels gesehen.
- Es werden eher Integrationsprobleme als Chancen erwartet, dies insbesondere bei einem Teil der Aussiedler.
- Die Befragten favorisieren eine geregelte Zuwanderung, verbunden mit Integrationspflichten für die Zuwandernden. Daneben bedürfe es verstärkter Sprachförderung, Vermeidung von ethnischer Segregation, speziellen Angeboten für Jugendliche und die Einbindung der Zuwanderer in das politische System.

B) Wichtigkeit des Themas aus der Sicht der Befragten

Abb. 11: „Migration und Integration“



C) Aussagen zur Ausgangssituation und zukünftigen Entwicklung

Regionen sehen sich in unterschiedlichem Ausmaß mit Zuwanderung konfrontiert

Die Regionen sind nach Auskunft der Befragten unterschiedlich stark von Zuwanderung betroffen. Von steigenden Zuwandererzahlen gehen die Befragten der Ballungsgebiete (RST 1 und 2) und der ländlichen Konversionsgebiete aus. Die Befragten der weniger betroffenen Regionen erwarten auch für die Zukunft keine steigende Zuwanderung. Wenn es Zuwanderung gebe, zögen die Zugewanderten häufig nach kurzer Zeit in die Ballungsgebiete.

Aussiedler als wichtige Zuwanderergruppe

Besonders in den Konversionsgebieten im Hunsrück sind in den vergangenen Jahren viele Aussiedler zugewandert. Die Beurteilung der meisten Entscheidungsträger fällt ambivalent aus: Die „erste Generation“ (damit sind diejenigen gemeint, die Anfang der neunziger Jahre

kamen) seien „fleißig“ und „unauffällig“ und bereiteten keinerlei Probleme. Die „zweite Generation“ (die ab Mitte/Ende der neunziger Jahre zuwanderte) wird dagegen als sehr problematisch eingestuft: fehlende Sprachkenntnisse, schlechte Ausbildung, Drogenprobleme und Kriminalität werden mit dieser Gruppe assoziiert.

Zuwanderung wird nicht als Lösung für die Herausforderungen des demographischen Wandels gesehen

Zuwanderung wird von den Befragten nicht als Lösung des Problems der rückläufigen Bevölkerungszahlen betrachtet. Dies gilt insbesondere für ländliche Regionen. Es werden aber Chancen gesehen, die Folgen des demographischen Wandels etwas abzumildern:

„Die Hoffnung brauchen wir nicht zu haben, dass wir das mit Zuzug ausgleichen können.“ (VfG, RST 1)

„Man kann den Bevölkerungsrückgang nicht durch Zuwanderung kompensieren, deshalb muss man darauf aber nicht ganz verzichten.“ (LKR, RST 2)

Befragte Entscheidungsträger sehen mit der Zuwanderung eher Risiken als Chancen verbunden

Unabhängig von Parteizugehörigkeit (Ausnahme: Bündnis 90/Die Grünen), Region und Funktion werden in der Zuwanderung eher Risiken als Chancen gesehen. Es werden mehrere Gründe angeführt, weshalb Zuwanderung keine Lösung des demographischen Wandels darstellen könne:

- Zuwanderung verursache große Integrationsschwierigkeiten:

„Die [Zuwanderung] bringt zunächst einmal mehr Personenzahlen und mehr Probleme, multinational und multikulturell.“ (VG, RST 1)

„Wir können die Leute nicht integrieren und nicht ausbilden. [...] Das bringt nur Probleme.“ (OG, RST 5)

- Es gebe auch rückläufige Bevölkerungszahlen in den anderen (neuen) europäischen Ländern, so dass Zuwanderung dadurch begrenzt sei. Die Zuwanderung aus den rasch wachsenden Ländern Asiens und Afrikas wird von den meisten vehement abgelehnt: „Die passen nicht hierher!“ – so lautet eine vielfach getroffene Feststellung.
- Es gebe zu wenige Arbeitsplätze, so dass Zuwanderung eher noch größere Probleme verursache;
- Die Zuwanderung schwäche und destabilisiere die Herkunftsländer.

EU-Osterweiterung wird ambivalent bewertet und erbringt für die Befragten keine Lösung für den demographischen Wandel

Bezüglich der EU-Osterweiterung sind die Befragten geteilter Meinung:

- Einige Befragte betrachten die EU-Osterweiterung als besondere Chance. Es sei wünschenswert, dass aus den Beitrittsländern gut ausgebildete Fachkräfte zuwandern. Hier sei die Bevölkerung und Politik gefordert, diese Menschen in die Gemeinschaft zu integrieren.
- Ein anderer Teil der Befragten ist dagegen der Meinung, dass die EU-Osterweiterung ein großes Risiko für Europa darstellt. Die Erweiterung ginge zu schnell, die Kulturen seien zu unterschiedlich, die EU sei jetzt schon nicht in der Lage ihre Probleme zu lösen. Auch wirtschaftlich würde die Erweiterung die Situation hier verschärfen. Betriebe würden abwandern, Arbeitskräfte zuwandern. Man müsse aufpassen, dass Europa kontrollierbar bleibe:

„Lieber wir, dass wir Leistungen dorthin bringen, nicht die Menschen von dort hierhin bringen. [...] dass die in ihrer angestammten Heimat auch ein lebenswertes Leben haben und [...] in Einkommensstände kommen, wie wir das im europäischen Bereich [...] geschafft haben. Das wird eine hohe Aufgabe der Politik sein.“ (VG, RST 5)

Für die Lösung der demographischen Probleme wird der EU-Osterweiterung keine Bedeutung zugemessen. Gleichwohl wird eingeräumt, dass in den Weinbaugemeinden an Mosel und Saar, im Gaststättengewerbe und in der häuslichen Pflege die „Saisonarbeitskräfte“ – besonders aus Polen – unverzichtbar seien, weil keine einheimischen Arbeitskräfte zu finden seien.

Es werden vielschichtige Integrationshemmnisse gesehen: Sprachprobleme, kulturelle Gegensätze und Fremdheit, Segregation, Kriminalität, tatsächliche und geglaubte Konkurrenz, Religion

a) *Sprachprobleme*: Die Bereitschaft die deutsche Sprache zu lernen sei gering. Dies betreffe insbesondere die Aussiedler und würde durch Segregation verstärkt. Sprachprobleme seien die größte Integrationsbarriere. Damit entstünden Probleme bei der Arbeitsplatzsuche, in der Schule und dem Zusammenleben mit den Einheimischen. Diesbezüglich müsste mehr von den Zuwanderern gefordert werden:

„Wer in Deutschland lebt, der soll gefälligst auch Deutsch lernen.“ (LKR, RST 1)

„Zuwandern ja, aber wenn du dauerhaft hier bleiben willst, dann musst Du nach einem bestimmten Zeitpunkt bestimmte Qualifikationen erfüllen oder Du musst wieder zurückgehen.“ (VG, RST 2)

b) *Kulturelle Gegensätze und Fremdheit*: Wenn die zahlenmäßige Balance zwischen Einheimischen und Zugewanderten nicht gewahrt würde, es also zuviel Zuwanderung gebe, gerät in der Sicht der Befragten das Ordnungsgefüge einer Region aus dem Lot. Die Einheimischen sehen ihre Tradition, Heimat etc. gefährdet. Kultur und Religion der Zuwanderer „passten“ nicht – so führen insbesondere die Befragten aus den ländlichen Regionen aus – in die gewachsenen Strukturen und Traditionen der Einheimischen:

„Wenn eine Bevölkerungsstruktur auf den Kopf gestellt wird, wird es natürlich problematisch.“ (VfG, RST 5)

„Es kommen Kulturen zusammen, die sich gar nicht verstehen. [...] Gerade hier im ländlichen Bereich würden mehr neue Probleme entstehen als das bestehende gelöst werden.“ (VG, RST 5)

„Ich meine, gut, mit den, es gibt ja viele Türken, die ja auch schon Jahre lang hier wohnen oder auch hier geboren sind, ist kein Problem. Aber es ist jetzt kein Chinese und auch kein, kein Afrikaner. Aber kann ich mir auch nicht vorstellen.“ (OG, RST4)

c) *Segregation*: Ein weiteres Problem sei die Selbstaussgrenzung der Zuwanderer, d.h. die Konzentration der Zuwanderer in einem Stadtteil oder Wohngebiet. Sie nähmen sukzessiv einen Stadtteil in Besitz. Die Wohnbevölkerung wird nach und nach ausgetauscht. Insbesondere bei den Aussiedlern seien solche Tendenzen beobachtbar. Fast alle Befragten mit einem hohen Anteil von Aussiedlern in ihrer Wohnbevölkerung, haben auch ein „Klein-Kasachstan“ in einem oder mehreren Orten.

„Wir haben ein Wohngebiet, wenn da Aussiedlerfamilien drin leben, dann ziehen automatisch andere Aussiedler nach und Deutsche ziehen aus. Das lässt sich nicht vermeiden.“ (VG, RST 1)

d) *Kriminalität*: Von einigen Befragten werden Probleme hinsichtlich der Ausländerkriminalität thematisiert. Gerade unter Aussiedlerjugendlichen gebe es in einigen Regionen erhebliche Probleme mit Drogen, Alkohol und Cliquen.

„Wir müssen feststellen, dass die Ausländer an vielen Kriminalitäten beteiligt sind und nicht bereit sind, sich mit ihren Lebensgewohnheiten unseren deutschen Vorgaben dann zu nähern. Das ist ein riesen Problem. [Diese Leute] wollen sich nicht integrieren. Ich kann doch erwarten, dass sich die Leute hier benehmen, wie man sich als Gast auch anpassen muss.“ (VG, RST 1)

e) *Tatsächliche und geglaubte Konkurrenz*: In den Gebieten mit hohen Zuwandererzahlen wird von den Befragten ein „Neid“ der Deutschen gegenüber den Zuwanderern

(insbesondere Aussiedlern) festgestellt. Dies wirke der Integration entgegen. Ein Befragter berichtet, es bestände in der Bevölkerung mehrheitlich die Meinung:

„Die haben uns Geld gekostet, die haben unsere Rentner geschröpft, unsere Krankenkassen kaputt gemacht und alles und kriegen ja vom Staat massenhaft Geld in den Hintern geblasen, damit Sie ihre Häuser bauen können. Sie sind ständig da und nehmen Arbeitsplätze weg [...] Man braucht ja einen Schuldigen und den findet man dann ganz einfach in diesem Fall im Kreis der Aussiedler.“ (VG, RST 5)

Diese Neidgefühle werden verstärkt durch die tatsächliche Konkurrenz um Arbeitsplätze. Gerade in den Gebieten, in denen z.B. die US-Streitkräfte die Stützpunkte aufgegeben haben, sei dies zu beobachten. Es wird von den Befragten festgestellt, dass die einheimische Bevölkerung von den Amerikanern profitierte, oftmals ihre Häuser durch Vermietungen an Angehörige der US-Armee finanzierten oder auf den Stützpunkten arbeiteten. Mit den Amerikanern habe es keine Konflikte gegeben (obschon auch „Zuwanderer“), weil sie Geld gebracht hätten. Dies sei bei den Aussiedlern anders.

f) *Religiös begründete Hemmnisse:* Von einigen Befragten werden Probleme wegen der Religion der Zuwanderer angesprochen. Kinder und Jugendliche dürften z.B. nicht an schulischen Veranstaltungen oder diversen Vereinsaktivitäten teilnehmen. Dies behindere deren Integration.

Aus der Sicht der Befragten wird bereits eine Vielzahl von Integrationsmaßnahmen angeboten

In den Kommunen mit hohen Zuwandererzahlen gibt es nach Auskunft der Befragten bereits eine Reihe von Integrationsmaßnahmen. Integration würde hier als ständige politische Aufgabe betrachtet. Beispiele sind:

- Veranstaltung von Sprachkursen (in Schulen, VHS etc.);
- Beschäftigung von Ausländerbeauftragten;
- Russisch-deutsche Kontaktabende;
- Veranstaltung von Ausländerfesten;
- Sammeln für Aussiedler (z.B. Kinderspielzeug);
- Beschäftigung von Sozialarbeitern;
- Maßnahmen zur Integration in den Arbeitsmarkt.

D) Handlungs- und Lösungsmöglichkeiten

Geregelte Zuwanderung erforderlich, Integrationspflicht als Erwartung

Von den Befragten wird eine geregelte Zuwanderung befürwortet. Diesbezüglich sei insbesondere der Bund gefordert, geeignete Rahmenbedingungen und eine durchsichtige Gesetzgebung zu schaffen. Deutschland brauche eine Entscheidung, wie es sich als Einwanderungsland definiere. Wichtig sei es Regelungen zu finden,

- wie man qualifizierte Arbeitskräfte anlocken könne:

„Eine Zuwanderung in die Sozialsysteme können wir uns nicht leisten. [...] Das kann nur heißen: Können wir dich gebrauchen oder nicht gebrauchen?“ (VG, RST 2)

„Es ist wichtig gut qualifizierte Arbeitskräfte zu haben, ob über Einwanderung oder Zuwanderung ist nicht wichtig. Hauptsache gut qualifiziert und erwerbsfähig.“ (LKR, RST 4)

- wie man die Zuwanderer integrieren könne:

„Es gibt kein Patentrezept, aber wir müssen schauen wo wir es schaffen, vernünftige Voraussetzungen für Zuwanderung zu schaffen.“ (LKR, RST 2)

- was man von den Zuwanderern als Integrationsleistung verlangen könne. Bei vielen Befragten besteht die Auffassung, dass es so etwas wie eine Integrationspflicht geben müsse (z.B. Sprachkenntnisse, geregelte Arbeit, Anerkennung der hiesigen Werte). Falls diese nicht erfüllt würden, sei die Ausweisung angebracht.

Durchmischung stärken und Segregation vermeiden ist aus der Sicht der Befragten eine wichtige politische Integrationsaufgabe

Handlungsbedarf ist nach Meinung der Befragten insbesondere im Bereich der Segregation von Zuwanderern gefordert. Man müsse auf die Durchmischung achten und dafür sorgen, dass es Orte der Begegnung und des Austauschs gebe. Nur durch Kontakt könne ein Anschluss an das hiesige gesellschaftliche Leben erfolgen.

Möglichkeiten dazu bestünden z.B. in der Verteilung der Zuwanderer auf verschiedene Wohngebiete. Ein Befragter berichtet, dass in seinem Zuständigkeitsbereich die betroffenen Gemeinden Baugrundstücke selbst aufkaufen, um die Käufe von Neubaugebieten „am Stück“ zu verhindern. Dies sei ein erster Schritt, damit nicht ganze Wohnviertel von einer bestimmten Zuwanderergruppe okkupiert werde.

Jugend wird als wichtigste Zielgruppe für Integrationsmaßnahmen gesehen

Die Jugendlichen werden von den Befragten als wichtigste Zielgruppe von Integrationsmaßnahmen gesehen:

„Die Jugend müssen wir integrieren.“ (VG, RST 4)

„Sorgen machen mir die Jugendlichen, weil sie nur sehr schlecht Deutsch sprechen. Die kriegen Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt. Bislang gab es noch keine gravierenden Probleme. Die erwarte ich aber zukünftig.“ (VG, RST 1)

Es müsse verstärkt Sozialarbeiter für Schulen und Streetworker geben, die die Zuwandererjünglichen unterstützen können.

Ausweitung der Sprachförderung

Sprachkurse seien eine wichtige Integrationsmaßnahme. Hier wird mehr Geld gefordert, damit sowohl die Quantität als auch die Qualität dieser Angebote ausgeweitet werden kann.

Zuwanderer müssen aus der Sicht der Befragten auch in das politische System integriert werden

Ein Befragter spricht die Bedeutsamkeit der politischen Integration der Zuwanderer an. Dies müsse gefördert werden. Zuwanderereltern könnten z.B. Elternsprecher in Schulen werden oder im Stadtrat mitwirken:

„Geben Sie den Leuten Verantwortung, dann fühlen die sich auch verantwortlich.“ (LKR, RST 5)

Integration wird auch als Aufgabe der einheimischen Bevölkerung gesehen

Es hänge viele davon ab, wie man auf die Zuwanderer zugehe. Man könne nicht nur einseitige Anpassungsleistungen verlangen, sondern Integration sei ein wechselseitiger Prozess.

„Integration beruht auf Gegenseitigkeit. Wenn man die Menschen aus dem Ausland integrieren will dann klappt das auch.“ (VG, RST 4)

Vereine gelten als sehr wichtige Integrationseinrichtungen

Erfolgreiche Integrationsmöglichkeiten liegen nach Ansicht der Befragten vor allem auf der Vereinsebene. Durch gemeinsame Freizeitveranstaltung erfolge hier „automatisch“ Integration.

„[Dies ist ein] tolles Integrationsgeschäft, das überhaupt nichts kostet.“ (VG, RST 1)

Ohne Arbeitsplätze kann Integration aus Sicht der Befragten nicht funktionieren

Massenarbeitslosigkeit und Integration von Zuwanderern passten nicht zusammen. Deswegen seien Maßnahmen für den Arbeitsmarkt und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ein wichtiges Integrationsmittel.

E) Zusammenfassung

Ausgangssituation und zukünftige Entwicklung

- Regionen sehen sich in unterschiedlichem Ausmaß mit Zuwanderung konfrontiert
- Aussiedler als wichtigste Zuwanderergruppe
- Zuwanderung wird nicht als Lösung für die Herausforderungen des demographischen Wandels gesehen
- Befragte Entscheidungsträger sehen mit der Zuwanderung eher Risiken als Chancen verbunden
- EU-Osterweiterung wird ambivalent bewertet und erbringt für die Befragten keine Lösung für den demographischen Wandel
- Es werden vielschichtige Integrationshemmnisse gesehen: Sprachprobleme, kulturelle Gegensätze und Fremdheit, Segregation, Kriminalität, tatsächliche und geglaubte Konkurrenz, Religion
- Aus der Sicht der Befragten wird bereits eine Vielzahl von Integrationsmaßnahmen angeboten

Handlungs- und Lösungsmöglichkeiten

- Geregelter Zuwanderung erforderlich, Integrationspflicht als Erwartung
- Durchmischung stärken und Segregationsvermeidung ist aus Sicht der Befragten eine wichtige politische Integrationsaufgabe
- Jugend wird als wichtigste Zielgruppe für Integrationsmaßnahmen gesehen
- Ausweitung der Sprachförderung
- Zuwanderer müssen aus der Sicht der Befragten auch in das politische System integriert werden
- Integration wird auch als Aufgabe der einheimischen Bevölkerung gesehen
- Vereine gelten als sehr wichtige Integrationseinrichtungen
- Ohne genügend Arbeitsplätze kann Integration aus Sicht der Befragten nicht funktionieren

9. Erwartete Entwicklung von Siedlungs- und Infrastruktur, Verkehr, Mobilität

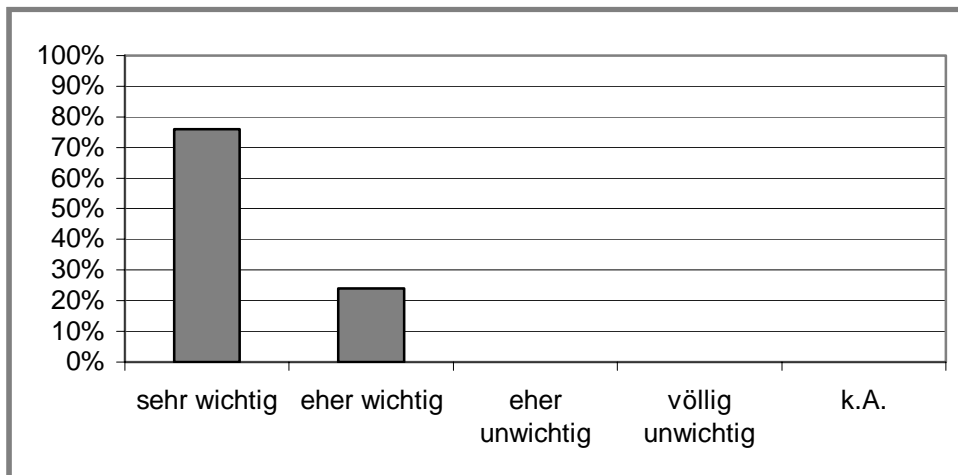
9.1 Veränderungen von Siedlungs- und Infrastruktur

A) Die Ergebnisse in Kürze

- Es werden in der Zukunft tiefgreifende Veränderungen in der Siedlungsstruktur erwartet.
- Vor allem die nach wie vor vehement betriebene Ausweisung von Neubaugebieten bei gleichzeitig zunehmenden Leerständen in den Ortskernen wird als Problem gesehen. In den Ortskernen fände eine soziale und eine altersgruppenspezifische Segregation statt.
- In der Konkurrenz der Ortsgemeinden um Wohnbevölkerung über die Ausweisung von Wohngebieten wird ein Risiko für eine zukunftsfähige Siedlungsplanung gesehen, weil das Denken und Planen sich auf die Ebene der Ortsgemeinde begrenzt. Es werden stärkere Reglementierungen gefordert.
- Neue Konzepte der Dorferneuerung und der Stadtsanierung werden gefordert: großflächiger Abriss von Altbauten, stärkere Förderung der Altbausanierung, gelockerte Denkmalschutzvorschriften und Sensibilisierung für regionaltypisches Bauen.
- Die Infrastruktur wird von den meisten Befragten als gut bewertet. Allerdings werde der Bevölkerungsrückgang die Aufrechterhaltung der Infrastruktur erschweren.

B) Wichtigkeit des Themas aus der Sicht der Befragten

Abb. 12: „Siedlungs- und Infrastruktur“



Das Thema „Veränderungen von Siedlungs- und Infrastruktur“ ist in folgende Teile untergliedert:

- Siedlungsstruktur
- Demographischer Wandel und Infrastruktur

Siedlungsstruktur

C1) Aussagen zur Ausgangssituation und zukünftigen Entwicklung

Es werden in der Zukunft tiefgreifende Veränderungen in der Siedlungsstruktur erwartet

Nahezu alle Befragten thematisieren die Veränderungen der Siedlungsstruktur in ihren Gemeinden bzw. Regionen. Sie gehen davon aus, dass sich diesbezüglich zurzeit tiefgreifende Veränderungen vollziehen. Dies betrifft sowohl die verdichteten, städtischen (RST 1, 2 und 3), als auch die ländlichen, dünn besiedelten Regionen (RST 4 und 5).

Neubaugebietsausweisungen stehen vor allem bei den Ortsbürgermeistern auch zukünftig im Zentrum der Siedlungsplanung, nach wie vor hohe Nachfrage

Viele Gemeinden weisen nach Auskunft der Befragten zukünftig weiter Neubaugebiete aus. Ziel sei es, die jungen Menschen an die Gemeinden zu binden. Aufgrund der gestiegenen Mobilität sei die Wohnortwahl großräumiger geworden. Deshalb versuche man den jungen Menschen / Familien attraktive Freiflächen zur Verfügung zu stellen:

„Sonst verliert man die jungen Leute ganz.“ (LKR, RST 2)

Allerdings wird von den Befragten aufgrund des Bevölkerungsrückgangs mittelfristig eine Stagnation des Baubooms erwartet. In einigen Gemeinden mache sich diese Entwicklung bereits deutlich bemerkbar:

„Bislang haben wir Neubaugebiete massiv ausgewiesen. Derzeit haben wir in der Verbandsgemeinde noch ca. 300 Baugrundstücke. Aber die Nachfrage ist merklich zurückgegangen. Sie stagniert. [...] Man merkt, dass die Nachfrage weg ist. Das war vor zwei Jahren noch ganz anders.“ (VG, RST 1)

Diese Entwicklung führt nach Ansicht der Befragten zu einer steigenden Konkurrenz der Nachbargemeinden um Zuziehende.

Viele Befragte befürchten in den kommenden Jahren eine dramatische Entleerung der Ortskerne

Der Ausweitung der Gemeinden durch Neubaugebiete steht nach Ansicht der Befragten die zunehmende Entleerung der Ortskerne entgegen:

„Die einzelnen Ortszentren, die müssen gepflegt werden, und da haben wir die größten Probleme. Die Orte stehen leer.“ (LKR, RST 4)

Alte Gebäude seien für die jungen Menschen unattraktiv. Die Architektur dieser Gebäude entspräche nicht den Bedürfnissen der jungen Generation. Häufig lohne es sich nicht, diese Häuser zu renovieren. Es sei preiswerter, in den Neubaugebieten zu bauen als Altbauten in den Ortskernen zu renovieren:

„Geld zu investieren in ein altes Haus und ich habe nachher immer noch ein altes Haus, es sieht nur schöner aus. Es ist also effektiv auch auf dem Markt nicht viel wert.“ (OG, RST 5)

„Der heute noch herrschende leicht überzogene so genannte Dorferneuerungsgedanke, mit dem Inhalt bestehende Bausubstanz zu erhalten und wieder zu beleben, ist eine Illusion.“ (VG, RST 5)

Ein Teil der Befragten sieht in der Konkurrenz der Ortsgemeinden ein Hemmnis für eine zukunftsfähige Siedlungsplanung

Einige Befragte betonen, dass einer durchdachten und zukunftsfähigen Entwicklung die Konkurrenz der Bürgermeister im Wege stünde. Das Bewusstsein über die Folgen des demographischen Wandels sei zu wenig vorhanden. Die Gemeinden folgten einem

„Wachstumswahn“. Somit liefen viele Gemeinden Gefahr, Erschließungskosten von Neubaugebieten nicht mehr einnehmen zu können, wenn irgendwann die Nachfrage stagniere:

„Ich sage immer größer zu werden, ist kein Ziel. Ziel muss sein: Gemeinschaftsleben, ordentlich funktionierende Vereine, eine gute Stimmung im Dorf, Arbeitsplätze in der Nähe, prima Bildungssysteme, wo man nicht so weit fahren muß. Aber größer werden ist kein Ziel.“ (LKR, RST 1)

Auch der überwiegende Teil der Befragten auf der Ebene der Verbandsgemeinden sieht besonders bei den Ortsbürgermeistern kein Einsehen: Diese wiesen „auf Gedeih und Verderb“ Neubaugebiete aus, um in der Konkurrenz mit den Nachbarorten zu bestehen. Das Planen und Denken sei auf den eigenen Ort begrenzt.

Weil die Erschließungskosten von den Kommunen kaum noch aufgebracht werden können, sehen immer mehr Gemeinden die Lösung in der Privatisierung von Neubaugebieterschließungen.

Ortskerne als Orte sozialer Segregation

Die Innenbereiche der Städte und die Ortskerne in den Dörfern werden nach Einschätzung der Befragten zunehmend von „Randgruppen“ bewohnt: 1) ältere Menschen, 2) Menschen aus sozial schwachen Verhältnissen und 3) Zuwanderer. Wer es sich leisten könne, baue ein Haus in den Neubaugebieten.

Einige Befragte erwarten, dass die großen Neubaugebiete die „Dorfkultur“ zerstöre

Als Folge der zunehmenden Zersiedelungserscheinungen sehen viele Befragte das Problem, dass soziale Kontakte verloren gingen. In den Neubaugebieten wohnte jeder für sich. Es seien zumeist reine Schlafstätten:

„Ich weiß nicht ob es Sinn macht, groß Werbung zu machen für Zuzug. Wenn die Leute, die viel Zuzug haben, beschwerten sich auch, weil es häufig, oder in einigen Fällen der Fall ist, dass die Zugezogenen sich in Grüppchen zusammenschließen und gar nicht integrieren. Die sind dann ihr Dorf für sich.“ (OG, RST 5)

In den ländlichen Regionen in ungünstiger Lage sehen die Befragten die Verödung der Dörfer als unausweichliche Folge des demographischen Wandels

In abgelegenen Dörfern (RST 4 und 5) macht sich für die Befragten nur eine Seite der Entwicklung bemerkbar. Hier gibt es nach Auskunft der Befragten keine Zuzüge mehr, lediglich Abwanderungen. Dies führe dazu, dass ganze Dörfer überaltern und somit nach und nach aussterben. Es entstünden in absehbarer Zeit regelrechte „Geisterdörfer“. Dies seien vor allem Dörfer in äußerst ungünstiger Lage, mit einer schlechten Verkehrsanbindung und großen Entfernung zu Arbeitsplätzen:

„Wenn ich durch die Hauptstrasse in einigen meiner Orte fahre, dann weiß ich, da wohnt noch eine Person, da ebenfalls usw. [...] Die sind alle schon alt, keine Kinder vor Ort. Wenn die mal sterben, ist die Strasse leer.“ (VG, RST 5)

Anzumerken ist noch, dass sich auch Kommunen in den Hochwassergebieten an Saar, Mosel und Rhein von dieser Entwicklung betroffen sehen. Die alten Ortskerne, die regelmäßig von Hochwasser heimgesucht werden, sind kaum noch an Bewohnerschaften zu vermitteln.

D1) Handlungs- und Lösungsmöglichkeiten

Die Befragten sehen es als eine zukünftige Schlüsselaufgabe die Attraktivität der Ortskerne zu steigern

Für die (kommunale) Politik stellt diese Entwicklung nach Ansicht der Befragten eine „der“ Zukunftsaufgaben dar. Die Ortskerne müssten wieder attraktiv gemacht und Neubausausweisungen behutsam und langfristig geplant werden. Für die Gemeinden ergebe sich allerdings diesbezüglich ein Dilemma:

„Insofern wird es mehr und mehr eine neue Politik sein müssen, der Kommunen, auch der Stadt XY, die vorhandenen Wohnbereiche nicht leer ziehen zu lassen - statt dass man dann woanders neue Baugebiete eröffnet und dort baut. Sondern diese attraktiv zu gestalten, das heißt etwas zu tun, dass die Leute da nicht wegziehen, sondern attraktiver machen.“ (KS, RST 1)

Zwei Entwicklungen gelte es auszubalancieren: Auf der einen Seite möchten die Gemeinden, gerade im Hinblick auf den demographischen Wandel, Bevölkerung anziehen bzw. binden. Deshalb müsse man sich auch an deren Nachfrage orientieren. Wenn es keine Neubaugebiete gebe, zögen die Menschen weg. Auf der anderen Seite steuere diese Entwicklung gegen das Ziel, den Standort attraktiv zu gestalten. Aussterbende und verfallende Ortskerne stellten kein anziehendes Bild einer Gemeinde dar. Außerdem verursachten die Neubaugebiete große Erschließungskosten, während die Gebäude der Ortskerne leer ständen. Deshalb müssten die Leerstände wieder attraktiv gemacht werden:

„[Die Orte dürfen] nicht weiter in die Breite gehen, sondern zusammenrücken. Das spart Geld.“ (VG, RST 5)

„Die Region wird austauschbar gemacht, wenn sie zu viele Neubaugebiete hat. Das kann zu Attraktivitätsverlust und Abwanderung führen.“ (VG, RST 4)

Allerdings seien den Kommunalpolitikern diesbezüglich weitgehend die Hände gebunden. Man könne die Bevölkerung schließlich nicht zwingen, in die alten Häuser zu ziehen.

Neue Konzepte der Dorferneuerung/Stadtsanierung werden gefordert

Folgende Vorschläge werden gemacht:

- *Großflächiger Abriss und innerörtliche „Flurbereinigung“*: Einige Befragte können sich vorstellen die Innenstädte modern zu bebauen, um so junge Menschen anzulocken. Dazu seien aber dann auch radikale Lösungen wie z.B. großflächige Abrisse der alten Häuser notwendig.

„Wir sind keine Fanatiker die sagen: das ist alt, das muss auch alt bleiben. Ich sage immer man muss in der Zeit bauen und es muss der Architektur entsprechen, das war sie früher auch, die in diesem Jahrzehnt oder diesem Jahrhundert einfach gängige Bauart war.“ (OG, RST 3)

- *Altbausanierung stärker fördern*: Dorferneuerungsprogramme und Städtebauförderung müsse darauf ausgerichtet werden, die Sanierung von Altbauten zu fördern. Renovierung müsste im Vergleich zum Neubau kostengünstiger werden. Deshalb müsste die Bausanierung im Vergleich zum Neubau stärker subventioniert oder steuerlich begünstigt werden. Die Abschaffung der Eigenheimzulage wird in diesem Zusammenhang von einem Teil der Befragten begrüßt. So würden Anreize geschaffen, um Altbauten zu sanieren. Dies könnte ein wichtiger Schritt zur Sanierung der Leerstände in den Innenstädten und Ortskernen sein.
- *Denkmalschutzvorschriften lockern*: Häufig blockierten Genehmigungsverfahren und Denkmalschutz die Dorferneuerung. Diesbezüglich müsste mehr Freiraum geschaffen werden. Bestehende Auflagen bezüglich der Renovierung von Altbauten müssten abgebaut bzw. neu überdacht werden.
- *Bevölkerung gezielter informieren*: Zusätzlich sei eine breitere Information der Bevölkerung über bestehende Fördermöglichkeiten notwendig.

- *Immobilienbörse für Altbauten, Leerstandskataster:* In einer Gemeinde sei eine Immobilienbörse geplant, die sich speziell auf die Vermittlung von Altbaubeständen konzentriere. Dies könnte eine Möglichkeit sein die alten Gebäude zu vermitteln. Einige Gemeinden haben bereits mit einer Erstellung eines Leerstandskatasters alter Bausubstanz begonnen. Ein Bürgerarbeitskreis kümmere sich dann um die Vermittlung. Der Erfolg der Wiedernutzung sei allerdings unterschiedlich. Häufig seien es ältere Gebäude-Liebhaber, die sich für die Leerstände interessierten. Junge Menschen würden trotz dieser Maßnahme relativ selten erreicht.
- *Für die regionaltypischen Besonderheiten werben:* Ein Verbandsbürgermeister berichtet von der Entwicklung einer Broschüre, die sich mit dem „typischen Bauen“ seiner Region beschäftigt. Dies sei ein Weg, die Bevölkerung, Architekten und Bauherren für die alten Bausubstanzen zu sensibilisieren. In einer anderen Gemeinde gebe es einen Fassadenwettbewerb. So könnten die Besitzer der Häuser in den Ortskernen motiviert werden, die Wohnsubstanz zu verbessern und die Attraktivität der Ortskerne zu steigern. Besonders gelungene Renovierungen würden mit Zuschüssen prämiert. Die guten Beispiele regen zur Nachahmung an.

Ausweisung von Neubaugebieten stärker reglementieren und überörtliche Kooperation verpflichtend einführen

Ein weiterer Vorschlag bezieht sich auf die interkommunale Kooperation. Wenn in Gemeinde X bereits ein Baugebiet ausgewiesen wurde, sei nicht zwingend noch ein weiteres in der Nachbargemeinde Y notwendig. Deshalb müsste zwischen den Gemeinden mehr kooperiert werden.

Teilweise werden restriktive Maßnahmen gegenüber den Kommunen vorgeschlagen. Zum Teil gebe es z.B. schon Ablehnungen von Förderanträgen für den Straßenbau in Neubaugebieten. Die Bedarfszuweisungen an die Kommunen müssten stärker an Bedingungen gekoppelt werden. Solche Bedingungen könnten z.B. die Kooperation mit Nachbargemeinden, ein ausgeglichener Haushalt oder ein Dorferneuerungskonzept sein. Geld gäbe es nur dann, wenn umfassende Konzepte vorliegen würden.

Demographischer Wandel und Infrastruktur

C2) Aussagen zur Ausgangssituation und zukünftigen Entwicklung

Gegenwärtig wird die Infrastruktur von fast allen Befragten als gut bewertet

Die Infrastrukturausstattung ist nach Auskunft der Befragten in den meisten Regionen zurzeit noch gut. Wasserver- und -entsorgung, Müllbeseitigung usw. seien (noch) gut geregelt. Es gebe ein ausreichendes Angebot an sozialer (Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser etc.), kultureller/freizeitbezogener (Schwimmbäder, Sportplätze etc.) und wirtschaftlicher Infrastruktur (Gewerbegebiete, Verkehrsanbindung etc.).

Einkaufen findet den Befragten zufolge unwiderruflich im Supermarkt statt

Einkaufen findet aus Sicht der Befragten unwiderruflich im Supermarkt auf der „grünen Wiese“ statt. Alle Versuche, Tante-Emma-Läden zu revitalisieren, seien gescheitert. Angebot und Nachfrage hätten hier Fakten geschaffen, gegen die Kommunalpolitik machtlos sei. Für ältere Menschen könnte diese Entwicklung die Versorgung erschweren.

Eine gute Infrastruktur ist aus der Sicht der Befragten entscheidend für die Lebensqualität in einem Ort

Der Erhalt der Infrastruktur ist nach Ansicht der Befragten ein wichtiges Kriterium für das „Wohlfühlen“ in den Gemeinden. Die „weichen“ Standortfaktoren werden als zentrales Kriterium für den zukünftigen Bevölkerungstand angesehen (vgl. Kap. 5).

Bevölkerungsrückgang wird die Aufrechterhaltung der Infrastruktur erschweren

Allerdings werden für die Zukunft insbesondere in den ländlichen, dünn besiedelten Regionen (RST 4 und 5) Probleme bezüglich der Infrastruktur erwartet. Aufgrund der sinkenden Bevölkerungszahlen wird es nach Auskunft der Befragten für diese Gemeinden immer schwieriger werden, die bestehende Infrastruktur aufrechtzuerhalten. Die sinkende Nachfrage würde die Kosten zur Bereitstellung der Infrastruktur erheblich steigern. Kindergärten, Schulen, Schwimmbäder usw. müssten z.B. geschlossen oder zentralisiert werden.

„Die Fixkosten bleiben und es werden immer weniger Menschen. [...] Das geht nicht zusammen.“ (VG, RST 4)

„[Es] wird schwer, die Infrastruktur aufrechtzuerhalten.“ (VG, RST 1)

Bevölkerungsrückgang und Infrastrukturdichte sehen die Befragten in einem Wechselverhältnis

Diese Entwicklung löst nach Ansicht der betroffenen Befragten einen sich wechselseitig verstärkenden Prozess aus. Wenn die Infrastruktur aufgrund des Rückgangs der Bevölkerung und der zunehmenden finanziellen Belastung nicht aufrechterhalten werden könne, resultiere daraus eine weitere Reduzierung der Bevölkerungszahlen durch Abwanderung. Dies führe wiederum zu einer Verschärfung der Situation und weiterem Abbau von Infrastruktur. Die Gemeinden bemühten sich aus diesem Grund die bestehende Infrastruktur aufrechtzuerhalten, solange sie dazu finanziell in der Lage seien.

„Wenn die Leute sich wohlfühlen und auch ein bisschen Freizeitangebot im Dorf haben, dann wohnen sie auch gerne da und dann nehmen sie auch längere Fahrten in Kauf.“ (OG, RST 5)

Ländliche Regionen als Verlierer – Städte als Gewinner

Bezüglich der Versorgung der ländlichen Bevölkerung wird zukünftig mit einer Verschärfung der Problemlage gerechnet. Einkaufsmöglichkeiten zentralisierten sich und seien besonders für die immobile ältere Bevölkerung nicht mehr erreichbar. Zusätzlich sei durch die zunehmende Abwanderung auch die Nachbarschaftshilfe gefährdet. Diesbezüglich wird dringender Handlungsbedarf gesehen:

„Die Nachbarschaftshilfe funktioniert in manchen Orten schon nicht mehr [...] davon haben die Dörfer bislang gelebt.“ (VG, RST 5)

Allerdings sei in vielen Dörfern eine mobile Versorgung mittels „rollender Märkte“ vorhanden, so dass die Grundversorgung gesichert werden könne. Es wird erwartet, dass sich dieser Trend weiter fortsetze. Nur bei einigen sehr abgelegenen Dörfern wird die Gefahr gesehen, dass die sinkende Rentabilität das Angebot verringere (vgl. Kap. 6.1).

In den verdichteten, städtischen Regionen (RST 1,2 und 3) stelle sich die Situation weniger dramatisch dar. Hier könne die bevölkerungsnahe Infrastrukturausstattung einfacher gesichert werden. Schwierigkeiten werden beim Erhalt des Fach- und Einzelhandels gesehen (vgl. Kap. 10).

Dorfgemeinschaftshäuser als wichtige Infrastruktur für die ländlichen Regionen

Von einigen Befragten ländlicher, dünn besiedelter Regionen (RST 4 und 5) wird die Bedeutung von Dorfgemeinschaftshäusern betont. Sie könnten für Freizeit, Sport usw. genutzt werden und böten den Bewohnern der kleinen Gemeinden einen Versammlungsort. Dies sei besonders wichtig, wenn es im Ort keine Alternativen mehr gebe. Die frühere Dorfkneipe werde durch Gemeindehäuser ersetzt.

D2) Handlungs- und Lösungsmöglichkeiten

Bei Infrastrukturmaßnahmen langfristig planen, Umnutzungen und „Rückbau“ berücksichtigen

Langfristiges Planen der Infrastruktur werde hinsichtlich des demographischen Wandels zukünftig immer wichtiger. Wenn infrastrukturelle Maßnahmen durchgeführt würden, müsste der erwartete Bevölkerungsrückgang einbezogen werden. Gegebenenfalls sollten alternative Nutzungen eingeplant werden (z.B. Schulen, die später auch als Wohnungen genutzt werden könnten).

Ehrenamtliches Engagement in Infrastrukturlücken stärken

Wenn Schließungen und Zentralisierung von z.B. Schulen und Kindergärten umgesetzt werden müssten, könnten Senioren ehrenamtlich Fahrdienste für die Kinder und Jugendliche übernehmen. Dafür müssen die Kommunen entsprechende Netzwerke stärken.

Flexible Versorgung für die Dörfer

Bezüglich der Versorgung abgelegener Dörfer werden der Ausbau und die Sicherung eines rollenden Versorgungssystems sowie ein finanzierbares Taxirufsystem gefordert. Dies sei insbesondere für die ältere Bevölkerung existenziell.

„Horrorszenarien“ für die Zukunft sind für einen Teil der Befragten kontraproduktiv

Einige Befragte betonen, dass die Prognosen hinsichtlich des demographischen Wandels nicht überbewertet werden sollten. Ein „düsterer Blick in die Zukunft“ bringe nichts und würde

im Gegenteil die Abwanderung der jungen Bevölkerung verstärken und Investoren abschrecken:

„Das man wachrüttelt ist okay, denn die demographische Entwicklung beschäftigt ja nicht nur uns, sondern auch die Städte. [...] Nur wenn ich das Bild zu schwarz male, kann ich natürlich hier keine Bewegung mehr erreichen.“ (VfG, RST 5)

E) Zusammenfassung

Siedlungsstruktur

Ausgangssituation und zukünftige Entwicklung

- Es werden in der Zukunft tiefgreifende Veränderungen in der Siedlungsstruktur erwartet
- Neubaugebietsausweisungen stehen vor allem bei den Ortsbürgermeistern auch zukünftig im Zentrum der Siedlungsplanung, nach wie vor hohe Nachfrage
- Viele Befragte befürchten in den kommenden Jahren eine dramatische Entleerung der Ortskerne
- Ein Teil der Befragten sieht in der Konkurrenz der Ortsgemeinden ein Hemmnis für eine zukunftsfähige Siedlungsplanung
- Ortskerne als Orte sozialer Segregation
- Einige Befragte erwarten, dass die großen Neubaugebiete die „Dorfkultur“ zerstöre
- In den ländlichen Regionen in ungünstiger Lage sehen die Befragten die Verödung der Dörfer als unausweichliche Folge des demographischen Wandels

Handlungs- und Lösungsmöglichkeiten

- Die Befragten sehen es als eine zukünftige Schlüsselaufgabe die Attraktivität der Ortskerne zu steigern
- Neue Konzepte der Dorferneuerung/Stadtsanierung werden gefordert
- Ausweisung von Neubaugebieten stärker reglementieren und überörtliche Kooperation verpflichtend einführen



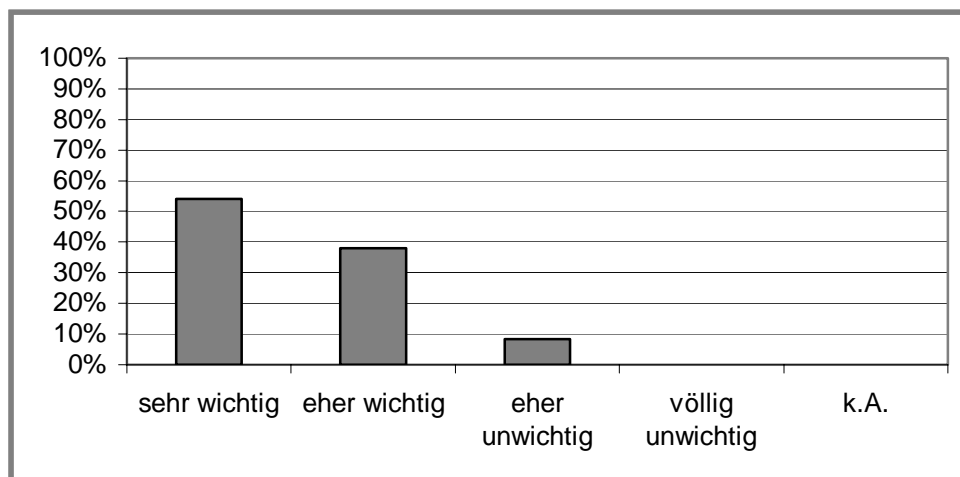
9.2 Verkehr und Mobilität

A) Die Ergebnisse in Kürze

- Die Befragten erwarten auch zukünftig ein steigendes Verkehrsaufkommen. Dabei wird die Qualität der Verkehrsverbindungen als existentiell für die Kommunen angesehen.
- In den ländlichen Regionen wird der ÖPNV überwiegend als Auslaufmodell betrachtet.
- Die Abschaffung der Pendlerpauschale polarisiert Stadt und Land: Während die Städte sie begrüßen, bedeutet sie für kleine Gemeinden weitere Abwanderung und das endgültige Aus.
- Um die Versorgung durch den ÖPNV auch in den ländlichen, dünn besiedelten Regionen zu gewährleisten, sei der Einsatz von Sammeltaxis anstelle großer Busse sinnvoll.

B) Wichtigkeit des Themas aus der Sicht der Befragten

Abb. 13: „Verkehr und Mobilität“



C) Aussagen zur Ausgangssituation und zukünftigen Entwicklung

Befragte in den verdichteten Räumen erwarten auch zukünftig steigendes Verkehrsaufkommen

Insbesondere die Befragten aus den verdichteten Regionen (RST 1 und 2) berichten von einer hohen Verkehrsbelastung in ihrem Zuständigkeitsbereich. Es wird erwartet, dass sich dies zukünftig weiter fortsetzt:

„Wir ersticken am Verkehr.“ (LKR, RST 1)

Die hohe Verkehrsbelastung hängt nach Ansicht der Befragten mit der gestiegenen Mobilität und der Suburbanisierung zusammen. Der Wohnort sei immer seltener auch der Arbeitsort. Es gebe viele Berufspendler, die vom Umland in die Ballungsräume fahren. Sie nutzten die höhere Wohnqualität der umliegenden ländlichen Gebiete und guten Arbeitsmöglichkeiten der Städte. Es gebe zwar viele Park&Ride-Parkplätze, die auch von Fahrgemeinschaften genutzt würden, dennoch sei die Verkehrsbelastung sehr hoch. Ein Befragter bemerkt allerdings, dass es zukünftig durch die Kostenfaktoren Energie, Zeit und in absehbarer Zeit

auch Straßenbenutzung verstärkt dazu kommen würde, dass wieder mehr Menschen in der Nähe des Arbeitsortes wohnen möchten.

Qualität der Verkehrsanbindung wird als existentiell für die Kommunen gesehen

Die Verkehrsanbindung wird von den Befragten als sehr wichtig bewertet. Eine gute Verkehrsanbindung sei insbesondere in den ländlichen Regionen eine Voraussetzung um die Wohnbevölkerung halten und Wirtschaftsbetriebe ansiedeln zu können.

Die Verkehrsanbindung ist nach Ansicht der meisten Befragten relativ gut. Dies gelte sowohl für die ländlichen Räume als auch im Besonderen für die verdichteten Regionen. Als „Lebensader“ für eine Region wird der Zugang zum Autobahnnetz gesehen. In vielen Ortschaften, die unmittelbar an der Autobahn liegen, prosperieren die Gewerbegebiete. Je weiter man von der Autobahn entfernt liegt, desto weniger wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten werden gesehen.

Den Anschluss an das Schienennetz sehen die Befragten als wichtigen Konkurrenzvorteil gegenüber anderen Kommunen

Die Bahnanbindung wird von den Gemeinden, die an das Netz angeschlossen sind, als besonders wichtig bewertet. Die Befragten erwarten, dass gerade im Hinblick auf den bevorstehenden massiven Bevölkerungsrückgang und der Konkurrenz der Gemeinden um Einwohner, die Bahnanbindung ein wichtiger Standortfaktor werden wird. Durch den Anschluss sei es attraktiv, in diesen Gemeinden zu wohnen.

ÖPNV: In den städtischen Gebieten gut – auf dem Land keine Alternative zum Auto

Bezüglich des ÖPNV berichten die Befragten von erheblichen Stadt-Land-Differenzen. In den großen Städten ist der ÖPNV nach Auskunft der Befragten (noch) relativ gut ausgebaut. Allerdings meint eine Befragungsperson, dass in den Städten mehr Gelder in Parkhäuser statt in den ÖPNV investiert würden. Damit verliere der ÖPNV zunehmend an Attraktivität. In den ländlichen Regionen sei dagegen jeder auf ein Auto angewiesen. Der öffentliche Nahverkehr sei hier ein Defizitgeschäft und keine Alternative zum Individualverkehr:

„Was soll man da heiße Luft durch die Gegend fahren.“ (VG, RST 4)

„Wir haben Liegebusse, da sitzt nie jemand drin. [...] Wir sind eigentlich zu gut angebunden. Das ist nicht aufrechtzuerhalten.“ (VG, RST 1)

„Der ÖPNV ist, denke ich mal, verbesserungsfähig. Da muss man sich langfristig auch andere Konzepte überlegen.“ (VG, RST 5)

Gegen den ÖPNV sprächen die ungünstigen Takte und die langen Fahrzeiten, aber auch die hohen Kosten für Fahrkarten:

„Wenn ich einen normalen PKW habe, fahre ich alleine sogar kostengünstiger jeden Tag nach X rein und raus als bei einer Jahreskarte. Und das kann irgendwo nicht sein.“ (VG, RST 1)

Nur der Schulbusverkehr sei in den ländlichen Regionen (noch) gut ausgebaut. Durch ihn würde das ÖPNV-Angebot weitgehend bestimmt. Für die Zukunft werden aber auch hier Probleme erwartet. Wenn Schulen und Kindergärten aufgrund des Geburtenrückgangs schließen müssten, könnte auch der Schülertransport nicht in dem bestehenden Maße aufrechterhalten werden.

Die Abschaffung der Pendlerpauschale wird insbesondere von den Befragten der ländlichen Räume abgelehnt. Der ÖPNV sei in diesen Regionen keine Alternative. Dies würde zu weiterer Abwanderung der Bevölkerung aus den ländlichen, dünn besiedelten Regionen in die Verdichtungsräume führen.

Mobilitätschancen älterer Menschen auf dem Land eingeschränkt

Probleme hinsichtlich des Abbaus den ÖPNV werden insbesondere für die immobile „alte“ Bevölkerung in den ländlichen Regionen gesehen (vgl. Kap. 6.1). Für diese sei der ÖPNV häufig die einzige Möglichkeit, ihre Versorgung selbstständig zu bewältigen. Hinsichtlich der zunehmenden Alterung der Gesellschaft wird erwartet, dass der Mobilitätsbedarf dieser Zielgruppe zukünftig steigen wird. Deshalb müsste sich eine neue Angebotsstruktur entwickeln.

D) Handlungs- und Lösungsmöglichkeiten

Streitpunkt Pendlerpauschale

Die Pendlerpauschale polarisiert Stadt und Land. Während die ländlichen Regionen mit der Abschaffung der Pendlerpauschale das endgültige „Aus“ erwarten, sehen die Befragten in den städtischen Lebensräumen diesen Schritt als notwendig an. So bliebe die Wohnbevölkerung auch in der Stadt.

Flexible ÖPNV-Systeme auf dem Land

Um die Versorgung durch den ÖPNV auch in den ländlichen, dünn besiedelten Regionen zu gewährleisten, sei der Einsatz von Sammeltaxis anstelle großer Busse sinnvoll.

E) Zusammenfassung

Ausgangssituation und zukünftige Entwicklung

- Befragte in den verdichteten Räumen erwarten auch zukünftig steigendes Verkehrsaufkommen
- Qualität der Verkehrsanbindung wird als existentiell für die Kommunen gesehen
- Den Anschluss an das Schienennetz sehen die Befragten als wichtigen Konkurrenzvorteil gegenüber anderen Kommunen
- ÖPNV: In den städtischen Gebieten gut – auf dem Land keine Alternative zum Auto
- Mobilitätschancen älterer Menschen auf dem Land eingeschränkt

Handlungs- und Lösungsmöglichkeiten

- Streitpunkt Pendlerpauschale
- Flexible ÖPNV-Systeme auf dem Land

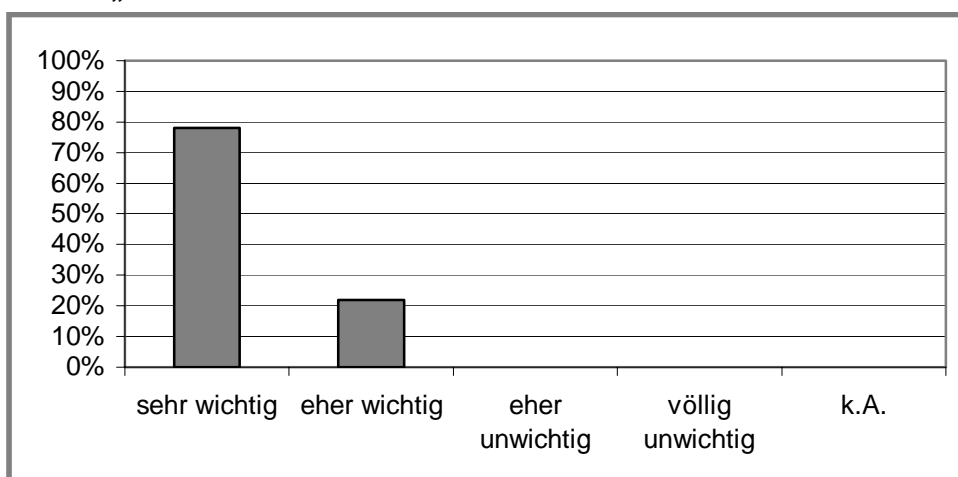
10. Wirtschaft und Arbeit

A) Die Ergebnisse in Kürze

- Die wirtschaftliche Lage einer Region wird in engem Zusammenhang mit der demographischen Entwicklung gesehen. Die ländlichen Regionen sehen sich dabei tendenziell eher abgehängt. Die Gestaltung der wirtschaftlichen Zukunft wird vor allem als Landes- und Bundesaufgabe gesehen.
- Die einzelnen Wirtschaftsbranchen sind aus der Sicht der Befragten unterschiedlich stark vom demographischen Wandel betroffen:
 - Landwirtschaft ist stark rückläufig
 - Weinbau unterliegt einem grundlegenden Strukturwandel
 - Tourismus als Hoffnung der ländlichen Regionen
 - Produzierendes Gewerbe: Abwanderung der Betriebe in Billiglohnländer
 - Baubranche – Weiterer Rückgang wird erwartet
 - Handwerk – in den dünn besiedelten Gebieten schließen bereits jetzt viele Betriebe
 - Befragte sehen den Einzelhandel besonders in den Dörfern vor dem „Aus“, städtische Betriebe konkurrieren mit den großen Märkten am Rand der Städte
 - Dienstleistungen werden von den Befragten nur peripher als Wirtschaftsfaktor genannt, Chance: Dienstleistungen für ältere Menschen
- In der Vergangenheit wurden zu viele Gewerbegebiete ausgewiesen. Fast überall gibt es derzeit noch ausreichend Freiflächen.
- Ein größerer Teil der Befragten moniert das Kirchturmdenken der Gemeinden, wenn es um die Gewerbegebiete gehe. Hier müsse mehr Kooperation – notfalls per Gesetz – durchgesetzt werden.
- Die meisten Branchen sehen sich vom demographischen Wandel betroffen, entweder weil der Nachwuchs fehlt oder weil die Nachfrage einbricht.
- Ein großer Teil der Befragten sieht die Frauenerwerbstätigkeit als unverzichtbar an. Damit die demographischen Folgen nicht zu negativ ausfallen, wird eine umfassende Unterstützung der Frauenerwerbstätigkeit über Kinderbetreuung gefordert. Familie und Beruf müssten besser vereinbar sein.

B) Wichtigkeit des Themas aus der Sicht der Befragten

Abb. 14: „Wirtschaft und Arbeit“



Das Thema „Wirtschaft und Arbeit“ ist in folgende Teile untergliedert:

- Wirtschaftsbranchen und Arbeitsmarkt
- Frauenerwerbstätigkeit als Chance im demographischen Wandel?

Wirtschaftsbranchen und Arbeitsmarkt

C1) Aussagen zur Ausgangssituation und zukünftigen Entwicklung

Wirtschaft und Arbeit stehen in engem Zusammenhang mit Bevölkerungsentwicklung einer Region

Fast alle Befragten sehen zwischen der wirtschaftlichen Situation einer Region bzw. eines Ortes und der Bevölkerungsentwicklung einen direkten Zusammenhang. Eine schwache lokale Wirtschaft und ein Mangel an Arbeitsplätzen führten immer zur Abwanderung der Bevölkerung. Diese Entwicklung und der demographische Wandel könnten aus der Sicht eines Teils der Befragten für einige Regionen das „Aus“ bedeuten.

Wirtschaftliche Lage in den Verdichtungsräumen wird im Vergleich zu den ländlicheren Regionen eher positiv beurteilt

Von den Befragten aus den verdichteten Regionen und Räumen mit Verdichtungsansatz (RST 1, 2 und 3) wird insgesamt eher von einer prosperierenden Wirtschaftslage berichtet. Diese Regionen profitieren den Befragten zufolge von der wirtschaftlichen Entwicklung in der Vergangenheit. Die Befragten der ländlichen, dünn besiedelten Regionen (RST 4 und 5) bewerten die wirtschaftliche Lage dagegen eher negativ.

Verschiedene Erfolgsfaktoren für die wirtschaftliche Entwicklung in ländlichen Regionen

Wenn ländliche Regionen sich als attraktive Wohnorte behaupten können, hängt das mit verschiedenen Faktoren zusammen:

- Nähe zu den Verdichtungsräumen und damit Arbeitsplätzen;
- Günstige Verkehrsinfrastruktur und hier insbesondere Autobahnanschluss;
- Nähe zum europäischen Ausland (Luxemburg, Belgien);
- Prosperierende Gewerbegebiete sowie Betriebe in den Mittelzentren;
- Attraktive Naturflächen für den Tourismus.

Viele Gewerbegebiete in den letzten Jahren ausgewiesen, teilweise Überangebot

Alle Regionen / Gemeinden betreiben nach Auskunft der Befragten eine aktive Wirtschaftspolitik. In den meisten Regionen wurde in den letzten Jahren ein ausreichendes Angebot an Gewerbeflächen ausgewiesen und erschlossen. Insbesondere die Gemeinden in den verdichteten Regionen (RST 1 und 2) und entlang den Autobahnen (RST 3) konnten sich den Befragten zufolge hiermit Standortvorteile sichern. Weitgehend sei „Vorratsausweisung“ betrieben worden, so dass zurzeit genügend freie Gewerbeflächen zur Verfügung ständen und rasch auf Anfragen von Unternehmen reagiert werden könne.

„[Es ist] genügend Bestand da, der für die nächsten Jahrzehnte ausreicht.“ (LKR, RST 3)

Allerdings berichten einige Befragte von einem Überangebot an Gewerbeflächen (meist RST 3, 4 und 5). Mit der Ausweisung von Gewerbeflächen haben sich einige Gemeinden einen wirtschaftlichen Aufschwung erhofft, der nicht selten ausblieb. Ernsthafte Anfragen von Neugründern oder Betrieben die eine Verlagerung oder Erweiterung durchführen wollten, blieben aus. Dabei wurde z. T. ignoriert, dass selbst Nachbargemeinden bereits ähnliche Erfahrungen gesammelt hatten.

Gewerbegebiete sind in abgelegenen ländlichen Regionen keine Option

In den eher abseits gelegenen (RST 4 und 5) Regionen sehen die Befragten keinen Sinn in der Gewerbegebietsausweisung. Hier konzentrierte man sich eher auf Alternativstrategien zur Gewerbeansiedlung, wie z. B. den Tourismus. Zu üppig dimensionierte Gewerbegebiete wurden in Baugebiete umgewandelt:

„[Gewerbegebiet] wäre auch nicht gut [aufgrund der Topographie]. Das passt nicht hier hin. [...] Den Flächennutzungsplan aus den 70er Jahren haben wir umgewidmet und Gewerbegebiete in Baugebiete umgewandelt.“ (VG, RST 1)

Wurden in abgelegenen Regionen trotzdem Gewerbeflächen ausgewiesen, könnten diese, wenn überhaupt, nur von ortsansässigen Betrieben besiedelt werden. So kämen zwar keine neuen Impulse in die Region, aber zumindest der bestehende Zustand könne gesichert werden.

Befragte sehen Kommunen im Hinblick auf die Ausweisung von Gewerbegebieten zwischen Konkurrenz und Kooperation

Zwischen einem Teil der Kommunen herrsche bezüglich der Gewerbeflächen ein starker Konkurrenzkampf. Grund seien die Einnahmen aus den Gewerbesteuern, die jede Gemeinde für sich einzunehmen versuche. Die Konkurrenzhaltung wird von einer Großzahl der Befragten kritisiert. Es sei wichtig, dass die Gemeinden eng zusammenarbeiten, um Überkapazitäten zu vermeiden.

In einigen Regionen gibt es inzwischen tragfähige Kooperationen bei der Ausweisung und Nutzung von Gewerbeflächen. Ein Beispiel seien z.B. Industrieparks, an denen mehrere Landkreise, Verbandsgemeinden und Kommunen beteiligt seien.

Die einzelnen Wirtschaftsbranchen sind aus der Sicht der Befragten unterschiedlich stark vom demographischen Wandel betroffen:

a) Landwirtschaft ist stark rückläufig:

Die Bedeutung der Landwirtschaft ist nach Auskunft der Befragten gesunken. Die verbliebenen Betriebe hätten häufig keine Nachfolger und würden in absehbarer Zeit aufgegeben.

b) Weinbau unterliegt einem grundlegenden Strukturwandel:

Die Befragten aus den Weinbauregionen sehen im Weinbau den Strukturwandel von der inzwischen völlig unwirtschaftlichen Fassvermarktung hin zur Direktvermarktung. Als Folge gehe die Zahl der Nebenerwerbsswinzer sehr stark zurück. Es blieben große Betriebe übrig, die als Direktvermarkter auftreten. Auch im Weinbau ist nach Ansicht der Befragten der Nachwuchs ein großes Problem. Die Befragten nehmen an, dass sich dieses Problem im Hinblick auf den demographischen Wandel drastisch verschärfe. Es gebe zu wenige Auszubildende und Betriebsnachfolger. Der Beruf werde von Jugendlichen als wenig attraktiv wahrgenommen, obwohl es zahlreiche rentable Betriebe gebe. Die Branche stürbe langsam regelrecht aus. Unbeabsichtigte Nebenfolgen seien im Zerfall der „Kulturlandschaft“ zu sehen (Verbuschung, Brachlagen).

c) *Tourismus als Hoffnung der ländlichen Regionen:*

Der Tourismus spielt nach Auskunft der Befragten für viele Regionen eine große Rolle. Dies gilt im Besonderen für die traditionell touristisch geprägten Gebiete (z. B. Mosel). Aber auch einige „neue“ ländliche Regionen konzentrierten sich zunehmend auf diesen Bereich und bauten den diesbezüglichen Infrastrukturbereich aus. Hier handelt es sich vor allem um die ehemals land- und forstwirtschaftlich geprägten Regionen (z. B. Eifel). Neue Arbeitsplätze könnten auf diese Weise geschaffen werden. Der Tourismus wird hier als Zukunftschance gesehen. Im Hinblick auf den demographischen Wandel müssten insbesondere Angebote für die „jungen“ Alten entwickelt werden. Hier läge erhebliches wirtschaftliches Potential. Allerdings berichten auch hier die Befragten von Nachwuchsproblemen im Hotelier- und Gastronomiebereich. Der Grund wird vor allem in den unregelmäßigen Arbeitszeiten und der saisonalen Abhängigkeit gesehen. Die junge Generation sei zunehmend weniger bereit, Gaststätten und Hotels zu führen bzw. von ihren Eltern zu übernehmen. Dies stelle ein großes Problem dar.

d) *Produzierendes Gewerbe: Abwanderung der Betriebe in Billiglohnländer:*

Das produzierende Gewerbe ist nach Auskunft der Befragten insbesondere in den verdichteten Regionen und Räumen mit Verdichtungsansatz ansässig. (RST 1, 2 und 3). Allerdings würden immer weniger Industriebetriebe angesiedelt. Diese Entwicklung würde sich hinsichtlich der Globalisierung auch weiter fortsetzen. Die „großen“ Betriebe wanderten zunehmend in Billiglohnregionen ab. Deshalb würden Schwierigkeiten bezüglich der „einfachen“ Arbeitsplätze erwartet. Weniger Probleme werden dagegen in hochspezialisierten Betrieben erwartet.

e) *Baubranche – Weiterer Rückgang wird erwartet:*

Einige Befragte berichten, dass die Baubranche bislang ein wichtiger Wirtschaftsfaktor gewesen sei. Hier seien deutlich die Rückgänge im Bausektor zu spüren. Der demographische Wandel werde sich – so einige Befragte - verheerend auswirken.

f) *Handwerk – in den dünn besiedelten Gebieten schließen bereits jetzt viele Betriebe:*

Ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in einigen ländlichen, dünn besiedelten Regionen ist nach Ansicht der Befragten weiterhin das Handwerk. Diese Branche stelle zahlreiche Arbeits- und z. T. auch Ausbildungsplätze bereit. Allerdings seien starke Rückläufe zu erkennen. Immer häufiger müssten kleine Handwerksbetriebe schließen. Neben wirtschaftlichen Problemen wurde auch hier genannt, dass einige Betriebe unter Nachwuchsproblemen leiden. Der demographische Wandel werde die Nachfrage für die Handwerksbetriebe zusätzlich belasten.

g) *Befragte sehen den Einzelhandel besonders in den Dörfern vor dem „Aus“, städtische Geschäfte konkurrieren mit den großen Märkten am Rand der Städte:*

Der lokale Einzelhandel bricht nach Auskunft der Befragten in vielen Regionen nach und nach weg. Es fände eine immer stärkere Konzentration auf „Discount-Märkte“ und Einkaufszentren statt. Diese siedelten sich zunehmend außerhalb der Städte (aufgrund niedrige Gewerbesteuern und Ladenmieten, (wie große Parkplatzflächen), aber dennoch gut erreichbar, an. Bezüglich des demographischen Wandels wird erwartet, dass sich die Situation des Einzelhandels weiter verschlechtert. Der Rückgang der Bevölkerung bewirke eine sinkende Nachfrage. Zudem würde insbesondere die kaufkräftigere junge Generation wegbrechen, die weniger kaufbereite ältere Generation dagegen zunehmen.

h) *Dienstleistungen werden von den Befragten nur peripher als Wirtschaftsfaktor genannt, Chance: Dienstleistungen für ältere Menschen:*

Der Dienstleistungsbereich wird von den Befragten nur selten als Wirtschaftsbereich thematisiert. Insbesondere in den städtischen, verdichteten Regionen (RST 1, 2 und 3) wird eine Zunahme erwartet. Dienstleistungsangebote für ältere Menschen seien eine Zukunftschance, sie müssten aber bezahlbar bleiben.

Nur wenige Arbeits- und Ausbildungsplätze in den dünn besiedelten Regionen in ungünstiger Lage

Bezüglich der Ausbildungssituation wird insbesondere von den Befragten der ländlichen, dünn besiedelten Regionen (RST 4 und 5) von Problemen berichtet. Grund sei die eher kleinbetriebliche Wirtschaftsstruktur. Allerdings gebe es hier auch „unkonventionelle“ Wege, die Jugendlichen trotzdem in die Ausbildung zu vermitteln.

„Was die Ausbildungsplätze anbelangt: Da musste ich mich letztes Jahr richtig reinhängen. Mit der Arbeitsverwaltung klappt das nicht so gut. [...] Dann habe ich die Schulen angerufen und gefragt „Wer hat noch nichts?“. Es waren 29, die nichts gefunden haben. Nachher haben alle was gehabt. Da habe ich beim Schreiner gejammert, und da und da. So geht das. Wenn Sie nicht hingehen und dahinter her sind, dann klappt das nicht.“ (VG, RST 4)

Von hoher Arbeitslosigkeit in ihrem Zuständigkeitsbereich berichten vor allem Befragte ländlicher, dünn besiedelter Regionen in ungünstiger Lage (RST 5). Die hohe Arbeitslosenquote sei hier ein Indikator für die Strukturschwäche.

„Letztes Jahr bei der Lossprechungsfeier waren es 18 Tischlergesellen, davon sind 17 direkt in die Arbeitslosigkeit gegangen.“ (VG, RST 5)

Viele der Befragten sehen einen hohen Fachkräftemangel

Nahezu alle Befragten berichten von einem Fachkräftemangel in ihren Zuständigkeitsbereichen. Facharbeiter fehlten insbesondere in technischen und handwerklichen Berufen. Gründe für diese Verknappung seien z.B. schlechte Bezahlung, ungünstige Arbeitszeiten oder das niedrige gesellschaftliche Ansehen der Berufe.

Insbesondere in den ländlichen, dünn besiedelten Regionen (RST 4 und 5) fehle es aufgrund der starken Abwanderung der jungen, qualifizierten Bevölkerung häufig an Facharbeitern. Entsprechend würden sich keine Betriebe ansiedeln. Wenn sie es doch wagen, dann bekommen sie nicht immer ausreichendes Fachpersonal. In den Verdichtungsräumen (RST 1, 2 und 3) stellt sich die Situation für die Befragten zurzeit noch weniger dramatisch dar. Allerdings wird auch hier hinsichtlich des starken Bevölkerungsrückgangs eine Verschärfung der Problemlage erwartet. Viele Betriebe seien bereits für dieses Thema sensibilisiert und versuchten durch Fort- und Weiterbildung der Belegschaft dem zukünftig erwarteten Mangel entgegenzusteuern. Die Befragten erwarten, dass sich der Konkurrenzkampf der Regionen um die junge qualifizierte Bevölkerung zukünftig zuspitzt. Deshalb müssten die Regionen möglichst attraktiv gestaltet, „weiche“ Standortfaktoren (z.B. Wohnen, Freizeit, Kultur) und regionale Kooperation ausgebaut werden.

„Mir geht's mal generell darum, dass wir den demographischen Wandel nur dann bestehen können, wenn wir hier unseren Leuten Arbeitsplätze anbieten. Dann bleiben sie nämlich hier. Wenn sie keine Arbeitsplätze haben, dann wandern sie ab. Also muss alles darauf gestellt sein; auch für die nachfolgenden Fragen: für die Bildung, für die Kultur und für die öffentlichen Finanzen, für die Infrastruktur, dass es wirtschaftlich in unserem Land bergauf geht. Aber es geht ja nach wie vor bergab.“ (LKR, RST 4)

D1) Handlungs- und Lösungsmöglichkeiten

Arbeitsmarktpolitik ist aus der Sicht der Befragten ein Handlungsfeld der Landes- und Bundespolitik

Die Kommunen sehen bezüglich der Arbeitsmarktsituation nur minimale eigene Handlungsmöglichkeiten. Wirtschaft und Arbeit müssten in erster Linie auf der landes- und bundespolitischen Ebene gelöst werden. Hier müssten die entsprechenden Rahmenbedingungen geschaffen werden.

„Wirtschaft und Arbeit sind bundespolitische Themen. Wir können da nichts machen. [...] Wenn die da oben nichts machen, können wir auch nichts machen. Wir können Gewerbegebiete ausweisen, Genehmigungsverfahren schnell abwickeln usw. – das schafft aber keine Arbeitsplätze.“ (VG, RST 1)

Standortmarketing als Chance

Wichtig sei, dass man die Region möglichst attraktiv gestalte und ein umfassendes Standortmarketing betreibe. Dies müsse konkret auf den erwarteten Schrumpfungsprozess der Bevölkerung ausgerichtet sein. Zudem müssten die vorhandenen Potenziale und Schwächen, sowie die Situation der Bevölkerung und Unternehmen genau analysiert werden. Dazu seien Marktanalysen und Unternehmensbefragungen sinnvoll. Zukünftige Entwicklungen (Abwanderung der Unternehmen, Überbesätze usw.) könnten so frühzeitig erkannt werden.

„Aber wir müssen uns nicht einbilden, dass wir mit Rhein-Main oder anderen Zentren könnten. Ganz so ist es nicht. Wir müssen in den Möglichkeiten, die wir haben, Fortschritte finden.“ (LKR, RST 4)

Ausbau der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im wirtschaftlichen Bereich

Ein wichtiges Potenzial für die wirtschaftliche Entwicklung wird in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit gesehen. Hier müsste der Bund noch bestehende Hemmnisse abbauen.

„Wir leben alle in der EU, aber es gibt noch viele Hindernisse, die einem wirklichen Zusammenwachsen rechtlich einfach entgegenstehen. Das ist nicht nur Steuerrecht, das ist die Sozialgesetzgebung und, und, und. Da sind die Unterschiede eigentlich noch zu groß im täglichen Miteinander. Erst wenn das sich mehr abgebaut hat, denke ich, wird das besser werden.“ (LKR, RST 4)

„Ich hab mal im Rahmen des Quatropol-Projekts, da hat einer der Bürgermeister, der aus X, eine Karte gezeigt und das trifft dann auf Rheinland-Pfalz genauso zu wie auf die anderen Länder: Wenn man immer nur sein Land sieht ist es natürlich so eine Randlage mit auch so einem ausgedünnten Bevölkerungsanteil. Wenn man aber mal die Grenzen wegnimmt und, also Metz, Saarbrücken, Trier und Luxemburg nimmt, dann ist es ein Ballungsgebiet [...] Vielleicht ist es an der Zeit in anderen Dimensionen zu denken.“ (KS, RST 2)

Attraktivität und Ansehen von Berufen in Weinbau, Tourismus und Handwerk steigern

Bestimmte Berufe, insbesondere solche im Tourismus, Weinbau und Handwerk müssten Jugendlichen „schmackhafter“ gemacht werden. Obwohl Berufe in diesen Bereichen eine Zukunft hätten, werden sie von nachkommenden Generationen nicht gewählt.

Kooperationen innerhalb verschiedener Branchen ausbauen

In einzelnen Branchen sollte nach Ansicht der Befragten stärker auf Kooperation gesetzt werden:

a) *Landwirtschaft*: Einige Befragte berichten von positiven Beispielen der Zusammenarbeit zwischen Landwirten der Region. Diese hätten neue Ideen hinsichtlich der Vermarktung ihrer Produkte entwickelt und umgesetzt (z.B. Hofladen). Dies sei eine Möglichkeit der landwirtschaftlichen Betriebe ihre Marktposition zu verbessern.

b) *Weinbau*: Auch hier wird eine stärkere Kooperation der Betriebe vorgeschlagen. Jeder könnte sich so auf einen Schwerpunkt konzentrieren, unterschiedliche Stärken entwickelt und eine gemeinsame Vermarktung organisiert werden. Kosten könnten so gespart und die Wettbewerbsfähigkeit (individuell und im Verbund) gesteigert werden.

c) Im *Tourismus* müsse ein Umdenken hin zu mehr Qualität und Kundenorientierung erfolgen. Es sollten verstärkt zielgruppenspezifische Angebote entwickelt werden (Familie, Jugend, Senioren). Zudem sei auch im Tourismus eine stärkere Zusammenarbeit notwendig. Konzepte und Ideen sollten im Verbund entwickelt und vermarktet werden. Hinsichtlich des demographischen Wandels wird ein besonderes Potenzial in den „jungen“ Alten gesehen.

Potenziale der älteren Erwerbstätigen mehr nutzen

Ein Teil der Befragten sieht die Notwendigkeit, dass in den Betrieben das Potenzial der älteren Erwerbstätigen stärker genutzt wird. Damit könne z.B. auf den Mangel an Fachkräften reagiert werden.

Frauenerwerbstätigkeit als Chance im demographischen Wandel?

C2) Aussagen zur Ausgangssituation und zukünftigen Entwicklung

Einstellungswandel von Frauen in Bezug auf Familie und Beruf wird in engem Zusammenhang mit demographischem Wandel gesehen

Der gesellschaftliche Einstellungswandel bezüglich Familie, Kindern und Beruf wird von den Befragten als zentraler Einflussfaktor für die zunehmende Kinderlosigkeit von Frauen gesehen. Einige bemängeln das in der Gesellschaft nach wie vor schlechte Image von berufstätigen Müttern. Sie würden schnell als „Rabenmütter“ stigmatisiert. Umgekehrt sehen einige Befragte, dass Mütter, die ausschließlich die klassische Hausfrauenrolle ausüben, als „unmodern“ betrachtet würden. In beiden Fällen sei ein Einstellungswandel notwendig.

Nachwuchs- kollidiere mit Karriereplanung. Der Trend zur Selbstverwirklichung verhindere die Familienplanung. Die meisten Frauen wollten erst einmal beruflich Fuß fassen. Der Zeitpunkt des „Kinderkriegens“ sei dann schnell übergegangen. Einige Befragte reflektieren die zunehmende Kinderlosigkeit von Akademikerinnen und befürchten, dass nur noch sozial schwache Eltern und solche die ihre Kinder nicht entsprechend fördern für Nachwuchs sorgen. Einer kommentiert diese Entwicklung stellvertretend für mehrere Befragte so:

„Wir haben eine negative Auslese. Das darf man so gar nicht sagen.“ (LKR, RST 4)

Einige ältere Befragte bedauern die Entwicklung hin zur stärkeren Berufstätigkeit der Frauen. Früher, als das klassische Rollenverhältnis noch eindeutiger war (Berufstätigkeit des Mannes, Haushaltsführung durch die Frau), wären viele Aufgaben durch die Familie gelöst worden. Heute müssten die Aufgaben außerfamilial übernommen werden, was zahlreiche Probleme mit sich bringe. Allerdings sind auch diese Befragte sich darüber bewusst, dass sich diese Entwicklung kaum aufhalten lasse.

Ein großer Teil der Befragten sieht Frauenerwerbstätigkeit als volkswirtschaftlich unverzichtbar

Die heute beruflich besser als früher ausgebildeten Frauen sind für viele Befragte in volkswirtschaftlicher Hinsicht ein wichtiges Arbeitskräftepotenzial, auf das man angesichts der demographischen Entwicklungen nicht verzichten könne. Es sei unsinnig, in die Ausbildung von Frauen zu investieren und anschließend dieses Potenzial auf dem Arbeitsmarkt nicht zu nutzen.

Bezüglich des demographischen Wandels wird von den Befragten eine besondere Chance in der Frauenerwerbstätigkeit gesehen. Der Erwerbstätigenrückgang könnte zum Teil kompensiert werden. Um dieses Arbeitskräftepotenzial stärker auszuschöpfen, sei es aber notwendig, die geeigneten Rahmenbedingungen bereit zu stellen.

D2) Handlungs- und Lösungsmöglichkeiten

Durchgehende, verlässliche Ganztagsbetreuung vom 1. bis zum 18. Lebensjahr

Durchgehende, verlässliche Ganztagsbetreuung vom 1. bis zum 18. Lebensjahr, die sich an den Bedürfnissen der Mütter orientiert (z. B. Arbeitszeiten, Anfahrtswege, Urlaubszeiten).

„Kundenorientierung“ in den Betreuungseinrichtungen

Die Betreuungseinrichtungen müssten sich an den Bedürfnissen der Mütter und ihrer Berufstätigkeit orientieren, damit Mütter z. B. solche Kindergärten nutzen können, die auf dem Weg zu ihrem Arbeitsplatz liegen.

Beruflichen Wiedereinstieg erleichtern

Weiterbildungsmaßnahmen für Frauen zum Berufseinstieg nach der „Babypause“:

„Wir werden die Qualifikation fördern müssen, die Weiterbildung fördern müssen, die Erwerbsquote erhöhen müssen.“ (LKR, RST 4)

Ehrenamtliche Potenziale für die Kinderbetreuung nutzen

Insbesondere die „jungen Alten“ könnten in Betreuungsaufgaben für Kinder und Jugendliche eingebunden werden.

Familienfreundliche Betriebe fördern

Einige der Befragten sehen die Notwendigkeit, dass familienfreundliche Betriebe (z.B. flexible Arbeitszeit, Teilzeitmodelle, Teleheimarbeit, betriebseigene Kinderbetreuung) stärker gefördert werden sollten. Dies gelte auch für die Kommunen als Arbeitgeber.

E) Zusammenfassung

Wirtschaftsbranchen und Arbeitsmarkt

Ausgangssituation und zukünftige Entwicklung

- Wirtschaft und Arbeit stehen in engem Zusammenhang mit Bevölkerungsentwicklung einer Region
- Wirtschaftliche Lage in den Verdichtungsräumen wird im Vergleich zu den ländlicheren Regionen eher positiv beurteilt
- Verschiedene Erfolgsfaktoren für die wirtschaftliche Entwicklung in ländlichen Regionen
- Viele Gewerbegebiete in den letzten Jahren ausgewiesen, teilweise Überangebot
- Gewerbegebiete sind in abgelegenen ländlichen Regionen keine Option
- Befragte sehen Kommunen im Hinblick auf die Ausweisung von Gewerbegebieten zwischen Konkurrenz und Kooperation
- Die einzelnen Wirtschaftsbranchen sind aus der Sicht der Befragten unterschiedlich stark vom demographischen Wandel betroffen:
 - Landwirtschaft ist stark rückläufig
 - Weinbau unterliegt einem grundlegenden Strukturwandel
 - Tourismus als Hoffnung der ländlichen Regionen
 - Produzierendes Gewerbe: Abwanderung der Betriebe in Billiglohnländer
 - Baubranche – Weiterer Rückgang wird erwartet
 - Handwerk – in den dünn besiedelten Gebieten schließen bereits jetzt viele Betriebe
 - Befragte sehen den Einzelhandel besonders in den Dörfern vor dem „Aus“, städtische Betriebe konkurrieren mit den großen Märkten am Rand der Städte
 - Dienstleistungen werden von den Befragten nur peripher als Wirtschaftsfaktor genannt, Chance: Dienstleistungen für ältere Menschen
- Nur wenige Arbeits- und Ausbildungsplätze in den dünn besiedelten Regionen in ungünstiger Lage
- Viele der Befragten sehen einen hohen Fachkräftemangel

Handlungs- und Lösungsmöglichkeiten

- Arbeitsmarktpolitik ist aus der Sicht der Befragten ein Handlungsfeld der Landes- und Bundespolitik
- Standortmarketing als Chance
- Ausbau der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im wirtschaftlichen Bereich
- Attraktivität und Ansehen von Berufen in Weinbau, Tourismus und Handwerk steigern
- Kooperationen innerhalb verschiedener Branchen ausbauen
- Potenziale der älteren Erwerbstätigen mehr nutzen

Frauenerwerbstätigkeit als Chance im demographischen Wandel?

Ausgangssituation und zukünftige Entwicklung

- Einstellungswandel von Frauen in Bezug auf Familie und Beruf wird in engem Zusammenhang mit demographischem Wandel gesehen
- Ein großer Teil der Befragten sieht Frauenerwerbstätigkeit als volkswirtschaftlich unverzichtbar

Handlungs- und Lösungsmöglichkeiten

- Durchgehende, verlässliche Ganztagsbetreuung vom 1. bis zum 18. Lebensjahr
- „Kundenorientierung“ in den Betreuungseinrichtungen
- Beruflichen Wiedereinstieg erleichtern
- Ehrenamtliche Potenziale für die Kinderbetreuung nutzen
- Familienfreundliche Betriebe fördern

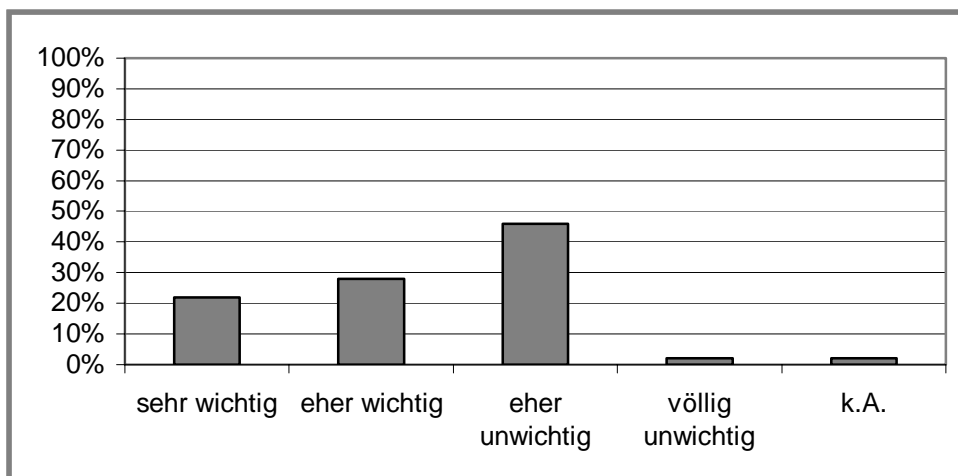
11. Justiz, Innere Sicherheit

A) Die Ergebnisse in Kürze

- Die Themenbereiche Justiz und Innere Sicherheit werden als landespolitische Aufgabe eingestuft. Die Frage der Gerichtsstandorte und der gerichtlichen Betreuungsverfügungen wurde von den Befragten nicht thematisiert.
- Die zurückgehende Polizeipräsenz – besonders auf dem Land – und der Einsatz privater Sicherheitskräfte wird sehr negativ bewertet. Besonders bei der zunehmend älter werdenden Bevölkerung und ihrer höheren Kriminalitätsfurcht seien im Gegenteil mehr Polizei und mehr finanzielle Mittel in diesem Bereich gefordert. Private Sicherheitsdienste seien keine Alternative.
- Einige Befragte erwarten einen zunehmenden Zerfall der Familienstrukturen und damit einhergehend eine höhere Jugendkriminalität.
- Es wird erwartet, dass Standortmarketing und die Konkurrenz der Gemeinden untereinander dazu führen, dass Kriminalitätszahlen aus Imagegründen „geschönt“ werden.

B) Wichtigkeit des Themas aus der Sicht der Befragten

Abb. 15: „Justiz und Innere Sicherheit“



C) Aussagen zur Ausgangssituation und zukünftigen Entwicklung

Die Themenbereiche Justiz, innere Sicherheit werden als landespolitische Aufgabe eingestuft

Nur einige wenige Befragte äußern sich zum Thema „Justiz, Innere Sicherheit“. Dieser Themenbereich spielt für die Befragten im Vergleich zu den anderen Themen nur eine randständige Rolle, weil er als landespolitische Aufgabe wahrgenommen wird.

Gerichtsstandorte und gerichtliche Betreuungsverfügungen wurden nicht thematisiert.

Sparzwänge des Landes belasten Kommunen – Private Sicherheitskräfte sind keine Lösung

Einige Befragte gehen auf das Thema Polizeipräsenz ein. Diese werde aufgrund des Sparzwangs des Landes reduziert. Deshalb befürchten sie eine zunehmende Privatisierung von Sicherheitsaufgaben. Diese Entwicklung wird negativ beurteilt. Das Geld für private Sicherheitskräfte solle besser in geschulte kommunale Vollzugsbeamte investiert werden.

„Also ich denke, es gibt bestimmte Aufgaben, die die Polizei hat und die darf nur die Polizei wahrnehmen. Und die an andere weiter zu delegieren, finde ich wirklich bedenklich.“ (OG, RST 4)

Kriminalitätsfurcht älterer Menschen als Thema

Von einigen Befragten wird die Kriminalitätsfurcht älterer Menschen angesprochen. Diese sei gestiegen. Deshalb wird von diesen Befragten eine größere Polizeipräsenz gefordert.

Demographischer Wandel führe zu Veränderungen der Familienstrukturen und diese zu höherer Jugendkriminalität

Hinsichtlich des demographischen Wandels werden Gefahren bezüglich steigender Jugendkriminalität gesehen. Ein Befragter betont, dass diese durch die Veränderung der Familienstrukturen steige. Trotzdem sollten diese Entwicklungen nicht überbewertet werden.

Standortmarketing und erhöhte Konkurrenz zwischen den Kommunen als Folge des demographischen Wandels führe dazu, dass Kriminalitätszahlen aus Imagegründen „geschönt“ werden

Die Konkurrenz zwischen den Kommunen führe dazu, dass Kriminalität verschwiegen werde. Niedrige Kriminalitätsraten seien ein Standortfaktor und wichtig für das öffentliche Ansehen der Gemeinden.

D) Handlungs- und Lösungsmöglichkeiten

Bauliche Maßnahmen, die Kriminalitätsfurcht entgegenwirken

Städte sollten baulich so gestaltet werden, dass keine Angsträume entstehen können.

Mehr Polizeipräsenz anstatt privater Sicherheitskräfte

Es wird mehr Polizeipräsenz gefordert. Private Sicherheitskräfte seien kein Weg.

E) Zusammenfassung

Ausgangssituation und zukünftige Entwicklung

- Die Themenbereiche Justiz, innere Sicherheit werden als landespolitische Aufgabe eingestuft
- Sparzwänge des Landes belasten Kommunen – Private Sicherheitskräfte sind keine Lösung
- Kriminalitätsfurcht älterer Menschen als Thema
- Demographischer Wandel führe zu Veränderungen der Familienstrukturen und diese zu höherer Jugendkriminalität
- Standortmarketing und erhöhte Konkurrenz zwischen den Kommunen als Folge des demographischen Wandels führe dazu, dass Kriminalitätszahlen aus Imagegründen „geschönt“ werden

Handlungs- und Lösungsmöglichkeiten

- Bauliche Maßnahmen, die Kriminalitätsfurcht entgegenwirken
- Mehr Polizeipräsenz anstatt privater Sicherheitskräfte

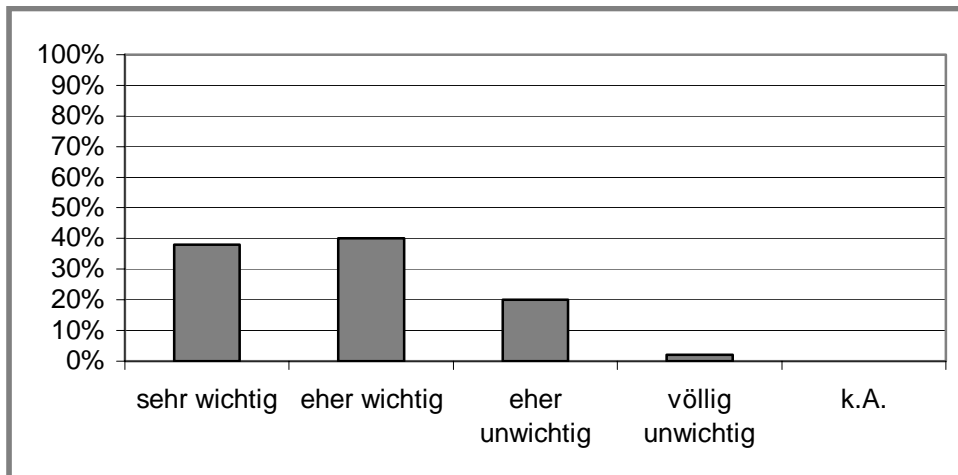
12. Gesundheit

A) Die Ergebnisse in Kürze

- Gesundheit wird unter den Gesichtspunkten von Versorgungsdichte und Finanzierbarkeit thematisiert. Vorsorge wird nicht angesprochen. Insgesamt sehen die Befragten den Bereich „Gesundheit“ eher nicht in ihrer Zuständigkeit.
- Die Gesundheitsversorgung ist vor allem für die Befragten aus den ländlichen Gebieten ein Thema. Sie befürchten zukünftig eine Verschlechterung der Versorgung.
- Ein Lösungsansatz wird in der arbeitsteiligen Spezialisierung von kleineren Krankenhäusern gesehen.

B) Wichtigkeit des Themas aus der Sicht der Befragten

Abb. 16: „Gesundheit“



C) Aussagen zur Ausgangssituation und zukünftigen Entwicklung

Gesundheit wird unter den Gesichtspunkten Versorgungsdichte und Finanzierung von den Befragten angesprochen, Vorsorge wird nicht thematisiert

Die Versorgungsdichte und die finanzielle Situation im Gesundheitsbereich sind für die Befragten wichtig. Die gesundheitspolitische Notwendigkeit von Vorsorgeprogrammen, speziell auch für ältere Menschen, wird von keinem Befragten thematisiert.

Gesundheitsversorgung vor allem für die Befragten aus ländlichen Gebieten ein Thema

Es fällt auf, dass sich insbesondere die Befragten der ländlichen, dünn besiedelten Regionen (RST 4 und 5) zu diesem Themenbereich geäußert haben. Es lässt sich eine stärkere Betroffenheit von Problemen bezüglich der gesundheitlichen Versorgung vermuten. Im Vergleich zu anderen Themen hat dieser Bereich für die Befragten eine eher randständige Position.

Nach Aussage der Befragten aus den Gebieten der RST 1,2 und 3 gibt es kaum Probleme bezüglich der ärztlichen Versorgung. Die Gesundheitsversorgung sei sehr gut. Alle Einrichtungen könnten in kürzester Zeit erreicht werden.

Befragte in den ländlichen Regionen sehen erste Anzeichen für einen Rückgang der Versorgungsqualität

Die gesundheitliche Grundversorgung ist nach Ansicht der Befragten auch in den ländlichen, dünn besiedelten Regionen (RST 4 und 5) zurzeit noch gesichert. Bezüglich der Fachärzte seien aber schon Probleme erkennbar. Diese könnten nur noch mit dem Auto oder öffentlichen Verkehrsmitteln erreicht werden. Dies stelle sich insbesondere für Senioren problematisch dar (vgl. hierzu Kap. 6.1). Die Befragten erwarten, dass sich dieser Trend weiter fortsetzt. Es würden im ländlichen Raum auch keine Zulassungen für Fachärzte mehr vergeben. Für die Zukunft wird von einigen Befragten verstärkt mit Problemen bei der Grundversorgung gerechnet. Immer weniger Ärzte seien bereit, als Landarzt zu arbeiten und die ländlichen Gebiete zu versorgen. Hier gebe es zukünftig erheblichen Handlungsbedarf. Im ländlichen Raum müsse die medizinische Grundversorgung in zumutbarer Entfernung erreichbar und eine Notfallversorgung gewährleistet sein. Notfalls müsse dies durch den Finanztransfer aus anderen Regionen gesichert werden.

Es werden zunehmend Probleme in den Krankenhäusern in ländlichen Gebieten gesehen. Aufgrund sinkender Bevölkerungszahlen seien bereits jetzt einige von der Schließung bedroht. Diese Krankenhäuser werden von den Befragten aber als sehr wichtig bewertet, um die medizinische Grundversorgung in den ländlichen Gebieten aufrechtzuerhalten.

Finanzierung des Gesundheitswesens als Zukunftsaufgabe, hier sei der Bund gefordert

Fast alle Befragten sehen ein großes Problem in der zukünftigen Finanzierung des Gesundheitssystems. Hier liege ein entscheidendes Problem, dass aber bundespolitisch gelöst werden müsse.

Für die Zukunft wird ein großer Markt in der häuslichen Pflege gesehen.

D) Handlungs- und Lösungsmöglichkeiten

Arbeitsteilige Spezialisierung von kleineren Krankenhäusern

Als ein wichtiger Lösungsansatz wird die arbeitsteilige Spezialisierung benachbarter, kleinerer Krankenhäuser gesehen. Dadurch könnten Kosten gespart und die Einrichtungen auch mittelfristig erhalten werden.

E) Zusammenfassung

Ausgangssituation und zukünftige Entwicklung

- Gesundheit wird unter den Gesichtspunkten Versorgung und Finanzierung von den Befragten angesprochen, Vorsorge wird nicht thematisiert
- Gesundheitsversorgung vor allem für die Befragten aus ländlichen Gebieten ein Thema
- Befragte in den ländlichen Regionen sehen erste Anzeichen für einen Rückgang der Versorgungsqualität
- Finanzierung des Gesundheitswesens als Zukunftsaufgabe, hier sei der Bund gefordert

Handlungs- und Lösungsmöglichkeiten

- Arbeitsteilige Spezialisierung von kleineren Krankenhäusern

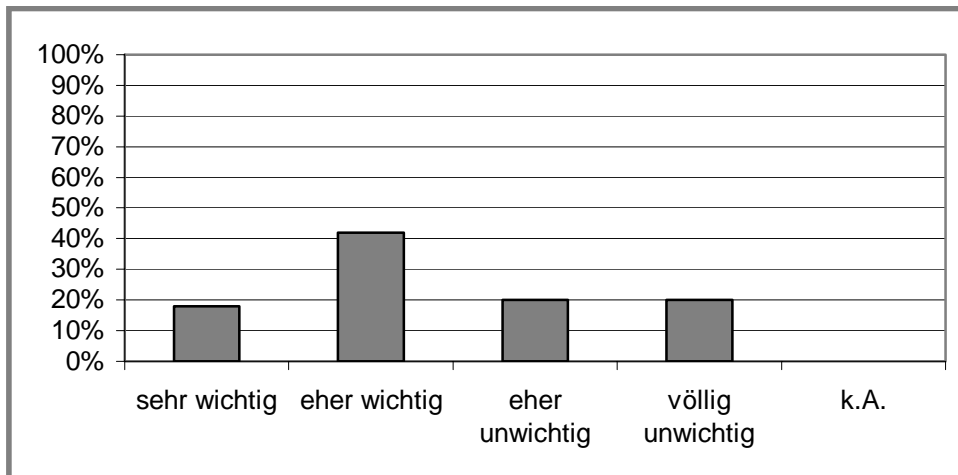
13. Religion und Kirche

A) Die Ergebnisse in Kürze

- Religion und Kirche haben für die meisten Befragten im Hinblick auf den demographischen Wandel keine hohe Bedeutung.
- Es werden ausschließlich christliche Religionsgemeinschaften thematisiert. Einige Befragte bedauern, dass sich die beiden großen Kirchen aus dem sozialen Bereich zurückzögen. Zudem wird ein Bedeutungsverlust im seelsorgerischen und erzieherischen Bereich festgestellt.
- Die Selbstabschottung von zugewanderten Religionsgemeinschaften wird beklagt.

B) Wichtigkeit des Themas aus der Sicht der Befragten

Abb. 17: „Religion und Kirche“



C) Aussagen zur Ausgangssituation und zukünftigen Entwicklung

Im Hinblick auf den demographischen Wandel haben Religion und Kirche für die meisten Befragten keine hohe Bedeutung

Religion und Kirche spielen aus der Sicht der Befragten heute für die Mehrheit der Bevölkerung keine entscheidende Rolle mehr.

Es werden ausschließlich christliche Religionsgemeinschaften thematisiert

Aussagen zu Religion und Kirche werden ausschließlich zu christlichen Religionsgemeinschaften getroffen.

Kirchen verlieren den Einschätzungen der Befragten zufolge im seelsorgerischen, erzieherischen und caritativen Bereich an Bedeutung

Von den Befragten wird die rückläufige Bedeutung der Kirchen festgestellt. Dies zeige sich auch in der sinkenden Zahl von Priestern. Es wird erwartet, dass sich dieser Trend weiter

fortsetzt. Dies wird im Hinblick auf Wertevermittlung als Verlust betrachtet. Die Kirche übernehme in einem Feld Aufgaben, die von den Kommunen nicht abgedeckt werden könne.

Die Befragten betonen die große Bedeutung der Kirche als Träger sozialer Einrichtungen, insbesondere von Altenheimen und Kindergärten. Aus diesen Aufgaben ziehe sie sich jedoch tendenziell zurück.

Abschottung zugewanderter Religionsgemeinschaften wird von einigen Befragten als Integrationsproblem eingestuft

In einigen Regionen sehen die Befragten Probleme mit religiösen Gemeinschaften, wie z.B. den Mennoniten. Das seien zwar sehr fromme und rechtschaffene Menschen, sie werden aber als nicht integrierbar eingestuft. Sie schotteten sich systematisch gegen alle Außeneinflüsse ab, hätten eigene Kindergärten und ließen nur das gesetzlich vorgeschriebene an Kontakten mit den Einheimischen zu (z.B. Schulbesuch). Ein Teil von ihnen sei gerade dabei, sich nach Kanada zu orientieren. Dort gibt es mennonitische Gemeinden und dort wäre es einfacher, die eigenen Kinder vom Einfluss der Medien etc. abzuschotten.

D) Handlungs- und Lösungsmöglichkeiten

Handlungs- und Lösungsmöglichkeiten werden von den Befragten nicht genannt.

E) Zusammenfassung

Ausgangssituation und zukünftige Entwicklung

- Im Hinblick auf den demographischen Wandel haben Religion und Kirche für die meisten Befragten keine hohe Bedeutung.
- Es werden ausschließlich christliche Religionsgemeinschaften thematisiert.
- Die Kirchen verlieren den Einschätzungen der Befragten zufolge im seelsorgerischen, erzieherischen und karitativen Bereich an Bedeutung.
- Die Abschottung zugewanderter Religionsgemeinschaften wird von einigen Befragten als Integrationsproblem eingestuft.

Handlungs- und Lösungsmöglichkeiten

- Handlungs- und Lösungsmöglichkeiten werden von den Befragten nicht genannt.

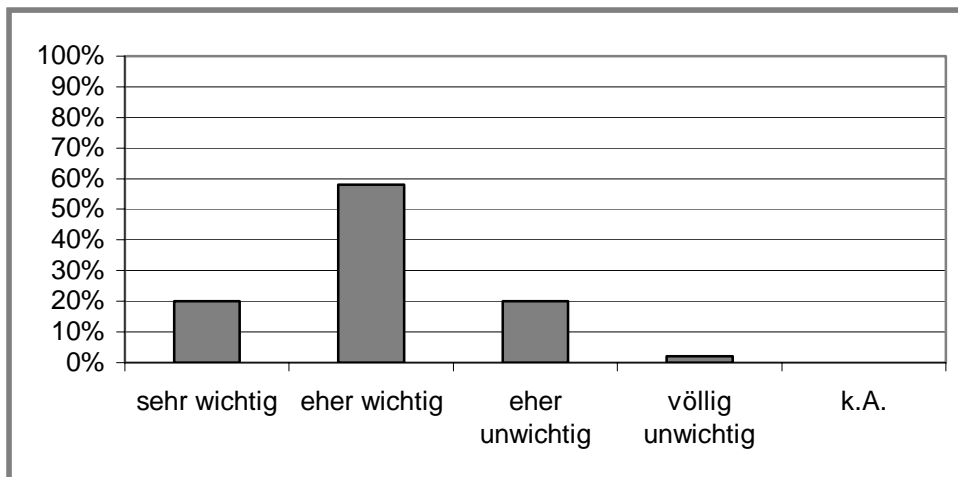
14. Sport und Freizeit

A) Die Ergebnisse in Kürze

- Im Vereinsleben sieht ein Teil der Befragten eine Bereicherung für die Kommunen. Sie beobachten allerdings ein rückläufiges Engagement – insbesondere der jüngeren Bevölkerung, z.B. bei der freiwilligen Feuerwehr.
- Es wird gefordert, ältere Menschen als neue Zielgruppe der Vereine stärker anzusprechen und die Rolle der Vereine als Treffpunkt der Generationen zu stärken.

B) Wichtigkeit des Themas aus der Sicht der Befragten

Abb. 18: „Sport und Freizeit“



C) Aussagen zur Ausgangssituation und zukünftigen Entwicklung

Einige Befragten stellen ein vielfältiges Vereinsleben in ihren Verantwortungsbereichen fest

Das Vereinsleben ist nach Ansicht der Befragten sowohl in der Stadt als auch auf dem Land weitgehend intakt. Es gebe eine ausgeprägte Vereinslandschaft, die den jeweiligen Bedürfnissen der Regionen entspricht. Das Vereinsangebot hat sich nach Meinung der Befragten stark ausdifferenziert. Auch in den kleinen Gemeinden gebe es heute häufig „exotische“ Vereine. Diese haben die traditionellen Vereine (Fußball, Musikvereine etc.) allerdings nicht ersetzt, sondern seien ein zusätzliches Angebot.

Die Vereine werden insgesamt als sehr wichtig eingestuft. Insbesondere in den ländlichen Regionen seien sie von hoher Bedeutung für das Zusammenleben in den Gemeinden, für die Attraktivität der Dörfer und für die Integration neu hinzugezogener Bürgerinnen und Bürger.

Allerdings gebe es in einigen sehr dünn besiedelten Regionen vereinzelt Probleme bei der Rekrutierung von Mitgliedern. Insbesondere (Männer-)Gesangsvereine haben nach Auskunft der Befragten starke Nachwuchsprobleme. Einige Befragte berichten, dass sich bestimmte Vereine mehrerer Dörfer zusammenschließen müssen, um z. B. die notwendige Stärke einer Fußballmannschaft aufrecht zu erhalten. Dabei sei neben der Mitgliederzahl auch die Knappheit der Finanzen ein Grund. Es wird erwartet, dass sich diese Entwicklung fortsetzt.

Rückläufiges Engagement in den Vereinen wird erwartet

Ein Teil der Befragten berichtet von Nachwuchsproblemen der Vereine. Hierfür werden mehrere Gründe aufgeführt:

- der Geburtenrückgang;
- die Abwanderung der Jugendlichen für die oder nach der Ausbildung;
- das ausdifferenzierte Vereinsangebot. Eine niedrigere Anzahl von Kindern und Jugendlichen verteile sich auf mehrere Vereinsangebote.

Bei Nachwuchsproblemen von Männergesangsvereinen sei allerdings neben den oben genannten Einflussfaktoren festzustellen, dass diese nicht mehr zeitgemäß seien.

„Das sind Erscheinungen ihrer Zeit Der klassische Männergesangsverein wird seinen Zenith überschritten haben. Das spricht die Jugendlichen nicht mehr an.“ (VG, RST 1)

Bemängelt wird das geringer werdende Engagement der Jugend in den Vereinen. Die Jugendlichen wollen sich nach Ansicht der Befragten weniger fest an einen Verein oder z. B. eine bestimmte Sportart binden und seien weniger bereit, Verantwortung zu übernehmen. Dies treffe vor allem auf längerfristig verantwortliche Tätigkeiten wie die Arbeit in Vereinsvorständen zu. Grund für diese Entwicklung sei der zunehmende Individualismus, Egoismus und der Drang nach Selbstverwirklichung:

„Jeder Einzelne fährt das Programm Selbstverwirklichung. Die Menschen wollen keine Verantwortung und Verpflichtung.“ (VG, RST 4)

„Die Jugendlichen wollen sich nicht mehr einbringen.“ (VG, RST 5)

Ein Befragter betont, dass der Grund der Abnahme an Vereinstreue und Loyalität darin liege, dass bereits im Amateursportbereich Geld gezahlt wird. Ein anderer Befragter hält Jugendliche nach wie vor für leistungsbereit. Ältere Vereinsmitglieder verhinderten allerdings häufig, dass Jugendliche ihre Wünsche in Vereinen wahrnehmen und umsetzen können. Dies sei mit ein Grund, warum Jugendliche wenig Interesse an Vereinsarbeit hätten.

Ehrenamt als Kern des Vereinslebens

Das Ehrenamt ist nach Ansicht der Befragten der zentrale Bestandteil der Vereine. Es seien diesbezüglich zurzeit noch wenige Probleme erkennbar. Allerdings werden von einem Teil der Befragten für die Zukunft Probleme prognostiziert. Weil immer weniger Menschen bereit seien, ehrenamtliche Funktionen in Vereinen zu übernehmen, würden hohe Kosten auf die Vereine zukommen. Deshalb müsse für das Ehrenamt geworben werden.

Freiwillige Feuerwehr besonders wichtig für die ländlichen Regionen, jedoch verstärkt Personalprobleme

Die Vertreter ländlicher, dünn besiedelter Regionen (RST 4 und 5) betonen die besondere Bedeutung der „Freiwilligen Feuerwehr“ für die dörfliche Struktur. Neben zahlreichen anderen Aktivitäten organisiere sie Feste für die Dorfgemeinschaft und spiele auch für das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung eine wichtige Rolle. Darüber hinaus leiste sie einen wertvollen Beitrag zur Jugendarbeit. Ihr Erhalt müsse auf jeden Fall gefördert werden.

Einige freiwilligen Feuerwehren leiden nach Auskunft der Befragten allerdings an Personalmangel. Insbesondere tagsüber seien sie häufig nicht einsatzbereit. Dies läge daran, dass die Mitglieder nicht mehr in unmittelbarer Nähe zum Wohnort arbeiten. Sollte die freiwillige Feuerwehr ihre Tätigkeiten einmal nicht mehr wahrnehmen können, sei das für die Kommunen besonders folgenschwer.

Bezüglich des demographischen Wandels wird von einigen Befragten angenommen, dass sich das Nachwuchsproblem der freiwilligen Feuerwehr in Zukunft verstärke.

D) Handlungs- und Lösungsmöglichkeiten

Ältere Menschen als neue Zielgruppe für Vereine

Für die Zukunft wird von einem Teil der Befragten ein neues Tätigkeitsfeld für Vereine im Bereich des Seniorensports und der Seniorenfreizeitgestaltung gesehen. Dies wird im Zusammenhang mit dem demographischen Wandel auch als wichtiges Handlungsfeld bewertet. Es wirke der Vereinsamung älterer Menschen entgegen, stärke das Gemeinschaftsgefühl und entlaste die Gesundheitskassen.

Vereine stärker für die Gesundheitsvorsorge einsetzen

Ein Befragter sieht Sportangebote im Zusammenhang mit Gesundheit. Er schlägt vor, dass die Mitgliedschaft in Sportvereinen zu besseren Konditionen bei den Krankenkassen führen sollte.

Rolle der Vereine als Treffpunkt der Generationen stärken

Andere Befragte betonen, dass Sport und sonstige Vereinsangebote eine gute Möglichkeit seien „die Generationen zusammenzubringen“. Es würde allerdings häufig der Fehler gemacht, altersspezifische Gruppen zu bilden. Diesbezüglich könnte man Änderungen anstreben.

E) Zusammenfassung

Ausgangssituation und zukünftige Entwicklung

- Die Befragten stellen übereinstimmend ein vielfältiges Vereinsleben in ihren Verantwortungsbereichen fest
- Rückläufiges Engagement in den Vereinen wird erwartet
- Ehrenamt als Kern des Vereinslebens
- Freiwillige Feuerwehr besonders wichtig für die ländlichen Regionen, jedoch verstärkt Personalprobleme

Handlungs- und Lösungsmöglichkeiten

- Ältere Menschen als neue Zielgruppe für Vereine
- Vereine stärker für die Gesundheitsvorsorge einsetzen
- Rolle der Vereine als Treffpunkt der Generationen stärken

15. Öffentliche Haushalte und Verwaltung, Interkommunale Kooperation

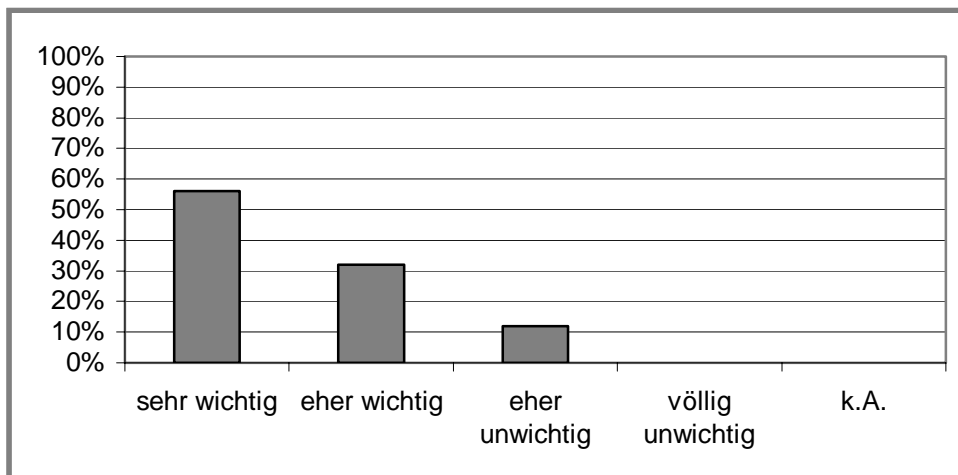
15.1 Kommunale Finanzen

A) Die Ergebnisse in Kürze

- Die Kommunen sehen sich vor einem finanziellen Scherbenhaufen. Die Befragten bemängeln die zu hohen Sozialausgaben und zu viele zweckgebundene Zuweisungen.
- Sie fordern eine Gemeindefinanzreform, die den Kommunen mehr Selbständigkeit gibt. Des Weiteren muss den Befragten zufolge die Gewerbesteuer neu geordnet werden, Einsparpotenziale konsequent ausgeschöpft, kommunale Aufgaben privatisiert und das Ehrenamt gestärkt werden. Es herrscht wenig Vertrauen in die Gestaltungskraft der Parteien.

B) Wichtigkeit des Themas aus der Sicht der Befragten

Abb. 19: „Kommunale Finanzen“



C) Aussagen zur Ausgangssituation und zukünftigen Entwicklung

Kommunen sehen sich vor einem finanziellen Scherbenhaufen

Aus der Sicht aller Befragten stellt sich die kommunale Finanzsituation als katastrophal dar. Die meisten Gebietskörperschaften haben nach Ansicht der Befragten keinen ausgeglichenen Haushalt. Sie können kaum mehr ihre Pflichtaufgaben bezahlen und die öffentliche Infrastruktur aufrechterhalten. Im Haushalt gebe es kaum mehr Spielräume. Hier bestehe ein großer Reformbedarf. Diesbezüglich seien vor allem „die Politiker“ der höheren, gesetzgebenden Ebenen gefordert:

„Kommunale Finanzen, also das ist eine Katastrophe. Wenn sich der Gesetzgeber nichts einfallen lässt, dann weiß ich nicht wie es weiter gehen soll.“ (VG, RST 5)

„Wir haben Mühe die Haushalte auszugleichen, wir schaffen es in diesem Jahr auch nicht.“ (OG, RST 3)

Der Druck, die kommunalen Leistungen (z. B. Zuwendungen an Vereine oder kulturelle Einrichtungen etc.) einzuschränken, wachse. Dies könne aber keine Lösung sein. Das Besondere an den Orten würde verloren gehen:

„Wenn wir all die Dinge schließen müssten [Anm.: die kulturellen Einrichtungen wie Museum usw.] wäre das fatal, weil erstens mal der eigene Charakter, das eigene Gepräge des Ortes und damit auch irgendwo die Identität verloren geht. Dann hab ich nachher nur noch austauschbare Orte.“ (OG, RST 3)

Als Folgen der miserablen Haushaltssituation müssten die Gebietskörperschaften ständig Kredite aufnehmen. So käme es zu einer zunehmenden Aufsummierung der Schulden und Verschärfung der Situation:

„Auch wenn wir nichts investieren, machen wir aus dem Verwaltungshaushalt neue Schulden.“ (VG, RST 1)

„Die Fehlbeträge summieren sich. Es entsteht eine Bugwelle, die man ständig vor sich herschiebt.“ (VG, RST 5)

Die Kommunen, die ihren Haushalt noch ausgleichen könnten, täten dies teilweise mit ruinösen Verkäufen.

Stadt-Umland-Konflikte wegen der Haushaltssituation

Befragte aus den Städten weisen auf Stadt-Umland-Differenzen hin. In den Städten gebe es im Gegensatz zu den Umlandgemeinden erhebliche Defizite. Das Problem sei, dass die Wertschöpfung in den Städten erfolge (Arbeitsort), die Einkommenssteuerabgabe jedoch den Umlandgemeinden zugute käme:

„Das Umland hat im Grunde Finanzmittel, die sie fast nicht brauchen, während die Zentren schauen, dass sie sich noch irgendwie über Wasser halten können.“ (VfG, RST 1)

Ein weiteres Problem, dass von den Befragten der größeren Städte angesprochen wird ist, dass die Städte vorwiegend die kulturellen Einrichtungen für die Umland-Gemeinden mitfinanzieren müssten:

„Sechzig Prozent des Theaters wird von Besuchern besucht, die gar keine [Stadtbevölkerung] sind, sondern von außen kommen. Sechzig Prozent. Gleichwohl sieben Millionen Euro, sieben Millionen Euro Defizit – nach Abzug von Eintrittsgeldern, Zuschüssen des Landes und und und.“ (KS, RST 1)

Staatliche Leistungen müssen aus der Sicht der Befragten zurückgenommen werden

Der Hauptgrund der finanziellen Misere wird von den Befragten in der enormen Bereitstellung sozialer Leistungen und den Renten gesehen. Diese seien einfach nicht mehr finanzierbar:

„Die Leistungsfähigkeit unseres Staates wird derzeit vollkommen überfordert. Das sind alles gute und richtige Gesetze [...] für junge Menschen, für Behinderte, für sozial Schwache. Aber: Wir können es nicht mehr bezahlen. [...] Der Staat wird gegen die Wand gefahren.“ (LKR, RST 1)

„Das größte Problem bei den kommunalen Finanzen das sind mittlerweile die Sozialausgaben.“ (OG, RST 3)

„Weil an diesen 40 oder 50 Fehl Jahren in Sachen Rentenpolitik waren alle großen Parteien beteiligt. [...] Und da soll ja keiner sagen er sei der Bessere oder Schlechtere, weil da gibt's nur Schlechtere.“ (VG, RST 1)

Unmut besteht auch über die geplante Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe. Zwar konnte keiner der Befragten hierzu nähere Angaben machen („Uns liegen hierzu keine eindeutigen Informationen vor!“), sie befürchteten aber, dass dieses Vorhaben zu ihren Ungunsten ausgeht.

Durch die Gewährung von Landeszuschüssen in Ratenform sehen einige Befragte ihre Kommune bei der Finanzierung größerer Vorhaben überfordert

Ein weiteres Problem, das angesprochen wird, ist die Vergabe von Landeszuschüssen, weil sie zeitversetzt und in mehreren Raten zugewiesen würden. Die Vorfinanzierung könne von den Verbandsgemeinden kaum geleistet werden. Besser wäre eine sofortige Auszahlung:

„Mir wäre es lieber, es wären 15 Prozent weniger und dafür sofortige Auszahlung.“ (VG, RST 1)

Befragte sehen zu viele zweckgebundene Zuweisungen

Der hohe Anteil an zweckgebundenen Zuweisungen wird von vielen Befragten kritisiert. Die Gemeinden seien darauf angewiesen die Projekte durchzuführen, für die sie Zuweisungen erhalten. Dies beschränke stark den kommunalen Handlungsspielraum.

Folgen des demographischen Wandels für die Haushalte werden ambivalent beurteilt

Im Hinblick auf den demographischen Wandel wird von einigen Befragten eine Verschärfung der Probleme erwartet. Leerstehende Kindergärten und Schulen verursachen z. B. hohe Kosten. Auch die Verwaltung würde teurer. Deshalb müsse hier zentralisiert werden. Ein weiteres Problem sei, dass eine geringere Anzahl der Bevölkerung gleichzeitig weniger Einkommensteuer und weniger Nachfrager bedeuteten. Demzufolge sinke auch die Gewerbesteuer:

„Die Veränderung der demographischen Entwicklung – und dann auch noch strukturell, das muss man ja auch sehen – wird gewaltige Folgen auch auf die wirtschaftliche Struktur und auf das Steuerwesen haben.“ (KS, RST 1)

Es werden aber auch Chancen hinsichtlich des demographischen Wandels gesehen. Bei einer sinkenden Kinderzahl bräuchte man z. B. weniger Kindergärten. Man müsse nur jetzt darauf achten, Neubauten zu vermeiden und langfristig zu planen.

D) Handlungs- und Lösungsmöglichkeiten

Langfristige Förderpolitik

Bezüglich der Förderpolitik des Landes betont ein Befragter, dass es im Hinblick auf die Folgen des demographischen Wandels dringend erforderlich sei, die Förderpolitik langfristiger auszurichten. Dieses Vorgehen müsse konsequent vertreten werden:

„Bei der Ausgestaltung der Politik, besonders der Förderpolitik, mehr darauf achten, Rücksicht nehmen, also auch mal ablehnen, wenn die Erkenntnis reift, das ist in 10, 20 Jahren überdimensioniert, nicht mehr notwendig, oder man hat nicht miteinander kooperiert. Da muss man auch mal nein sagen. Also mehr Klarheit, Offenheit. [...] Und einfach dieses Thema permanent ansprechen und einfach [...] das zum Thema stärker machen.“ (LKR, RST 1)

Gefordert wird eine umfassende Gemeindefinanzreform

Von den Befragten wird eine radikale, umfassende Gemeindefinanzreform gefordert. Den Städten und Gemeinden müssten Einnahmequellen erhalten bleiben über die sie selbst verfügen könnten. Außerdem müsse mehr Transparenz bei der Vergabe von Finanzmitteln geschaffen werden. Der Länder- und kommunale Finanzausgleich müsse reformiert werden. Das inzwischen verabschiedete „Konnexitätsprinzip“ wird ebenfalls als wichtiger Lösungsansatz gesehen.

Einsparpotenziale konsequent ausschöpfen

Hinsichtlich der miserablen Finanzsituation der Gemeinden gibt es nach Ansicht einiger Befragter enorme Einsparpotenziale. Als Handlungsvorschläge werden mehr Zentralisierung, intensivere Kooperation und weniger Bürokratie genannt. Beispiele seien die Zusammenlegung von Schulen oder die Abschaffung „unsinniger“ Standards.

Privatisierung kommunaler Aufgaben

Ein weiterer Handlungsvorschlag bezieht sich auf die Privatisierung bestimmter kommunaler Aufgaben. So könnte z. B. die Erschließung von Neubaugebieten privatisiert werden, was teilweise auch schon geschieht.

Ehrenamtliche Aufgaben ausbauen

Von einem Teil der Befragten werden Potentiale für Einsparungen durch das Ehrenamt gesehen. Dies könnten die Gemeinden selbstständig fördern und bündeln.

Gewerbsteuer neu ordnen oder abschaffen

Die Gewerbesteuerregelung wird von einigen Befragten als ungerecht empfunden. Klar bevorteilt seien die Gemeinden entlang der Autobahn. Im Hinblick auf den demographischen Wandel müsse hier für mehr Ausgleich gesorgt werden, sonst könnten viele kleine Gemeinden nicht überleben. Einige Befragte gehen noch weiter. Sie schlagen vor, die Gewerbesteuer abzuschaffen. Stattdessen sollten die Gemeinden ein Zuschlagsrecht zu Lohn- und Einkommensteuern erhalten:

„Meine Vorstellung ist, dass die Kommunen – weil ich für Wettbewerb bin – ein Zuschlagsrecht zu Lohn- und Einkommenssteuern erhalten, und die Gewerbesteuer abzuschaffen, weil sie so unkontrollierbar konjunkturabhängig ist, dass wir andere Maßnahmen eben haben, um als Kommune zu finanzieren.“ (LKR, RST 4)

Gefordert wird mehr finanzielle Eigenständigkeit für die Kommunen

Problematisch sei zusätzlich die geringe Flexibilität der Haushalte. Die Haushaltspolitik lasse es nicht zu, für wichtige Projekte zu sparen, weil das Budget eines Haushaltsjahres immer ausgegeben werden müsse. Hier müsste eine flexiblere Handhabung vorhanden sein und den Gemeinden mehr Selbstverantwortung zugewiesen werden.

Befragte haben nur wenig Vertrauen in die Gestaltungskraft der politischen Parteien

Die Befragten haben insgesamt wenig Hoffnung, dass sich in absehbarer Zukunft etwas an der Finanzsituation der Kommunen ändert. Keine Partei habe die politische Kraft und den Mut, grundlegende Reformen durchzuführen:

„Politiker denken nur bis zum Ende ihrer Legislaturperiode.“ (LKR, RST 4)

E) Zusammenfassung

Ausgangssituation und zukünftige Entwicklung

- Kommunen sehen sich vor einem finanziellen Scherbenhaufen
- Stadt-Umland-Konflikte wegen der Haushaltssituation
- Staatliche Leistungen müssen aus der Sicht der Befragten zurückgenommen werden
- Durch die Gewährung von Landeszuschüssen in Ratenform sehen einige Befragte ihre Kommune bei der Finanzierung größerer Vorhaben überfordert
- Befragte sehen zu viele zweckgebundene Zuweisungen
- Folgen des demographischen Wandels für die Haushalte werden ambivalent beurteilt

Handlungs- und Lösungsmöglichkeiten

- Langfristige Förderpolitik
- Gefordert wird eine umfassende Gemeindefinanzreform
- Einsparpotenziale konsequent ausschöpfen
- Privatisierung kommunaler Aufgaben
- Ehrenamtliche Aufgaben ausbauen
- Gewerbesteuer neu ordnen oder abschaffen
- Gefordert wird mehr finanzielle Eigenständigkeit für die Kommunen
- Befragte haben nur wenig Vertrauen in die Gestaltungskraft der politischen Parteien

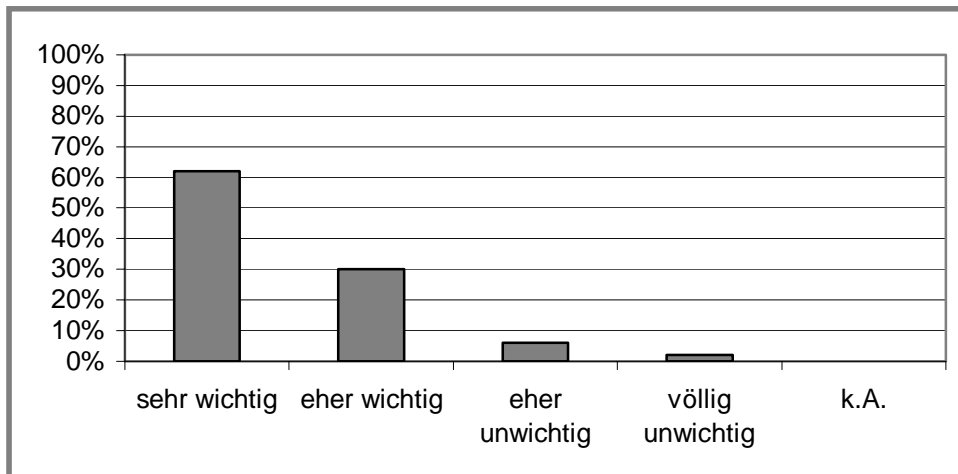
15.2 Interkommunale Kooperation

A) Die Ergebnisse in Kürze

- Interkommunale Kooperation wird von den Befragten als Chance gesehen. Sie existiert bereits in einigen Bereichen, muss aber angesichts des demographischen Wandels verstärkt werden. Kooperation ist unter Knappheitsbedingungen wahrscheinlicher.
- Zusammenarbeit wird vorgeschlagen in verschiedenen Bereichen: Schulen, Bereitschaftsdienste, Bauleitplanung und Landespflege, öffentliche Verwaltung.
- Hemmende Faktoren werden vor allem im „Kirchturmdenken“, Statusansprüchen, Bequemlichkeit, Stadt-Umland-Konflikten und Bürokratismus gesehen.

B) Wichtigkeit des Themas aus der Sicht der Befragten

Abb. 20: „Interkommunale Kooperation“



C) Aussagen zur Ausgangssituation und zukünftigen Entwicklung

Interkommunale Kooperation wird von einem Teil der Befragten als Chance gesehen

Interkommunale Kooperation wird von einem Teil der Befragten als wichtiges kommunales Handlungsfeld bewertet. Dies trifft sowohl für die Befragten der ländlichen, als auch der verdichteten Regionen zu. Insbesondere im Zusammenhang mit dem demographischen Wandel werden hier Chancen gesehen.

„Es passiert schon einiges, es ist aber noch viel zu tun.“ (LKR, RST 4)

„Diejenigen, die rechtzeitig sich insgesamt in der Region – nicht nur auf eine Stadt bezogen – so organisieren, dass sie das gemeinsam bewältigen, haben Vorteile. Sie werden Gewinner im Wettbewerb der Regionen sein.“ (KS, RST 1)

Kooperation wird nur dann als nicht sinnvoll bewertet, wenn die Bürgernähe verloren gehe.

Knappheit fördert Kooperation

Allerdings sind die Regionen nach Auskunft der Befragten bei der Kooperation mit umliegenden Gemeinden unterschiedlich weit entwickelt. Hier spielen zunächst einmal die Bedingungen des jeweiligen Raumstrukturtyps eine Rolle. Zwar wird sowohl von den Befragten der ländlichen, dünn besiedelten als auch der verdichteten Regionen von Beispielen fortgeschrittener, wirksamer, aber auch nicht vorhandenen Kooperation berichtet. In dünn besiedelten Region, wo insbesondere die junge Bevölkerung abwandert, ist die Kooperationseinsicht und das Kooperationshandeln aber schon weiter fortgeschritten als in den RST 1 und 2. Überspitzt formuliert hieße das: Knappheit fördert Kooperation.

Verschiedene hemmende Faktoren bezüglich interkommunaler Kooperation werden genannt: „Kirchturmdenken“, Statusansprüche, Bequemlichkeit, Stadt-Umland-Konflikte und Bürokratismus

Folgende Faktoren werden genannt:

- „Kirchturmdenken“ und Konkurrenz (Neid) der Gemeinden:
„Die rotieren alle um den eigenen Kirchturm.“ (VG, RST 2)
- Größe der Gemeinden und Statusdenken der Ortsbürgermeister:
„Die Ortsbürgermeister glauben, sie seien wer.“ (VG, RST 2)
- Bequemlichkeit und mangelnde Anreize;
- Stadt-Umland-Konflikte (Geschäfte auf der grünen Wiese vs. Innenstädte, Schülertransport, Infrastrukturleistungen der Städte in den Bereichen Bildung, Kultur, Wirtschaft, Gesundheit vs. Verlagerung der Wohnbevölkerung auf die „Speckgürtel“ und Umlandgemeinden);
- Gesetzliche Probleme und übertriebener Bürokratismus.

Es gibt bereits auf vielen Feldern Kooperation und Zusammenarbeit, die aber angesichts des demographischen Wandels ausgebaut werden müssen

Folgende werden genannt:

- Gemeinsame Ausweisung von Industrie- und Gewerbegebieten, gemeinsame Ansiedlungspolitik. Wichtig sei nur, dass die Arbeitsplätze in der Region blieben.
- Gemeinsame Wasserver- und -entsorgung. Hier ist nach Ansicht der Befragten ein besonders wichtiges interkommunales Handlungsfeld. Man könne durch die Zusammenarbeit enorme Kosteneinsparungen erreichen. Es gibt nach Auskunft der Befragten viele Zusammenschlüsse zu Zweckverbänden (Pumpwerke, Kläranlagen).
- Tourismus. Hier gebe es überregionale Zusammenschlüsse touristischer Organisationen, man werbe gemeinsam für die Region, erstelle zusammen Informationsmaterial usw.
- Zusammenarbeit im Bereich der ländlichen Entwicklung.
- Zusammenarbeit im Feuerwehrwesen.
- Gemeinsame Anschaffung und Nutzung von Maschinen, gemeinsames Betreiben von Bauhöfen.
- Austausch und Ausleihe von Mitarbeitern bei bestimmten Verwaltungseinrichtungen (z.B. Fremdenverkehrsämter).
- Müllentsorgung.
- Errichtung und Betrieb von Sportstätten (z.B. Fußballplätze, Hallen, Schwimmbäder).

Kommunale Kooperation spart Geld, kostet aber auch Arbeitsplätze

Vorteile der interkommunalen Zusammenarbeit werden von den Befragten insbesondere in der finanziellen Entlastung gesehen. Dies sei auch der Hauptmotor der Kooperationen. Allerdings gebe es auch Nachteile. Arbeitsplätze gingen durch die gesteigerte Effektivität zum Teil verloren.

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird als sehr wichtig bewertet

Die grenzüberschreitende Kooperation zu den Nachbarländern (Luxemburg, Belgien) wird von den entsprechenden Befragten als sehr wichtig bewertet:

„Im grenznahen Bereich darf das Denken und Handeln nicht an der Sauer oder an der Mosel aufhören.“ (VG, RST 2)

Es existiere bereits eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit z.B. im Bereich der Wasserver- und -entsorgung, im Tourismus, im Kultur- und Sportbereich. Allerdings träten zum Teil auch Probleme bei der Realisierung von Projekten auf, weil die gesetzlichen Regelungen der verschiedenen Länder nicht zueinander passten. Insgesamt wird die grenzüberschreitende Kooperation von den Befragten aber als Zukunftschance gesehen.

D) Handlungs- und Lösungsmöglichkeiten

Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen: Schulen, Bereitschaftsdienste, Bauleitplanung und Landespflege, öffentliche Verwaltung

Prämien für erfolgreiche Kooperationen

Ein Befragter macht den Vorschlag, dass die Zusammenarbeit zwischen Gemeinden dadurch gefördert werden könne, dass bestimmte Anreize seitens des Lands gesetzt würden und z.B. Zuschüsse an Kooperationen gebunden würden. So bestehe die Chance, dass sich die Zusammenarbeit schneller entwickle.

E) Zusammenfassung

Ausgangssituation und zukünftige Entwicklung

- Interkommunale Kooperation wird von einem Teil der Befragten als Chance gesehen
- Knappheit fördert Kooperation
- Verschiedene hemmende Faktoren bezüglich interkommunaler Kooperation werden genannt: „Kirchturmdenken“, Statusansprüche, Bequemlichkeit, Stadt-Umland-Konflikte und Bürokratismus
- Es gibt bereits auf vielen Feldern Kooperation und Zusammenarbeit, die aber angesichts des demographischen Wandels ausgebaut werden müssen.
 - Gemeinsame Ausweisung von Industrie- und Gewerbegebieten, gemeinsame Ansiedlungspolitik
 - Gemeinsame Wasserver- und -entsorgung
 - Tourismus
 - Zusammenarbeit im Bereich der ländlichen Entwicklung
 - Zusammenarbeit im Feuerwehrwesen
 - Gemeinsame Anschaffung und Nutzung von Maschinen, gemeinsames Betreiben von Bauhöfen
 - Austausch und Ausleihe von Mitarbeitern bei bestimmten Verwaltungseinrichtungen (z.B. Fremdenverkehrsämter)
 - Müllentsorgung
 - Errichtung und Betrieb von Sportstätten (z.B. Fußballplätze, Hallen, Schwimmbäder)
- Kommunale Kooperation spart Geld, kostet aber auch Arbeitsplätze
- Grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird als sehr wichtig bewertet

Handlungs- und Lösungsmöglichkeiten

- Zusammenarbeit wird vorgeschlagen in verschiedenen Bereichen: Schulen, Bereitschaftsdienste, Bauleitplanung und Landespflege, öffentliche Verwaltung.
- Prämien für erfolgreiche Kooperationen

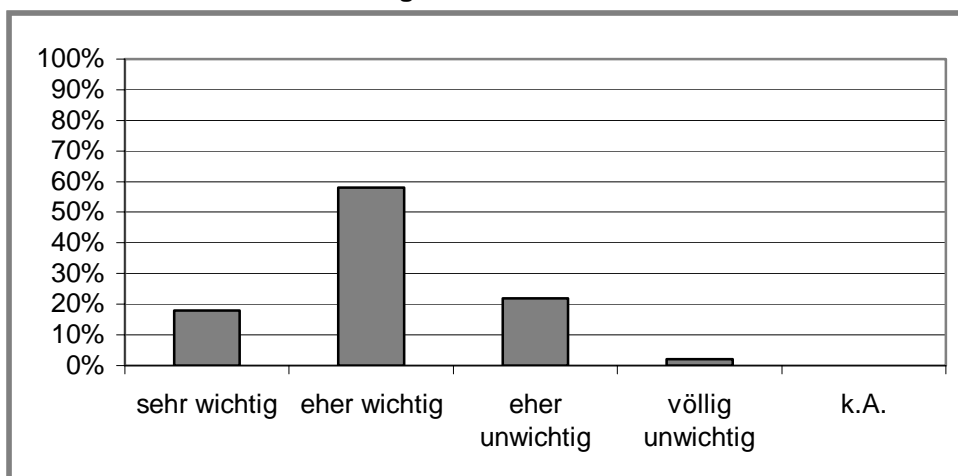
15.3 Öffentliche Verwaltung

A) Die Ergebnisse in Kürze

- Den Befragten zufolge hat die öffentliche Verwaltung schon grundlegende Veränderungen umgesetzt und ist für die zukünftigen Aufgaben gut gerüstet. Allerdings müsse die Effizienz noch weiter gesteigert und Personal abgebaut werden.
- Als unerlässlich sehen die Befragten eine weitreichende funktionale Reform und eine grundlegende Gebietsreform. Dabei müsse es zu Zusammenlegungen auf allen Ebenen (Ortsgemeinden, Verbandsgemeinden, Landkreise) kommen. Ebenso müssten Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten zwischen den einzelnen Ebenen neu geregelt werden. Dazu zähle auch die Straffung von Aufgaben der Ministerien und die für viele Befragte notwendige ersatzlose Abschaffung der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD).
- Die Virtualisierung von Verwaltungsdienstleistungen werden als große Chance bewertet.
- Als sehr wichtig wird der Abbau von Standards (z.B. bei dem Personalschlüssel in Kindergärten oder bei der Bauleitplanung) eingestuft.

B) Wichtigkeit des Themas aus der Sicht der Befragten

Abb. 21: „Öffentliche Verwaltung“



C) Aussagen zur Ausgangssituation und zukünftigen Entwicklung

Flexibilisierung der Verwaltung bereits vielfach realisiert; dies wird als gute Grundlage für die Gestaltung des demographischen Wandels gesehen

Die Befragten berichten von verschiedenen Angeboten, die sie in ihrer Verwaltung für die Bürgerinnen und Bürger anbieten. Es fällt auf, dass sich hierzu insbesondere Befragte der ländlichen Regionen äußern (RST 4 und 5). Genannt werden:

- Mobile Außenstellen, in denen die Angelegenheiten der Behörden bei den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort erledigt werden könnten:

„Unsere Mitarbeiter sitzen bei der Oma daheim am Krankenbett und füllen die Unterlagen aus. Was will ich damit sagen? Der Bedarf im ländlichen Raum kann ohne Probleme befriedigt werden, wenn die Verwaltung flexibel und mobil ist. [...] Wir gleichen das durch unkomplizierte und menschliche Faktoren aus.“ (VG, RST 4)

- Spezielle Unterstützung von Zuwanderern bei Behördengängen;
- Öffentlichkeitsarbeit der Behörden, indem z.B. die Mitarbeiter der Behörde in der regionalen Zeitung vorgestellt würden;
- Qualitätsmanagement bei der Stadtreinigung;
- Bürger-Hotline;
- Einrichtung eines Bürgerbüros, um mehr Bürgernähe zu schaffen;
- Flexible Öffnungszeiten, um sich den Zeitbudget der Bürgerinnen und Bürger besser anzupassen;
- Nutzung der neuen Medien, indem z.B. alle Formulare auch per Internet bezogen werden könnten (Formularserver).

Insbesondere Bürgernähe ist nach Ansicht der Befragten wichtig. Dies müsse unbedingt erhalten bzw. ausgebaut werden. Bürgernähe sei vor allem für die ältere Bevölkerung sehr wichtig.

Effizienz der Verwaltung steigern als wichtige Aufgabe

Die Befragten sehen aber auch Probleme in den Behörden, die gelöst werden müssen. Angesprochen werden in diesem Zusammenhang:

- die häufig kurzfristige Planung, z.B. bei Bauvorhaben;
- die hohen Verwaltungskosten, die vorwiegend von dem Verwaltungssystem selbst produziert würden;
- Bürokratismus, Gesetzes- und Vorschriftenflut, Mehrfachzuständigkeiten:

„Oft zu viele Zuständigkeiten auf demselben Gebiet.“ (VG, RST 4)

Verwaltungen müssten sich zu modernen Dienstleistungsunternehmen entwickeln, die zielgruppenspezifisch auf Probleme und Anliegen eingehen.

Funktionale Reform und Gebietsreform als das zentrale Zukunftsprojekt

Hinsichtlich der Verwaltungsstruktur sind sich fast alle Befragten einig, dass funktionale und Gebietsreformen notwendig seien. Dies sei schon jetzt – und erst recht vor dem Hintergrund des demographischen Wandels - dringend erforderlich. Es herrsche Überorganisation und Überverwaltung. Um Kosten einzusparen und im Hinblick auf den zukünftig starken Bevölkerungsrückgang, sind nach Ansicht der Befragten erst umfassende Funktional- und anschließend Gebietsreformen notwendig. Zuerst solle eine klare Neuverteilung der Aufgaben, dann eine Zusammenlegung von Verwaltungsebenen erfolgen. So könne eine größere Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern erreicht werden. Weiter sei wichtig, dass Reformen auf allen Ebenen begonnen würden. Nur dann seien sie glaubwürdig.

Verwaltungsebenen müssten reduziert und Aufgaben gebündelt werden. So könnten Kosten eingespart und Doppelzuständigkeiten vermieden werden:

„Verwaltungs- und Gebietsstrukturen müssen hinterfragt werden.“ (VG, RST 4)

„Für die Zukunft muss man einfach auch mal auch an die Aufgaben im kommunalen Bereich prüfen: was kann besser vor Ort erledigt werden, wofür wäre der Kreis besser.“ (VG, RST 3)

„Wir haben zu viele Ebenen. Wir haben die Ortsgemeinden, wir haben darüber Verbandsgemeinden, wir haben Städte, Landkreise, dann haben wir beim Staat noch drei Mittelbehörden, früher wussten

man wie die hießen, heute muss man nachgucken. [...] Und jetzt haben wir noch Europa dazugekriegt. Das ist eine ganz neue Ebene, die uns tagtäglich reglementiert. Wir sind zu teuer, wir haben zu viele Verwaltungsstellen. Man müsse mehr „straffen, bündeln, einige Dinge vielleicht gar nicht mehr machen, bei anderen realisieren, dass sie erledigt sind und einfach mehr kooperieren.“ (LKR, RST 1)

Das mit solchen Reformen auch Verwaltungsdienststellen aufgelöst und Arbeitsplätze verloren gehen, wird mit Blick auf die finanziellen Zwänge als unausweichlich gesehen. Die Personalplanung im öffentlichen Dienst ist vielen Befragten zufolge deswegen auf Stellenabbau ausgelegt. Aus der Sicht einiger Befragter muss ein wichtiges Akzeptanzproblem gelöst werden:

„Wenn man uns Bürgermeistern und Landräten eine gute Versorgung gäbe, wäre das Problem gelöst. Warum sollen wir uns selbst wegrationalisieren. Die Notwendigkeit ist aber da.“ (VG, RST 5)

Unterschiedliche Auffassungen über die Ausgestaltung der funktionalen Reform und der Gebietsreform

Die Befragten sind unterschiedlicher Meinung, wie diese Reformen gestaltet werden sollten. Die Mehrzahl setzt sich für die weitgehende Beibehaltung dezentraler Strukturen ein:

„Eine sinnvolle Kommunalpolitik muss immer auch eine bürgernahe Kommunalpolitik sein.“ (LKR, RST 5)

„Letzten Endes ist es ja auch ein Teil unseres Demokratieverständnisses, diese Entscheidungsbefugnisse auf der untersten Ebene, dass die Gemeinden autonom sind. Ich begreife uns eher hier als Dienstleister, auch für die Gemeinden.“ (VG, RST 5)

Die Vertreter dieser Position plädieren ausdrücklich für die Beibehaltung der jetzigen Verbandsgemeinden. Ein großer Teil dieser Befragten sieht aber die Zusammenlegung von kleineren Verbandsgemeinden (ideal sei eine Bevölkerungszahl von 15.000 bis 20.000 Menschen pro Verbandsgemeinde) und die Auflösung von Kleinstgemeinden als unumgänglich an. Wichtig für die Zusammenlegung seien verschiedene Kriterien:

a) Der Zusammenlegung müsse hauptsächlich auf den mittleren und höheren Ebenen (Kreisverwaltung, ADD, Ministerien) eine Umstrukturierung vorausgehen. Wichtig sei, dass die bürgerfernen Ebenen abgebaut und die bürgernahen Ebenen beibehalten werden:

„Die Bürger würden keinen Verlust empfinden, wenn diese Ebenen wegfallen würden.“ (LKR, RST 1)

„Warum muss jemand aus Mainz hierhin getingelt kommen, wenn es um ein Haus in unserem Ort geht?“ (VG, RST 5)

b) Wichtige Gründe für die Beibehaltung dezentraler Strukturen sei die Wahrung der regionalen Identität und Identifikation und der Bürgernähe:

„Kommunale Strukturen sind dann nicht mehr erlebbar für die Bürger.“ (LKR, RST 4)

„Vor allem für die Bürger ist das schon ein erheblicher Unterschied der täglichen Serviceleistungen ob ich halt in relativ naher Umgebung eine Sache die mich betrifft mit erledigen kann quasi mit dem Einkauf oder auch sonst in zumutbarer Zeit schnell erledigen kann, oder ob ich dann so quasi eine Tagesreise unternehmen muss für irgendein Anliegen.“ (OG, RST 3)

c) Die lokalen Besonderheiten müssten berücksichtigt werden. So hätten beispielsweise die Gemeinden im Moseltal vor allem Gemeinsamkeiten untereinander und weniger mit den Eifel- und Hunsrückgemeinden, mit denen sie jetzt zum Teil in den Verbandsgemeinden zusammen sind.

Einige, wenige Befragte sehen dagegen „Einheitsgemeinden“ als ideale Struktur auf der kommunalen Ebene an. Dies bedeute zwar Aufgabe der politischen Selbstständigkeit der einzelnen Ortsgemeinden, aber auch höhere Flexibilität und kürzere Entscheidungswege. Allerdings würde diesbezüglich nur eine geringe Akzeptanz seitens der Bevölkerung erwartet. Ein anderer Befragter betont, dass nur durch die Schaffung von großen Einheiten die Finanzmisere behoben werden könne:

„Dann hört auch das Geschwätz meiner Ortsbürgermeister auf, dass sie ehrenamtlich arbeiten: Kennen sie die Aufwandsentschädigungen dieser Brüder und Schwestern? Das sind zwischen 1000 und 2000 € im Monat. Abschaffen, fort damit.“ (VG, RST 2)

Die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion wird von den Befragten fast durchgängig negativ bewertet. Es besteht die Meinung, dass diese abgeschafft werden sollte. Die Umwandlung von Bezirksregierung in Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion habe nichts gebracht. Die Aufgaben könnten problemlos auf die Kreise und Ministerien übertragen werden:

„Da fragt man sich, wozu braucht man die.“ (OG, RST 4)

„Und die ADD heißt doch nur, dass man das, was man früher einmal hatte, hat man nun dreimal.“ (VG, RST 2)

Aus der Sicht der Befragten sollten auch die Ministerien gründlich reformiert werden:

„Wenn wir anfangen, dann müssen wir oben anfangen.“ (LKR, RST 4)

„Wenn der Landtag von Rheinland-Pfalz drei Jahre lang nichts beschließen würde, würde das keiner merken.“ (LKR, RST 1)

„Zu viele Parlamente, die sich nur mit sich selbst beschäftigen.“ (VG, RST 5)

Ein größerer Teil der Befragten geht noch weiter. Die Reformen der Gebietskörperschaften und die funktionalen Reformen müssten in eine grundlegende Veränderung des föderalen Systems eingebettet sein:

„Wir müssen unser gesamtes Staatsgebilde überdenken. Wir müssen die Länder neu strukturieren. Wir haben derzeit 16 Länder, das muss weniger werden. Wenigstens auf neun sollte das reduziert werden. Wir haben in Deutschland über 160 Ministerien. Wer soll die denn bezahlen? Wir leisten uns 16 Parlamente. [...] Aber die wollen doch nicht ihren Ast absägen. [...] Der Förderalismus ist 50 Jahre alt, das muss geändert werden.“ (VG, RST 1)

In diesem Zusammenhang wird eine Zusammenlegung von Rheinland-Pfalz, dem Saarland und Hessen positiv bewertet. Allerdings gebe es nur geringe Realisierungschancen.

Befragte kritisieren, dass parteipolitisches Taktieren vor der Lösung von Sachaufgaben stehe

Die meisten Befragten sind der Meinung, dass das Thema „Gebiets- und Verwaltungsreformen“ von den Spitzenpolitikern aus dem Grund zögerlich angegangen würde, weil man Angst vor Wahlniederlagen habe. Der persönliche Nutzen sei wichtiger als das Wohl des Landes:

„Eine territoriale Verwaltungsreform wäre nötig, aber wer damit anfängt verliert die nächste Wahl.“ (LKR, RST 2)

„Aber da geht keiner dran. Wer das macht, ist weg vom Fenster.“ (VG, RST 2)

Ein Befragter betont, dass seiner Meinung nach alle Parteien bezüglich funktionaler und gebietkörperschaftlicher Reformen versagt hätten. Anstatt den Problemen entgegenzuwirken, dominiere in den Parteien Karrieredenken und Egoismus:

„Da können sie nehmen wen sie wollen, alle in einen Sack und mit dem Knüppel drauf. Es trifft immer die richtigen. [...] Die sollten mal das Gezänke sein lassen und gemeinsam die Probleme anpacken.“ (VG, RST 2)

D) Handlungs- und Lösungsmöglichkeiten

Verwaltungskosten durch Kooperation senken

Bezüglich des Finanzproblems der Gemeinden werden Einsparmöglichkeiten von einigen Befragten in der Kooperation mit den umliegenden Gemeinden gesehen. Hier sei ein großes Potenzial vorhanden.

Virtualisierung von Verwaltungsdienstleistungen als große Chance

Von mehreren Befragten wird betont, dass große Potenziale in der Virtualisierung der Verwaltung lägen (z.B. Formularserver). Die Verwaltung könnte so effizienter und kostengünstiger gestaltet werden, Arbeitsplätze eingespart werden. Entscheidend sei aber, dass das Problem der elektronischen Signatur gelöst werden müsse. So oder so könne die virtuelle Verwaltung die „alten“ Verwaltungsstrukturen jedoch nicht komplett ersetzen:

„Man darf nie vergessen: Wir werden nie 100 Prozent der Bevölkerung erreichen. Die einen können nicht, die anderen wollen nicht. Die dürfen nicht hinten runter fallen. Wir dürfen keine Zweiklassengesellschaft bekommen.“ (VG, RST 2)

Beratung für die Kommunen verbessern

Ein Befragter betont, dass externe Berater besonders auch für die Ortsgemeinden sinnvoll seien. Diese könnten über Chancen, Probleme und Handlungsmöglichkeiten aufklären, z.B. wenn es um Kooperationen gehe.

Bezüglich funktionalen Reformen und der Gebietsreformen werden von den Befragten zahlreiche Handlungsvorschläge gemacht:

Folgende Vorschläge werden gemacht:

- Bei einer Gebietsreform könne man die Größe der Kreise an der Erreichbarkeit der Kreisverwaltungen ausrichten.
- Man könne einzelne Verbandsgemeinden ausbauen und dafür die Anzahl insgesamt reduzieren. Insbesondere in dünn besiedelten Regionen sei es sinnvoll Verbandsgemeinden zusammenzulegen.
- Um Bürgernähe zu gewährleisten, könne man in den Gemeinden Bürgerbüros (mit Internetzugang) einrichten. Die Verwaltung könne dann effizienter auf Verbandsgemeinde- oder Kreisebene konzentriert und gebündelt werden.
- Man könne z.B. bestimmte Aufgaben von der Kreis- auf die Verbandsgemeindeebene verlagern. Hierzu gehöre z.B. die KfZ-Zulassung bzw. das gesamte Führerscheiwesen.
- Um doppelten Arbeitsaufwand zu vermeiden, könne man die Zuständigkeit für Kindergärten, die zurzeit noch bei den Ortsgemeinden liege, auf die Verbandsgemeinden übertragen, weil diese ja bereits für die Schulen zuständig seien.
- Ein Befragter schlägt ein Verwaltungsparlament der ganzen Region vor. So könnten z.B. auch schwierige Stadt-Umland-Konflikte gelöst werden.
- Ein großer Teil der Befragten fordert die ersatzlose Auflösung der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion.
- Auflösung der Kleinstgemeinden und Zusammenlegung von kleineren Verbandsgemeinden, Zusammenlegung einiger Landkreise.
- Aufgaben der Ministerien straffen.

Abbau von Standards und Deregulierung

Im Zusammenhang mit der kommunalen Selbstverantwortung wird von den Befragten auch der Abbau von Standards thematisiert. Hier sollte mehr Verantwortung in die Hände der Kommunen gelegt werden. Durch stärkere Deregulierung könne flexibler auf die besonderen Bedürfnisse der Region reagiert werden. Von den Befragten werden mehrere Bereiche angesprochen:

- Der Personalschlüssel in Kindergärten sollte von den Gemeinden flexibler gehandhabt werden können. Häufig seien nur 80 Prozent der Kinder anwesend. Besonders nachmittags seien im Kindergarten zu wenige Kinder und zu viele Betreuungskräfte.
- Bezüglich der Kindergärten wird auch die Unfallversicherung angesprochen. Auch hier müsse ein Standardabbau stattfinden.
- Eine weitere Forderung bezieht sich auf die Vorschriften der Bauleitplanung. Auch hier müssten die Gemeinden mehr Freiraum bekommen:

„Wir sind überfrachtet mit Vorschriften. Das ist die Bitte an Bund und Land da mal so zu misten, dass man sagen kann, das ist wirklich Standardabbau.“ (VG, RST 5)

E) Zusammenfassung

Ausgangssituation und zukünftige Entwicklung

- Flexibilisierung der Verwaltung bereits vielfach realisiert, dies wird als gute Grundlage für die Gestaltung des demographischen Wandels gesehen
- Effizienz der Verwaltung steigern als wichtige Aufgabe
- Funktionale Reform und Gebietsreform als das zentrale Zukunftsprojekt
- Unterschiedliche Auffassungen über die Ausgestaltung der funktionalen und der Gebietsreform
- Befragte kritisieren, dass parteipolitisches Taktieren vor der Lösung von Sachaufgaben stehe

Handlungs- und Lösungsmöglichkeiten

- Verwaltungskosten durch Kooperation senken
- Virtualisierung von Verwaltungsdienstleistungen als große Chance
- Beratung für die Kommunen verbessern
- Bezüglich funktionalen Reformen und der Gebietsreformen werden von den Befragten zahlreiche Handlungsvorschläge gemacht
- Abbau von Standards und Deregulierung

16. Ehrenamtliches Engagement als Potenzial?

A) Die Ergebnisse in Kürze

- Das Ehrenamt wird als ein sehr wichtiges Potenzial gesehen. Dabei sind den Befragten zufolge vor allem die Bevölkerung in ländlichen Gebieten und ältere Menschen zum Engagement bereit.
- Angesichts des demographischen Wandels wird im Ehrenamt eine Möglichkeit gesehen, öffentliche Aufgaben trotz angespannter Finanzen aufrechtzuerhalten. Allerdings warnen die meisten Befragten vor einer Überstrapazierung des Ehrenamts. Es dürfe das „Hauptamt“ nicht ersetzen.
- Die politischen Appelle an das Ehrenamt seien nicht sehr glaubwürdig.
- Vielschichtige Handlungsfelder für das Ehrenamt werden gesehen: Ehrenamtliche Beförderungsmöglichkeiten für ältere Menschen (Bürgerbus), Senioren ehrenamtlich in die Kinder- und Jugendbetreuung einbeziehen, Senioren helfen Senioren, Seniorennetzwerke, Ehrenamtsbörsen.

B) Wichtigkeit des Themas aus der Sicht der Befragten

Die Befragten wurden nach den Potenzialen des ehrenamtlichen Engagements bei jedem der konkreten Handlungsfelder gefragt. Eine quantitative Auswertung hierzu ist nicht möglich.

C) Aussagen zur Ausgangssituation und zukünftigen Entwicklung

Ehrenamt wird als wichtiges Potenzial gesehen

Der ehrenamtliche Bereich wird von den Befragten als sehr wichtig bewertet. Hier lägen zahlreiche Potenziale, die es zukünftig zu nutzen gelte:

„Also, ich setze eigentlich ziemlich stark auf Ehrenamt und das Verantwortungsgefühl der Leute. Und ich glaube, wenn man da ein bisschen antritt, dann kann sehr sehr viel passieren.“ (VG, RST 5)

„Es gibt nichts Wichtigeres für die Gemeinden als das Zusammenleben in der Gemeinde durch die Vereine und durch die ehrenamtliche Tätigkeit.“ (OG, RST 4)

Aussagen dazu, dass auch Unternehmen stärker solche Verpflichtungen eingehen sollten wurden von den Befragten nicht gemacht. Sie sehen das Ehrenamt vermutlich eher als Angelegenheit der Bürgerinnen und Bürger.

Bereitschaft zum Ehrenamt ist den Befragten zufolge vor allem auf dem Land sehr ausgeprägt

Das Ehrenamt ist nach Auskunft der Befragten insbesondere in den Dörfern noch ausgeprägt. Hier sei (noch) ein großes Engagement zu finden. Viele Leistungen würden ohne das Ehrenamt nicht mehr finanziert werden können.

Ältere Menschen aus der Sicht der Befragten eher zum Ehrenamt bereit

Gerade die ältere Generation ist nach Auskunft der Befragten ehrenamtlich aktiv. So seien z.B. auf der „Funktionärebene“ von Vereinen insbesondere die Älteren zu finden. Bei den Jugendlichen wird dagegen eine abnehmende Bereitschaft zur Ausübung ehrenamtlicher Tätigkeiten beobachtet. Gründe werden in der beruflichen Belastung, dem veränderten Freizeitverhalten und vor allem der veränderten Verantwortungsbereitschaft junger Menschen gesehen.

Ein weiteres Problem sei, dass sich die Menschen zunehmend weniger langfristig binden lassen wollten. Dagegen besteht für einmaliges Engagement eine größere Bereitschaft.

„Die Leute wollen sich zwar nicht auf lange Zeit binden, für kurzfristige oder einmalige Aktionen gibt es eine große Bereitschaft.“ (VG, RST 5)

Angesichts des demographischen Wandels und der finanziellen Situation der öffentlichen Haushalte sehen die Befragten eine hohe Bedeutung des Ehrenamts

Bezüglich des demographischen Wandels ist die Mehrzahl der Befragten der Meinung, dass das ehrenamtliche Engagement an Bedeutung gewinnen wird. Dies gelte vor allem für den sozialen Bereich.

Insbesondere das Potenzial der „jungen“ Alten könnte zukünftig stärker genutzt werden. Diese seien sehr leistungswillig und -bereit:

„Wir müssen Wege finden, wie wir diese Leistungsfähigkeit und -bereitschaft der älteren Menschen nutzen. Da geschieht viel zu wenig.“ (LKR, RST 1)

Ehrenamt darf den Befragten zufolge nicht missbraucht werden, um das „Hauptamt“ zu ersetzen

Einige Befragte weisen darauf hin, dass das Ehrenamt zwar stärker gefördert und in neue Bereiche eingebunden werden könne, es das Hauptamt aber nicht ersetzen dürfe:

„Das Ehrenamt kann nicht das Hauptamt ersetzen.“ (LKR, RST 1)

Der Bürger würde sich schnell zurückziehen, wenn er merke,

„dass er in Bereiche springen soll, bloß will das Geld fehlt.“ (VG, RST 1)

„Wenn man versucht, mit dem Ehrenamt die Folgen von leeren Kassen dauerhaft auszugleichen, dann macht man das Ehrenamt kaputt.“ (VG, RST 5)

Deswegen seien die andauernden politischen Appelle an das Ehrenamt bei den Bürgerinnen und Bürgern nicht sehr glaubwürdig.

Durch die Schaffung größerer Gebietseinheiten sehen die Befragten die Bereitschaft zum Ehrenamt beeinträchtigt, weil so die Identifikation mit dem lokalen Raum zurückgehe.

Bezüglich der Gebietsreformen ist der größte Teil der Befragten der Meinung, dass die Auflösung der unteren, bürgernahen Ebenen einen Einbruch im Ehrenamt bewirke. Für größere Einheiten sei ein geringes Engagement erwartbar. Die Identifikation und persönlichen Beziehungen zu den Politikern gingen verloren.

„Ehrenamt funktioniert aber nur bei Sachen, die die Menschen was angehen. Für große und anonyme Aufgaben funktioniert das nicht.“ (VG, RST 5)

D) Handlungs- und Lösungsmöglichkeiten

Vielschichtige Handlungsfelder für das Ehrenamt werden gesehen

Folgende werden genannt:

- Ehrenamtliche Beförderungsmöglichkeiten für ältere Menschen (Bürgerbus) könnten dazu beitragen, die Mobilität der eher immobilen älteren Generation zu erhöhen. Gerade in den ländlichen, dünn besiedelten Regionen, wo der ÖPNV schlecht ausgebaut sei, könne dies eine Handlungsmöglichkeit sein. Auf diese Weise kämen die älteren Menschen problemlos in benachbarte Orte zu Supermärkten, Ärzten etc. ohne auf die eigenen Kinder angewiesen zu sein. Als Fahrer könnten die „Jungen Alten“ mobilisiert werden.
- Zudem wird der Vorschlag gemacht, Senioren ehrenamtlich in die Kinder- und Jugendbetreuung einzubeziehen. Dies sei sowohl in Schulen, Kindergärten, aber auch in Familien denkbar. Dies könnte ein Beitrag zur Vereinbarung von Familie und Beruf darstellen. Insbesondere die „jungen Alten“ stellten diesbezüglich ein großes Potenzial dar:

„Kann man nicht versuchen, die Fähigkeit der Großmutter, Märchen oder Geschichten zu erzählen, im Kindergarten zu nutzen? Oder auch in anderen Bereichen wie der Schule?“ (LKR, RST 1)
- Angesichts der zunehmenden Zahl von Schließungen und Zentralisierungen der Kindergärten und Schulen und den damit einhergehenden längeren Anfahrtswegen sei es auch denkbar, Senioren als Fahrer für die Kinder und Jugendliche einzusetzen. Eltern könnten auf diese Weise entlastet werden.
- Ein weiterer Vorschlag zielt auf die stärkere Einbindung von älteren Menschen in die Betreuung von hilfsbedürftigen Senioren. Aufgrund der zunehmenden Überalterung der Gesellschaft seien sowohl ein größeres Potenzial von „jungen“ Alten sowie eine ansteigende Zahl Hilfsbedürftiger oder allein lebender Senioren zu erwarten. Ein Befragter berichtet von einem ähnlichen Projekt in seinem Zuständigkeitsbereich. Eine Gruppe betreue und helfe ältere Menschen. Dies würde sehr gut angenommen:

„Und die älteren Leute, die im Ort wohnen, die nehmen das auch in Anspruch. Die freuen sich, wenn sie Besuch kriegen, mal ein Gespräch geführt wird – und wenn es nur eine Viertel Stunde ist.“ (OG, RST 4)
- Ein Befragter berichtet, dass in seinem Zuständigkeitsbereich Überlegungen bezüglich des Aufbaus eines Seniorennetzwerkes gemacht würden. Hier sollten Senioren zu Ehrenamtlichen „ausgebildet“ werden. Auf diese Weise könnte das große Potenzial und Wissen dieser Personengruppe nutzbar gemacht werden.
- Manche Gemeinden haben nach Auskunft der Befragten eine Ehrenamtsbörse eingerichtet. Hier könne Hilfe angeboten und nachgefragt werden. Es wird von unterschiedlicher Resonanz berichtet. Es sei aber eine Möglichkeit, ehrenamtliches Potenzial zu bündeln.
- Ein Befragter schlägt vor, das Ehrenamt stärker mit dem Tourismus zu verbinden. Rentner könnten z.B. bei dem Bau von Wanderwegen integriert werden. Dies ginge zwar zu Lasten der Handwerksbetriebe, aber es sei eine Möglichkeit eine engere Verzahnung zwischen Bürgerinnen und Bürgern und den Gemeinden herzustellen.

Mehr Anerkennung für das Ehrenamt

Einige Befragte sprechen die gesellschaftliche Einstellung gegenüber dem Ehrenamt an. Das Ehrenamt sei nicht genügend positiv besetzt. Hier müsse eine Wertverschiebung bewirkt werden:

„Es gibt Leute, die sagen: ‚Wir zahlen unsere Steuern, was sollen wir jetzt noch machen?‘ Aber das ist eben die falsche Einstellung. Wir brauchen da mehr von dem angelsächsischen Denken, wo das Engagement in der Kommune ja viel größer ist als bei uns. Dadurch, dass wir so viele Steuern

bezahlen – nach dem Vollkasko-Prinzip ja bei uns alles verteilt wird, sag ich: ‚Ich hab’ hier meins gegeben, was soll ich jetzt noch da?’ Und das ist ein Riesenfehler, und der auch die Dynamik dieser Gesellschaft [...] nach unten gezogen hat.“ (LKR, RST 4)

Aufwandsentschädigungen als Notwendigkeit

Zudem wird von mehreren Befragten betont, dass das Ehrenamt bezüglich der Entlohnung neu überdacht werden müsse. Aufwandsentschädigungen oder geringe Löhne sowie eine gebührende (öffentliche) Anerkennung seien notwendig, um Menschen für ehrenamtliche Tätigkeiten zu motivieren.

E) Zusammenfassung

Ausgangssituation und zukünftige Entwicklung

- Ehrenamt wird als wichtiges Potenzial gesehen
- Bereitschaft zum Ehrenamt ist den Befragten zufolge vor allem auf dem Land sehr ausgeprägt
- Ältere Menschen aus der Sicht der Befragten eher zum Ehrenamt bereit
- Angesichts des demographischen Wandels und der finanziellen Situation der öffentlichen Haushalte sehen die Befragten eine hohe Bedeutung des Ehrenamts
- Ehrenamt darf den Befragten zufolge nicht missbraucht werden, um das „Hauptamt“ zu ersetzen
- Durch die Schaffung größerer Gebietseinheiten sehen die Befragten die Bereitschaft zum Ehrenamt beeinträchtigt, weil so die Identifikation mit dem lokalen Raum zurückgehe.

Handlungs- und Lösungsmöglichkeiten

- Vielschichtige Handlungsfelder für das Ehrenamt werden gesehen:
 - Ehrenamtliche Beförderungsmöglichkeiten für ältere Menschen (Bürgerbus);
 - Senioren ehrenamtlich in die Kinder- und Jugendbetreuung einbeziehen;
 - Senioren helfen Senioren;
 - Seniorennetzwerke;
 - Ehrenamtsbörsen.
- Mehr Anerkennung für das Ehrenamt
- Aufwandsentschädigungen als Notwendigkeit

17. Erwartete Chancen des demographischen Wandels

A) Die Ergebnisse in Kürze

- Die Befragten sehen im demographischen Wandel eher Risiken als Chancen.
- Vor allem Konkurrenz und Knappheit kann den Befragten zufolge aber auch positiv wirken: Routinen könnten aufgebrochen werden, Qualitätsentwicklung in verschiedenen Bereichen (Schule, Standortqualität) möglich werden, die finanzielle Lage könne sich verbessern und eine grundlegende funktionale Reform und Gebietsreform würde unausweichlich. Die interkommunale Kooperation könnte der Normalfall werden, Parteiendenken zugunsten einer Sachorientierung überwunden werden.
- Einige Befragte sehen zudem die Chance, dass die Solidarität der Bürgerinnen und Bürger untereinander gestärkt werden könnte.

B) Wichtigkeit des Themas aus der Sicht der Befragten

Die Befragten wurden nach den Chancen des demographischen Wandels bei jedem der konkreten Handlungsfelder gefragt. Eine quantitative Auswertung hierzu ist nicht möglich.

C) Aussagen zur Ausgangssituation und zukünftigen Entwicklung

D) Handlungs- und Lösungsmöglichkeiten

Die Befragten sehen im demographischen Wandel eher Risiken als Chancen

Die Befragten bewerten die Auswirkungen des demographischen Wandels überwiegend negativ. Risiken und Ängste, die mit Bevölkerungsrückgang und Überalterung verbunden sind, stehen im Vordergrund.

Es werden aber auch durchaus Chancen in einzelnen Handlungsfeldern gesehen

Folgende Handlungsfelder werden genannt:

- *Routinen könnten aufgebrochen und Reformen möglich werden:* Dabei steht die Überzeugung im Vordergrund, dass durch den demographischen Wandel Handlungszwänge entstehen, die als Antriebskräfte für teilweise schon lange überfällige Reformen fungieren können:
„Die Chance, einfach neu denken und Altes auch aufgeben und loslassen.“ (KS, RST 2)
- *Qualitätsentwicklung in Schule und Bildung durch erhöhte Konkurrenz möglich:* Im Schulbereich wird von einigen Befragten erwartet, dass sich aufgrund der zunehmend niedrigeren Kinderzahl eine verstärkte Konkurrenz zwischen den Bildungseinrichtungen entwickeln wird. Dies wird als Chance für eine Qualitätssteigerung der Schulbildung gesehen (vgl. Kap. 7.2).
- *Standortqualität könnte sich durch die Konkurrenz der Kommunen verbessern:* Einige Befragte erwarten, dass die rückläufigen Bevölkerungszahlen einen Konkurrenzkampf der Kommunen um Einwohner auslösen wird bzw. schon ausgelöst hat. Folglich würden sich die Kommunen intensiv um ihre Attraktivität bemühen, z.B. in Bereichen wie Bildung, Freizeit, Wohnangebote oder wirtschaftliche Standortfaktoren (z.B. schnellere Genehmigungsverfahren). Sie seien zu neuen Wege gezwungen, um ihre

Bevölkerungszahl zu halten. Die vorhandenen Potenziale müssten zukünftig effektiver ausgeschöpft werden.

- *Auswege aus der Finanzkatastrophe könnten möglich sein:* Bezüglich der kommunalen Finanzlage wird von einigen Befragten im demographischen Wandel die Chance gesehen, dass die bestehende Finanzpolitik komplett neu überdacht würde. Aufgrund der stark sinkenden Bevölkerungszahlen ergäben sich Herausforderungen, die neue Wege notwendig machten. Dies sei eine Chance, das gesamte System der kommunalen Haushalte zu erneuern. Eine weitere Chance wird in der zunehmenden Kostenentlastung gesehen. Durch rückläufige Bevölkerungszahlen seien weniger kommunale Leistungen notwendig. Ein Beispiel sei, dass weniger Geld für den Neubau von Schulen und Kindergärten aufgebracht werden müsse. Zudem werden Chancen im Hinblick auf langfristige Planungen kommunaler Aufgaben gesehen. Kurzfristige Prestigeprojekte von Kommunalpolitikern (z.B. Schule bauen etc.) würden durch die Auswirkungen des demographischen Wandels eingeschränkt.
- *Verwaltungsreformen und Gebietsreformen würden unausweichlich:* Bezüglich der Verwaltung würden aufgrund der rückläufigen Bevölkerungszahlen grundlegende Reformen notwendig. Eine systematische Gebietsreform und funktionale Reformen seien dringend notwendig. Der demographische Wandel sei ein „Motor“ hierzu.
- *Interkommunale Kooperation könnte der Normalfall werden:* Weitere Chancen sehen einige Befragten in der zunehmenden Notwendigkeit von interkommunaler Kooperation. Die Auswirkungen des demographischen Wandels verpflichteten dazu, das „Kirchturmdenken“ zu überwinden und Kooperationen einzugehen. Nur dann könnte die regionale Konkurrenzfähigkeit erhalten bzw. ausgebaut werden:
„[Chance zur] Überwindung der kleinräumigen Denkweise und lokalen Egoismen“ (VfG, RST 1)
- *Sachorientierung statt Parteiendenken:* Einen ähnlichen Schub erwartet ein größerer Teil der Befragten für die Überwindung des Parteiendenkens.
- *Solidarität der Bürgerinnen und Bürger untereinander könnte gestärkt werden:* Ein Befragter weist darauf hin, dass Chancen des demographischen Wandels auch im sozialen Bereich lägen. Die rückläufigen Bevölkerungszahlen und die damit verbundenen negativen Auswirkungen könnten wieder zu einer stärkeren Familien- und Nachbarschaftsbindung führen. Der Befragte ist der Meinung, dass durch Not wieder Solidarität entstehen könne:
„Also ich sehe die Chance, dass durch diesen demographischen Wandel auch wieder ein Gemeinschaftssinn in unsere Gesellschaft reinkommt.“ (VG, RST 1)

E) Zusammenfassung

Ausgangssituation und zukünftige Entwicklung Handlungs- und Lösungsmöglichkeiten

- Die Befragten sehen im demographischen Wandel eher Risiken als Chancen
- Es werden aber auch durchaus Chancen in einzelnen Handlungsfeldern gesehen
 - Routinen könnten aufgebrochen und Reformen möglich werden
 - Qualitätsentwicklung in Schule und Bildung durch erhöhte Konkurrenz möglich
 - Standortqualität könnte sich durch die Konkurrenz der Kommunen verbessern
 - Auswege aus der Finanzkatastrophe könnte möglich sein
 - Verwaltungsreformen und Gebietsreformen würden unausweichlich
 - Interkommunale Kooperation könnte der Normalfall werden
 - Sachorientierung statt Parteiendenken
 - Solidarität der Bürgerinnen und Bürger untereinander könnte gestärkt werden

Abkürzungsverzeichnis:

LKR	Landkreis
KS	Kreisfreie Stadt
VfG	Verbandsfreie Gemeinde
VG	Verbandsgemeinde
OG	Ortsgemeinde
RST	Raumstrukturtyp
RS	Regionalstudie
ZIRP	Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz

Forschungsteam

Prof. Dr. Roland Eckert
T: 0651/201-2704
e-mail: eckert@uni-trier.de

Dr. Thomas Wetzstein
T: 0651/201-4735
e-mail: wetzstein@uni-trier.de

Dr. Patricia Erbedinger
T: 0651/201-4733
e-mail: erbeldin@uni-trier.de

Fax: 0651/201-4738

Postanschrift

AG sozialwissenschaftliche Forschung und Weiterbildung e.V. an der Universität Trier
Universitätsring 15
DM/PF 1
54286 Trier